

SEDUTA n. 26 del 28.09.1994

Presidenza del Presidente Tretter

Ore 10.13

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruf die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.
Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Andreotti, Durnwalder e Saurer.

E' inoltre assente il consigliere Magnabosco.
Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Prego, cons. Klotz.

KLOTZ: Herr Präsident, ich habe zwar aufgepaßt, aber ich möchte, daß der Satz über das Abstimmungsergebnis wiederholt wird: also 56 Anwesende. Bitte, da scheint mir ein Fehler unterlaufen zu sein.

(Signor Presidente, ho fatto attenzione, ma vorrei che Lei ripetesse la dichiarazione relativa al risultato della votazione: erano presenti 56 consiglieri. Mi sembra che ci sia un errore.)

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest noch einmal einen Teil des Protokolles)*
(segretario):(rilegge una parte del processo verbale)

PRESIDENTE: Lei è soddisfatta? Ci sono altre osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale si intende approvato.

Comunicazioni:

E' stata presentata la seguente interrogazione:

- n. 34, in data 23 settembre 1994, dai Consiglieri regionali Gasperotti e Chiodi circa provvedimenti di riorganizzazione del servizio di assistenza al traffico con

conseguente riduzione degli organici che l'Autostrada del Brennero intende assumere.

In data 27 settembre 1994, i consiglieri regionali Chiodi, Benedetti, De Stefani, Pinter, Gasperotti e Alessandrini hanno presentato il progetto di legge n. 2, ai sensi dell'articolo 35 dello Statuto di autonomia, concernente "Istituzione presso la Corte di Appello di Trento di una sezione da costituire come Tribunale regionale delle Acque Pubbliche".

Comunico che domani concorderemo anche l'incontro con il consiglio di amministrazione dell'autostrada, che ha dichiarato la sua disponibilità ad incontrare i capigruppo.

Questa mattina la conferenza dei capigruppo ha concordato i lavori della giornata. Alle ore 13.00 ci sarà l'interruzione, si inizia alle 14.30 e si va avanti fino alle ore 20.00. Domani ci sarà seduta dalle ore 9.00 alle 13.00 e dalle 14.30 alle ore 19.00.

Proseguiamo con la trattazione del punto 1) dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 15: Elezione diretta del sindaco e modifica del sistema di elezione dei consigli comunali della regione (presentato dalla Giunta regionale).**

Siamo in discussione dell'emendamento modificativo all'art. 19: al terzo comma le parole "tre quarti" sono sostituite dalle parole "due terzi", a firma Bondi.

Si era prenotata la cons. Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ: Es geht also hier um die Frage, ob man eine sogenannte Quotenregelung betreffend die Anwesenheit von Frauen oder eine gewisse Reservierung von Plätzen auf einer Kandidatenliste für Frauen vorsehen soll oder nicht. Und vor allen Dingen wie hoch dieses Quorum sein soll; ob es ein Viertel oder ein Drittel sein soll. Ich möchte nun etwas weiter ausholen, denn diese Frage ist eine Frage, die man sehr gründlich erörtern sollte und hier gibt es verschiedene Aspekte. Unbestrittene Tatsache ist, daß die Frauen, gemessen an eben ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und gemessen an ihrer Anzahl - sie machen die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen - sowohl hier im Regionalrat als auch in den Landtagen und noch mehr in den Gemeinden unterrepräsentiert sind. Es gibt Landgemeinden in denen überhaupt keine Frauen im Gemeinderat sitzen. In den Städten ist es mittlerweile etwas besser, aber sie machen prozentmäßig immer noch einen verschwindenden Teil aus. Nun ergibt sich die Frage: Woran liegt das? Es gibt hier zwei Möglichkeiten. Zwei konkrete Möglichkeiten, die zu analysieren sind. Heute herrscht noch das Parteiensystem vor, d.h. in Gemeinden gibt es auch sogenannten Dorflisten oder andere, nicht unbedingt von Gemeinden erstellten Listen, aber sprechen wir jetzt einmal von der Parteienlandschaft. Es scheint, daß den Parteien nichts daran liegt, daß sie Frauen auf ihrer Liste haben, also daß sie einen gewissen Anteil von Frauen auf der Liste haben. Deshalb muß man sagen, daß das ganze eine Arbeit ist, die vor allen Dingen in den Parteien zu bewältigen ist und daß man dann, wenn das zutrefte, in den Parteien Aufklärungsarbeit zu leisten hätte. Ich persönlich muß sagen, ich könnte mir meine Mitarbeit in einer Partei, die keinen Wert darauf legt, daß Frauen mitarbeiten und darin vertreten sind, nicht vorstellen und genauso gehe ich davon aus, daß alle anderen Frauen, die hier sitzen, keinen Wert darauf legen würden,

einer Partei anzugehören, in der Frauen nicht willkommen sind. Von meinen Erfahrungen her in den letzten Jahren kann ich sagen, daß jede Partei möglichst viele Frauen aufstellen will, zumindest in unserer Partei war das so, daß man gezielt Anstrengungen unternommen hat, um möglichst viele Frauen dafür zu gewinnen.

Die zweite Möglichkeit dafür, daß die Frauen unterrepräsentiert sind, ist die Mentalität oder die Einstellung der Frauen zur Politik oder überhaupt das Verhalten der Frauen, sagen wir das auch, das Selbstverständnis oder das politische Verständnis der Frauen und ich glaube, es wäre notwendig sich mit diesem Punkt einmal genauer auseinanderzusetzen, denn so, glaube ich heute sagen zu können, daß zwar sehr viele Frauen von den Parteien um ihre Mitarbeit, um ihre Kandidatur gefragt werden, aber daß tatsächlich - und da gebe ich Roland Atz recht - daß tatsächlich sehr viele Frauen nicht zu gewinnen sind. Warum? Entweder die Frauen trauen es sich nicht zu diese Arbeit zu bewältigen und vor allen Dingen eine Legislatur durchzustehen; entweder das oder sie haben eine andere Lebensentscheidung getroffen, von der sie glauben, es nicht mit der politischen Arbeit verknüpfen zu können. Schauen wir uns einmal diese letzten Sitzungswochen vor allen Dingen hier im Regionalrat an. Ich muß ehrlich sagen, ich fühle mich aufgrund der Tatsache, daß ich im engeren Sinn keine Familie und keine Kinder habe, frei für die Arbeit hier. Ich denke an eine Frau und das soll kein Klischee sein, ich denke aber an eine Frau, die in erster Linie ihre Entscheidung dahingehend getroffen hat, daß sie für ihre Familie da sein möchte, daß sie täglich mehrere Stunden zumindest mit ihren Kindern verbringen möchte und nicht weil sie sich so sehr in diese Rolle gedrängt sieht, sondern weil sie eben tatsächlich Freude daran hat. Es gibt auch Frauen, die Freude an ihren Kindern haben und so viel Zeit als möglich mit ihren Kindern verbringen wollen. Das müssen wir kinderlose Frauen auch eben einsehen und nicht zufällig sind die gerade hier anwesenden Frauen - verzeihen sie den Eingriff in die Privatsphäre - kinderlos. Das kann doch nicht ein Zufall sein. Von der Frau Chiodi weiß ich es nicht genau, aber ich nehme es an. Ich wüßte nichts anderes.

Aber gehen wir weiter: Warum trauen sich viele Frauen die Arbeit hier nicht zu? Einmal mangelt es entweder - auf die Gemeinde trifft es noch im stärkeren Maß zu, denn in den Gemeindestuben sind sie noch weniger vertreten als zum Beispiel im Südtiroler Landtag - an der entsprechenden Aufklärung oder es mangelt am Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen der Frauen; das hängt sehr oft mit ihrer Ausbildung zusammen. Das heißt, daß man dann - wenn es zutrifft, daß so wenig Frauen in der Politik repräsentiert sind - hier den Hebel ansetzen müßte. Eines ist ganz klar: Wesentliches ändern wird sich erst, wenn ein entsprechender Anteil der Frauen in der Politik tatsächlich tätig sein wird, denn dann kann man die Politik in ihrem Stil, in ihrer Art vielleicht etwas ändern; etwas ändern und zwar dahingehend, daß sie auch der Mentalität der Frau entspricht. Seien wir ehrlich, wir Frauen hier haben uns der Art wie allgemein Politik gemacht wird, zwangsläufig anpassen müssen. Ich gehe davon aus, daß bei einer Vertretung beispielsweise von 40 Prozent Frauen die Art Politik zu machen schon eine ganz andere wäre. Aber um dahin zu kommen müssen Frauen erst einmal gewählt sein.

Es stimmt, daß die Frauen auch auf der Kandidatenliste sein müssen, auf der Kandidatenliste stehen müssen und von daher kann dieser Antrag seine Berechtigung haben. Nicht jedoch losgelöst von der noch wichtigeren Arbeit nämlich Aufklärungsarbeit. Es muß versucht werden, die Frauen dafür zu gewinnen, aber vor allem Dingen muß es noch früher ansetzen, d.h. die Frauen müssen dafür überzeugt werden, daß sie eine ganz klare Lebensentscheidung treffen müssen. Beispielsweise eben wenn sie eine Ausbildung anstreben, daß sie eine Ausbildung fertig machen, daß man sie entsprechend darauf vorbereitet in solchen Gremien zunächst zu arbeiten. Denn wie gesagt, man kann nur über den Weg der Vertretung der Frauen diese Arbeit hier auch ändern, diesen Stil hier, sonst ist es nicht möglich.

Wir alle wissen, daß sehr viele Frauen sagen, ich könnte das nicht machen. Warum? Für viele Frauen ist die Art, wie wir hier Politik machen zu wenig konkret. Für viele Frauen ist die Politik, die wir hier machen, zu wenig ehrlich. Wo sie von vorne herein sagen, dafür ist mir die Zeit zu schade. Ich habe meinen Tag anders einzuteilen und ich will es bei dieser Entscheidung bleiben lassen. Ich will damit nicht sagen, daß wir hergehen sollen und gezielt Frauen suchen sollen, die ledig sind und einen Universitätsabschluß haben. Wir müssen vor allen Dingen versuchen, sie für die Politik zu gewinnen und sie einzuarbeiten, obwohl letzteres vielleicht der direktere Weg wäre, davon ausgehend, daß man eben die Umstände auch ändern muß. Es müßte sich also grundsätzliches etwas ändern auch und vor allen Dingen in den Gemeinden, sodaß auch andere Frauen überzeugt werden können, daß es einen Sinn hat, wenn sie mitarbeiten, weil sie dann vielleicht gemeinsam etwas ändern können. Das ist natürlich ein längerer Weg.

Ich habe in den letzten Tagen verschiedentlich mit Leuten gesprochen und mein Kollege Benedikter wird nachher noch Stellung dazu nehmen, er ist von dieser Quotenregelung überzeugt. Ich muß ehrlich sagen, ich bin persönlich davon nicht überzeugt. Aber ich unterstütze den anderen Teil, nämlich den längeren Weg - ich bin sofort am Ende Herr Präsident - bzw. die Aufklärungsarbeit der Frauen im eigenen Kreis unter sich, um auch andere dafür zu gewinnen. Denn das Beispiel Schweden ist hier zwar sehr interessant, aber nicht relevant. In Schweden hat es nie, wie mir Frau Gentile bestätigt, nie eine Quotenregelung gegeben. Also ist Schweden in anderer Hinsicht ein Vorbild. Schweden war in diesen Dingen immer weit voraus, aber ich würde abschließend sagen, es wäre schade, wenn diese Quotenregelung dazu führen würde, daß die Frauen dann wieder nur Feigenblatt sind, daß die Frauen wieder nur Füller einer Liste sind und daß man nimmt, wenn man bekommt ohne Qualität, denn das hat auch keinen Sinn.

Ich werde für diese Anträge stimmen, entgegen meiner früheren Ankündigung auch im Kreis der Frauen und zwar erstens: Angesichts der Tatsache, daß alle Frauen dafür sind und davon überzeugt sind, möchte ich ihnen diese Chance geben, aber ich sage dazu, daß es ohne die schwierigere Arbeit nicht möglich sein wird, sondern das möglicherweise wie Kollege Magnabosco und Kollege Pius Leitner gesagt haben, auch ein Schuß nach hinten sein könnte, wenn nicht die entsprechenden begleitenden Maßnahmen gezielt vorangetrieben werden.

(Il nocciolo della discussione è vedere se inserire o meno una certa quota da riservare alle donne nella lista dei candidati e soprattutto l'entità che dovrebbe avere tale quota, ovvero un quarto o un terzo dei nominativi. Io vorrei esaminare a fondo il problema, in quanto ci sono vari aspetti da sviscerare. Fatto indiscusso è che le donne, sulla base della loro importanza sociale e della loro consistenza - esse rappresentano circa la metà della popolazione - sono sottorappresentate in Consiglio regionale e provinciale. Ci sono poi dei consigli comunali in cui non abbiamo nemmeno una donna. Nei centri urbani la situazione è migliore, ma in percentuale sono ancora una esigua minoranza. Ora, è doveroso chiedersi: da che cosa dipende? Ci sono due possibilità. Due possibilità concrete che vanno esaminate. Oggi prevale ancora nei comuni un sistema partitico con le cosiddette liste locali o altre, che non necessariamente vengono predisposte dai comuni. Ma parliamo del panorama partitico. Sembra che i partiti non ci tengano particolarmente ad avere delle donne sulle loro liste. Perciò va detto che questo problema dovrebbe venire affrontato in primo luogo all'interno dei partiti e se la situazione descritta dovesse corrispondere al vero, allora nei partiti ci sarebbe un grosso lavoro di sensibilizzazione da fare. Io personalmente posso dire che non riuscirei ad immaginare la mia attività all'interno di un partito che non ritenesse importante la partecipazione e rappresentanza delle donne; pertanto parto dal presupposto che anche alle altre donne qui presenti non faccia piacere far parte di un partito, nel quale le donne non sono tenute nella necessaria considerazione. Sulla base delle esperienze fatte negli ultimi anni, posso dire che il mio partito ha fatto grossi sforzi per far candidare il maggior numero possibile di donne.

Il secondo motivo per la scarsa rappresentanza delle donne è la mentalità o predisposizione delle donne verso la politica o la visione femminile della politica. Io credo che sia necessario anche confrontarsi su questo punto, in quanto ritengo che molte donne effettivamente vengono interpellate per candidarsi, ma poi - e qui do ragione al cons. Atz - non sanno decidersi. Perché? O le donne non si ritengono all'altezza del compito e non sanno se ce la faranno a resistere per un'intera legislatura, oppure hanno intrapreso una scelta di vita diversa che ben difficilmente si concilia con la politica. Pensiamo alle ultime settimane di consiglio regionale. Sinceramente devo dire che non avendo una famiglia e dei figli, mi sento più libera. Ma pensiamo ora ad una donna che ha deciso di essere prima di tutto disponibile per la famiglia e vorrebbe trascorrere il maggior numero di ore con i figli, e non Perché sente questo compito come un peso, ma Perché prova gioia nello svolgerlo. Ci sono anche donne che stanno volentieri con i loro figli e che vorrebbero passare il maggior numero di ore possibile con loro. E questo le donne senza figli devono anche comprenderlo; per questo le donne qui presenti, non a caso, - e mi si permetta questa intrusione nella sfera privata - non hanno figli. Questo non può essere un caso. Non so precisamente quale sia la situazione della cons. Chiodi, ma presumo la stessa.

Ma andiamo avanti: Perché così tante donne non se la sentono di fare questo lavoro? Da un lato - e questo vale ancor più per i consigli comunali, in cui le

donne sono ancor meno rappresentate che in consiglio provinciale - manca la necessaria sensibilizzazione e autostima delle donne, e questo è molto spesso collegato anche con l'istruzione avuta. Ciò significa che se è vero che sono rappresentate così poche donne nel mondo della politica, bisognerebbe trovare un rimedio. Una cosa è chiara: sostanzialmente le cose cambieranno solo se gran parte delle donne si attiverà veramente in politica, Perché solo così cambierà lo stile ed il modo di fare politica, adeguandosi un po' di più alla mentalità delle donne. Siamo onesti, noi donne abbiamo dovuto coercitivamente adeguarci in passato al modo in cui veniva fatta la politica. Io parto dalla considerazione che con una rappresentanza del 40% di donne, il modo di fare politica sarebbe completamente diverso. Ma per arrivare a questo le donne prima di tutto devono venire elette.

E' vero che le donne prima devono essere sulla lista dei candidati e per questa ragione l'emendamento mi sembra giustificato. Ma importante rimane pur sempre l'attività di sensibilizzazione. Si deve cercare di attirare il maggior numero possibile di donne, ma ancor prima esse devono venir convinte che devono poter prendere le loro decisioni, per esempio anche nel caso desiderassero avere una certa istruzione. Questo poi sarà molto importante anche per una loro rappresentanza in questi organi. Come detto, solo attraverso la rappresentanza delle donne si può modificare questa attività, questo stile politico, altrimenti il cambiamento non sarà possibile.

Noi tutti sappiamo che molte donne ritengono di non riuscire a svolgere questo compito. Perché? Per molte donne il modo in cui viene fatta la politica è troppo poco concreto. Per molte donne la politica che si fa qui, è troppo poco onesta. E quindi sin dall'inizio esse dicono di non voler sprecare il loro tempo e di voler gestire la giornata in modo diverso. Con questo non voglio dire che ora dovremmo andare a cercare le donne che sono nubili e che hanno una laurea. Dobbiamo soprattutto cercare di farle entrare nella politica, di farle lavorare in politica, e questa forse sarebbe la strada più diretta, se si vogliono cambiare i presupposti di base. Dovremmo quindi modificare la situazione di fondo, soprattutto nei comuni, in modo che le donne si convincano che è utile anche la loro partecipazione e che insieme è possibile cambiare qualcosa. Questa naturalmente è la strada più lunga.

Nei giorni scorsi ho avuto modo di parlare con la gente, e successivamente anche il collega Benedikter prenderà posizione su questa regolamentazione delle quote, di cui è un convinto sostenitore. Devo dire sinceramente, che personalmente non ne sono tanto entusiasta. Ma sostengo l'altra parte, la via più lunga che passa attraverso l'attività di sensibilizzazione, affinché sempre più donne possano essere attratte dalla politica - e termino subito, signor Presidente -. L'esempio della Svezia è molto interessante, ma non rilevante. In Svezia non c'è mai stata, come conferma anche la dott.ssa Gentile, una regolamentazione delle quote. Quindi la Svezia è un ottimo modello sotto un altro punto di vista. La Svezia è sempre stata molto progredita. Tuttavia vorrei aggiungere, in conclusione, che sarebbe deplorabile se questa regolamentazione delle quote si traducesse solo in un provvedimento di facciata,

per riempire le liste e prevalesse di nuovo il principio che si prende quel che c'è, senza badare alla qualità. Ciò avrebbe poco senso.

Io voterò a favore di questi emendamenti, malgrado le mie dichiarazioni precedenti, in considerazione del fatto che tutte le donne sono favorevoli al provvedimento, e pertanto vorrei offrire loro questa possibilità. Ma aggiungo anche che non ritengo possibile un cambiamento senza il difficile lavoro di sensibilizzazione, in quanto senza questi ulteriori provvedimenti la norma potrebbe trasformarsi in un autogol, come affermato anche dai colleghi Magnabosco e Leitner.)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Arena, ne ha facoltà.

ARENA: Grazie, signor Presidente. Ho ascoltato con interesse e condividendo in pieno gli interventi delle colleghe, mi stupisce soltanto la conclusione a cui è arrivata la cons. Klotz, ma spero di poter dimostrare che si potrebbe arrivare a conclusioni opposte.

Vorrei sottoporre all'assemblea un punto di vista, che mi pare abbia un qualche significato, che è quello fondato sulla costituzione della Repubblica italiana, in altri termini sostengo che noi non soltanto abbiamo un dovere di carattere politico, per così dire, nell'approvare questo emendamento che prevede la presenza di almeno un terzo di cittadini di sesso femminile nelle liste, ma abbiamo un dovere costituzionale di farlo, perché nella costituzione c'è un principio che ci obbliga ad andare nel senso di interventi di questo tipo.

Il riferimento è all'art. 3 della Costituzione ed il primo comma dell'art. 3 afferma il principio dell'uguaglianza formale e dice che tutti i cittadini hanno pari dignità sociale e sono uguali davanti alla legge, senza distinzione di sesso e di razza. Questo significa che teoricamente un cittadino italiano di sesso femminile può svolgere qualsiasi funzione senza discriminazioni basate sul sesso, così come avveniva fino a non pochi anni fa, ricordo che il diritto di voto è stato riconosciuto soltanto nel 1946 in Italia. L'assemblea costituente però, saggiamente, subito dopo questo comma 1 dell'art. 3, quindi subito dopo l'affermazione del principio di uguaglianza formale si è posta il problema relativo al fatto che in teoria i cittadini sono uguali di fronte alla legge, ma nei fatti in pratica ci possono essere delle condizioni di carattere economico, sociale o di altro genere che li rendono di fatto disuguali, disuguaglianze quindi non dovute alle capacità, ai talenti dei singoli, che quelle sono positive, ma disuguaglianze dovute a condizioni di partenza disuguali.

Allora l'art. 3, secondo comma, dice una cosa importantissima, che è compito della Repubblica rimuovere gli ostacoli di ordine economico e sociale, che limitando di fatto la libertà e l'uguaglianza dei cittadini, impediscono il pieno sviluppo della persona umana e la effettiva partecipazione di tutti i lavoratori all'organizzazione politica, economica e sociale del paese.

Ora questo secondo comma, quello che prevede l'uguaglianza sostanziale, è cruciale per il discorso che stiamo facendo adesso in quest'aula, perché in realtà si può interpretare questo secondo comma non soltanto dal punto di vista tradizionale per cui è compito della Repubblica rimuovere questi ostacoli di ordine

economico e sociale, per esempio attraverso servizi pubblici, per cui servizi pubblici nel campo dell'istruzione, della sanità, dei trasporti e così via sono tutti modi con cui si danno ai cittadini opportunità uguali di partenza, per consentire a ciascuno di sviluppare le proprie capacità, per essere paradossalmente poi diversi, ma diversi dopo aver avuto la possibilità di partire da condizioni uguali.

In realtà questo secondo comma si potrebbe anche leggere saltando alcune parole e proverò a farlo, per dimostrare che il provvedimento che dovremmo approvare, l'emendamento proposto dalla cons. Chiodi, che prevede che almeno un terzo delle liste siano composte da cittadini di sesso femminile è il minimo indispensabile per realizzare questo principio costituzionale. E' compito della Repubblica rimuovere gli ostacoli di ordine sociale che impediscono l'effettiva partecipazione di tutti, quindi anche le donne, all'organizzazione politica del paese. Quali sono gli ostacoli di ordine sociale che impediscono la partecipazione effettiva delle donne alla vita politica del paese? Sono quelli che sono stati messi a rilievo negli interventi delle colleghe, in particolare ricordo l'intervento della cons. Kury, sono legate al fatto che sulle donne grava il peso maggiore, se non totale per l'allevamento dei figli, per il funzionamento della famiglia, per l'assistenza agli anziani, sono legate al fatto che le donne, per una serie di circostanze di carattere culturale, storico ecc. non si sentono, come diceva la cons. Klotz, in condizioni di poter partecipare alla vita politica.

Allora qui la Costituzione dà alla Repubblica, quindi ha tutti i poteri della Repubblica, compreso il potere legislativo, cioè il nostro, un compito molto preciso, rimuovere gli ostacoli di ordine sociale che impediscono l'effettiva partecipazione delle donne alla vita politica del paese. Credo che questo articolo si possa tranquillamente leggere in questo modo.

Da questo punto di vista a me pare che la soglia di un terzo sia il minimo, trovo che il sistema delle quote, che abbiamo importato da un ordinamento diverso dal nostro, dall'ordinamento statunitense è un sistema rozzo, come tutti i sistemi che si basano su rigidi criteri di numero, chi l'ha detto che è un terzo e non di più o di meno. Però è anche vero che in questo caso il meglio è nemico del buono, cioè accontentiamoci di una soluzione che possiamo avere in questo momento, in attesa però di compiere i passi successivi. In altri termini il criterio della soglia di per sé è appena sufficiente a rimuovere gli ostacoli di cui parla la costituzione, perché non basta che in una lista ci siano candidate di sesso femminile per almeno un terzo, perché se non vengono elette, oppure se vengono elette non sono in grado di svolgere il proprio mandato con quella tranquillità con cui noi consiglieri di sesso maschile siamo in grado di svolgerla, allora non ha senso.

Quindi il sistema delle soglie sicuramente è un sistema insufficiente, ma pregherei la cons. Klotz di riflettere su questo punto, in altri termini tutto il suo intervento era condivisibile, salvo per me le conclusioni, perché in attesa di una situazione ottimale, che è quella che anch'io auspico, intanto il sistema delle soglie potrebbe essere un primo passo in questa direzione, però andrei oltre, nel senso che direi che gli ostacoli da rimuovere, gli ostacoli di ordine sociale sono talmente pesanti che

anche se noi mettiamo in tutte le liste candidate di sesso femminile per almeno un terzo, stiamo forse mettendo un fiore all'occhiello.

Quindi vorrei che in quest'aula ci fosse la consapevolezza del fatto che approvare questo emendamento, che peraltro non sembra per niente scontato che verrà approvato, è appena un passo e non dobbiamo pensare con questo di aver risolto un problema ed adempiuto ad un dovere costituzionale, semmai abbiamo semplicemente scalzato uno degli ostacoli, il problema si pone dopo. Allora qui oserei andare oltre e proporre all'assemblea un passaggio successivo, certamente non da fare in questa sede, ma su cui riflettere, che è quello di assimilare la condizione delle donne che svolgono cariche politiche a quelle delle lavoratrici madri. Nella costituzione è previsto che i poteri pubblici adottino particolari interventi per favorire la essenziale funzione della maternità e quindi sono previsti, per le donne che lavorano, tutta una serie di provvidenze, che noi consideriamo giustamente nel nostro paese normali e non lo sono affatto negli altri paesi, negli Stati Uniti la donna che lavora ha al massimo un mese di maternità, altrimenti la licenziano.

Allora possiamo anche immaginare che gli ostacoli di carattere sociale, l'assistenza ai figli, la famiglia, ecc., siano affrontati anche per le donne che svolgono funzioni pubbliche. Non deve più succedere che una donna per poter svolgere una funzione pubblica debba sacrificare la propria funzione di madre e familiare.

La cons. Kury ieri ricordava, e credo che, se noi consiglieri di sesso maschile abbiamo un minimo di onestà, dobbiamo essere d'accordo con lei, che noi possiamo permetterci di fare politica e rimanere qui magari domani sera fino a mezzanotte, perché c'è qualcun altro a casa nostra, chi di noi ha famiglia e figli, che accudisce alla famiglia e figli. Sappiamo tutti quanto grava sulle nostre famiglie questo lavoro che svolgiamo in questo modo, ma per una donna è ancora peggio.

Quindi credo che, se vogliamo rimuovere questi ostacoli, dobbiamo pensare agli interventi che vanno oltre l'intervento della soglia, quindi per questo sostengo questo emendamento e anche dico che è poco.

Aggiungo un'ulteriore considerazione e poi concludo. Finora ho parlato in termini di dovere giuridico, c'è nella costituzione qualche cosa che ci dice che noi dobbiamo adottare un intervento come quello contenuto in questo emendamento, però aggiungo che è nel nostro interesse farlo, è nell'interesse della comunità di cui noi siamo rappresentanti, perché nel nostro interesse? Perché di nuovo nella costituzione si parla sempre della persona come di una persona situata all'interno di una comunità, non si parla mai della persona come individuo chiuso in un bozzolo di interessi, di egoismi, ma sempre della persona che fa parte di una comunità, si parla sempre dei doveri inderogabili di solidarietà, si parla della persona nelle formazioni sociali.

Perché questa insistenza della costituzione sulla partecipazione di tutti alla vita della comunità? Perché è essenziale in una democrazia il fatto che ci sia un libero scambio di opinioni e che questo scambio avvenga fra il maggior numero possibile di persone. Quanto più ricco è in una democrazia lo scambio, quanto più ricca è la partecipazione, tanto più quella democrazia è una democrazia viva. La democrazia è il contrario delle dittature e delle oligarchie, proprio perché è il governo di tutti, ma se le

rappresentanti di più delle metà di cittadini italiani, cioè le donne, non vengono messe in condizione di poter partecipare effettivamente alla vita della democrazia, del sistema democratico, noi ci stiamo privando stupidamente ed in maniera del tutto criminale di un apporto ricchissimo di diversi punti di vista. La varietà è una riserva, non è un problema, è un punto su cui non mi stancherò mai di battere e a me sembra assurdo che noi, per acquiescenza, indolenza, incapacità di rompere vincoli di carattere storico, di carattere culturale ci priviamo nei nostri organi di governo della ricchezza enorme che possono portare le donne, non perché le donne siano abitanti di un altro pianeta, ma perché non c'è alcun dubbio che hanno punti di vista, sensibilità, problematiche diverse rispetto a quelle che possono portare i consiglieri di sesso maschile. Non c'è dubbio quindi che il contributo che potrebbero dare alla vita politica è un contributo prezioso, di cui non dobbiamo privarci.

Allora da questo punto di vista - e concludo - a me pare che approvare questo emendamento, che prevede unicamente che almeno un terzo dei candidati nelle liste sia di sesso femminile è il minimo che possono fare, è veramente soltanto il primo passo. Vorrei che fosse chiaro che però questo passo deve essere seguito da altri ulteriori rapidi passi, in una direzione di maggior uguaglianza sostanziale.

Nel documento che è stato presentato dal comitato per le pari opportunità tra uomo e donna della provincia di Bolzano, si citano le azioni positive, da contrapporre ad azioni negative. In realtà non è che ci siano oggi nella società europea delle azioni negative nei confronti della donna, oggi dopo il movimento femminista nessuno osa più sostenere che le donne non debbono partecipare alla vita pubblica o non debbono svolgere le stesse attività che svolgono gli uomini, magari non lo dice per ipocrisia, non lo dice per paura di essere immediatamente sepolto da un coro di critiche, però perlomeno di questo non si discute più, ma non basta, perché in realtà ci sono delle condizioni di vita, delle condizioni di organizzazione sociale che con la loro pesantezza impediscono alle donne di svolgere un ruolo attivo nella vita politica.

Quindi da questo punto di vista varare una politica di azioni positive vuol dire varare una politica che contrasti una condizione che nella sua passività, nella sua rigidità soffoca le donne. Ripeto e concludo, è nel nostro interesse, nell'interesse della nostra comunità fare questo, e quindi mi auguro che i consiglieri anche della maggioranza riflettano su questo punto, si rendano conto anche in ultimo del valore simbolico che ha questa scelta, è una scelta minima, ma ha un valore simbolico molto importante. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Mayr C., ne ha facoltà.

MAYR CHR.: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe gemeinsam mit den anderen Kolleginnen den Abänderungsantrag, den nächsten, den wir dann behandeln zum Artikel 20 und 21 unterschrieben und habe der Kollegin Chiodi versprochen ihren Abänderungsantrag zum Artikel 19, den wir jetzt gerade diskutieren zu unterstützen. Ich muß sagen, daß ich länger darüber nachgedacht habe, ob ich das effektiv unterstützen will, ob ich für eine

Quote bin oder nicht. Prinzipiell war ich immer gegen eine Quote, weil ich überzeugt bin, daß man als Frau kraft des eigenen Könnens weiterkommen kann. Man kann beruflich weiterkommen, wenn man will. Also ich habe in dieser Beziehung keine Probleme gehabt, ich habe sicherlich auch meine Schwierigkeiten gehabt, aber ich habe mein Studium und meinen Beruf erreicht und mein Büro aufgebaut kraft meines Könnens. Aber wie ich in die Politik zuerst nur in parteipolitische Politik eingetreten bin und nun auch im politischen Mandat, da habe ich gemerkt, das dort ganz ein anderer Wind herrscht, daß ein andere Wind weht und daß dort ganz andere Grundvoraussetzungen herrschen. Und zwar hier geht es um Macht und leider sind die Männer nicht bereit ich will nicht sagen die Macht abzugeben, das wäre wirklich zuviel verlangt, aber die Macht mit uns Frauen zu teilen. Und hier kommen die ersten Probleme. Wenn wir beruflich schauen z.B. bei den anonymen Wettbewerbe haben Frauen keine Probleme. Also haben wir Frauen, die Fähigkeit haben, die Kompetenz haben, die Könnens haben, dort keine Probleme; nehmen wir die letzten Richterwettbewerbe her: das ist doch ein Prestige-Beruf Richter zu werden. 51 Prozent der Frauen haben den Richterwettbewerb bestanden und 49 Prozent der Männer. Es ist groß im "Sole 24 ore" gestanden: La Giustizia diventa femminile. Ja, was heißt das: sind Frauen vielleicht schlechte Richterinnen und deshalb komme ich auch dazu: sind Frauen schlechte Politikerinnen? Nein es ist nicht das Problem, was meine Partei betrifft, es ist nicht das Problem für Frauen auf die Liste zu kommen. Also ich würde kein Problem finden oder kein Problem sehen, daß wir Frauen auf der Südtiroler Volkspartei auf die Liste kommen. Das Problem, das wir haben, ist daß wir keine Unterstützung bekommen. Eine Unterstützung, die ein Minimum garantiert, damit wir auch gewählt werden. Wir können nicht auf die Liste kommen, nur weil wir Frauen sind, sondern wir müssen auf die Liste kommen, weil wir Frauen und weil wir ein bestimmtes Gebiet vertreten, eine bestimmte Fachkompetenz haben, weil wir einen bestimmten Stand vertreten. Gerade in der Südtiroler Volkspartei, die eine Richtungspartei ist, werden von den verschiedenen Organisationen und Richtungen die Kandidaten aufgestellt. Ich weiß zwar, daß wir vom Gemeinderatsgesetz - Wahlordnung für die Gemeinderatsstuben reden, aber ich denke an unsere letzte Erfahrung für die Wahlen im Südtiroler Landtag. Hat ein Wirtschaftsverband eine Frau aufgestellt, hat ein Handwerkerverband eine Frau aufgestellt, hat ein Gastwirt- und ein Hotelierverband eine Frau aufgestellt, hat ein Bauernstand eine Frau aufgestellt oder haben sie eine Frau eventuell unterstützt? Also in meiner Partei war das nicht möglich, aber wir haben so und so viele Gastwirtinnen, die den Laden schmeißen und der Mann macht vielleicht nur P.R. Wir haben so und so viele Frauen, die Handwerkerinnen sind. Wir haben auch Frauen, die im Handwerksbetrieb, mit dem Mann mitarbeiten, die die Seele des Betriebes sind. Wir haben so und so viele Bäuerinnen, die ohne Probleme den Hof des Mannes weiterführen, wenn ein Unglücksfall passiert oder wenn der Mann plötzlich verstirbt. Wir haben auch Bäuerinnen, denen die Fäden im Hof zusammenlaufen, die vielleicht den Hof besser in der Hand haben als ihr Mann. All diese Frauen sind tüchtig und all diese Frauen hätten auch den Willen und die Freude und die Lust in der Politik mitzumischen und ganz besonders in der Gemeinderatspolitik, die vielleicht konkreter ist und irgendwie leichter

überschaubar. Diese Frauen haben den Willen, nicht daß sie nicht den Mut haben, aber sie wissen genau, sie brauchen die Unterstützung von ihrer Organisation. Die Unterstützung eben auch von den Männern, daß sie eben gewählt werden und da ist der Punkt, wofür ich zu diesem Abänderungsantrag mitunterschrieben habe. Es geht mir nicht darum, daß wir mit Frauen die Liste verschönern und es geht nicht darum, wie der Kollege Messner gesagt hat, ihr Frauen wollt's nicht oder wir finden keine Frauen, die auf der Liste kommen. Natürlich finden wir keine Frauen, denn sie wissen, daß sie auf die Liste kommen, nur weil sie Frauen sind. Wir müssen dem Bauernstand sagen, anstatt daß wir vier Bauern aufstellen, stellen wir 3 Bauern und eine Bäuerin auf. So dem Handwerkerverband und so dem Wirtschaftsverband und so dem Industriellen usw. So muß man das machen und das erhoffe ich mir durch diese Quote. Ich erhoffe mir, daß die Männer sich bewußt werden, entweder oder sie ziehen da mit und sie helfen uns Frauen zu unterstützen und unterstützen sie mit ihrer Organisation, ansonsten werden wir sicherlich Probleme bei den nächsten Gemeinderatswahlen haben. Aber wenn ihr mithelft und wenn ihr mitmachen wollt und ich weiß, daß der Präsident des Bauernbundes sehr zuvorkommend ist und daß er mir sicherlich sehr helfen wird, dann werden wir so und so viele Bäuerinnen finden, um sie auf der Liste... Und aus diesem Grund habe ich diesem Abänderungsantrag zugestimmt, nicht weil ich so und so viele Frauen auf der Liste haben will, weil ich die Liste verschönern will, sondern ich habe eben zugestimmt, weil ich will, daß die Frauen von der Organisation unterstützt werden. Vielleicht noch eine kleine Bemerkung dazu. Ich bin zwar die Vorsitzende der Frauenbewegung der Südtiroler Volkspartei und wie es voriges Jahr um meine Kandidatur gegangen ist und wie es um eine bindende Kandidatur in Bezirk Bozen gegangen ist, wo 7 Plätze frei waren und 7 Männer und ich angetreten sind um diese 7 Plätze zu besetzen, dann könnt ihr euch alle denken, wie es gegangen ist. Die 7 Männer haben Platz gefunden und ich einzelne Frau bin auf den 8. Platz gewesen und bin also nicht bindende Kandidatin geworden. Meiner Kollegin Sabine wär das fast ähnlich ergangen, nur ist damals im Bezirk Brixen ein Mann für sie zurückgetreten und hat ihr den Platz gelassen. Ich will damit nur sagen, es geht nicht darum, daß wir eben nur als Frauen auf die Liste kommen. Es geht darum, daß wir unterstützt werden und nicht nur von den Frauen, sondern eben auch von den Männerorganisationen.

(Illustre signor Presidente! Onorevoli colleghe e colleghi!

Insieme ad altri consiglieri ho firmato il successivo emendamento all'art. 20 e 21 ed ho contestualmente promesso alla collega Chiodi di sostenere il suo emendamento all'art. 19. Devo ammettere che a lungo ho riflettuto se sostenere l'emendamento o meno, se essere favorevole o contraria all'introduzione della quota. Sostanzialmente mi sono sempre opposta ad una quota, perché convinta che le donne possono dimostrare altrimenti quali sono le loro capacità. Si può fare carriera, se lo si vuole se si hanno le capacità. In questo senso personalmente non ho avuto problemi, ho il mio studio e la mia professione ed ho portato avanti la mia attività per le mie capacità. Ma quando sono entrata nel partito e poi nella vita politica attiva, mi sono accorta, che tira un vento completamente diverso ed esistono altri presupposti di fondo.

Qui infatti si tratta del potere e purtroppo gli uomini non sono disposti, non dico a cedere il potere, perché sarebbe troppo, ma anche solo a dividere con noi il potere. E qui si verificano i primi problemi. Se consideriamo la sfera professionale, vediamo che nei concorsi anonimi le donne non hanno problemi. Prendiamo ad esempio gli ultimi concorsi in magistratura: in fin dei conti è una professione di prestigio diventare giudice. Il 51% dei candidati che hanno superato il concorso erano donne, ed il 49% uomini. Nel "Sole 24 ore" c'era scritto a grandi titoli: la giustizia diventa femminile. Ma che cosa significa? Le donne sono forse giudici meno bravi dei loro colleghi maschili, e per analogia sono forse meno capaci dei loro colleghi maschili in politica? Nel mio partito il problema non è essere poste sulla lista, la Südtiroler Volkspartei mi sembra avere problemi nel candidare delle donne sulla propria lista. Il problema che è che non troviamo il sufficiente appoggio. Ovvero l'appoggio minimo che ci garantisca di venire elette. Noi non dobbiamo essere messe sulla lista solo perché siamo donne, ma dobbiamo essere candidate perché siamo donne e perché rappresentiamo un certo settore, perché abbiamo competenze specifiche e difendiamo una certa categoria. Proprio nella Südtiroler Volkspartei, che è un partito di raccolta, i candidati vengono proposti dalle varie organizzazioni e gruppi. So che stiamo parlando della legge sulla riforma elettorale degli organi comunali, ma stavo pensando alle ultime elezioni in Consiglio provinciale di Bolzano. Una categoria economica ha forse mai proposto una donna, un'associazione artigianale ha forse mai proposto una donna, un'associazione alberghiera o un'associazione di coltivatori diretti ha forse mai proposto o sostenuto una donna per rappresentarla? Nel mio partito questo non è mai stato possibile, sebbene ci fossero tante albergatrici a condurre l'azienda, mentre il marito magari era a fare pubbliche relazioni, sebbene ci fossero tante artigiane a gestire l'azienda insieme al marito, sebbene ci fossero tante contadine ad amministrare il maso anche dopo una eventuale disgrazia o morte del marito. Ci sono anche contadine che tengono gestiscono sole il maso, assumendo tutte le decisioni più importanti. Tutte queste donne sono donne valide ed avrebbero anche la voglia e l'entusiasmo necessario per partecipare alle decisioni politiche, specialmente nell'ambito comunale, dove la politica è più concreta e tangibile. Queste donne avrebbero tale volontà, e nondimeno anche il coraggio, ma sanno benissimo che è necessario il sostegno della loro organizzazione e degli uomini per essere elette. E questo è il punto che mi ha convinto a firmare l'emendamento. Non voglio che le donne vengano solo candidate per abbellire la liste. Non si tratta nemmeno del fatto, come ha detto il collega Messner, che non si trovano donne che vogliono candidare, perché manca la volontà. Naturalmente non troviamo donne disponibili ad essere messe sulla lista solo perché donne. Noi dobbiamo dire per esempio alla categoria dei coltivatori diretti che devono proporre 3 uomini ed una donna. E così deve fare l'associazione artigiani, industriali ecc. Questo è quanto spero avvenga attraverso l'introduzione di questa quota. Spero che gli uomini comprendano che, o aiutano noi donne e ci sostengono con le loro organizzazioni, oppure ci saranno seri problemi alle prossime elezioni comunali. Ma se voi ci aiutate e contribuite, allora - e so che il Presidente del Bauernbund è molto disponibile e sicuramente ci aiuterà - troveremo contadine a sufficienza disposte a candidare... Per questa ragione ho dato il

mio voto favorevole all'emendamento, non perché desidero vi sia un certo numero di donne sulla lista o perché la si voglia abbellire, ma perché desidero che le organizzazioni sostengano anche le donne. Una piccola osservazione ancora, per finire. Io sono la Presidente del Movimento Femminile della Südtiroler Volkspartei e quando l'anno scorso si è trattato di decidere circa le candidature vincolanti nel distretto di Bolzano, dove c'erano 7 posti a disposizione per 7 candidati uomini e 1 donna, potete ben immaginare come sia andata a finire. I sette uomini hanno trovato posto ed io come unica donna sono stata messa all'8° posto e quindi non ero più un candidato vincolante. Alla mia collega Sabine sarebbe successo lo stesso se nel collegio di Bressanone un uomo non si fosse ritirato e le avesse lasciato il posto. Con questo non voglio dire che l'importante non è essere poste sulla lista, bensì di ottenere il necessario appoggio delle organizzazioni maschili.)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Panizza, ne ha facoltà.

PANIZZA: Signor Presidente, signori consiglieri, chiarisco e specifico che il mio intervento è a titolo personale e quindi non in rappresentanza del mio partito, perché credo che questo argomento vada trattato proprio secondo le sensibilità personali. Sicuramente è uno dei temi più scottanti e più importanti che vengono affrontati in questo Consiglio regionale ed è giusto che sia data quella rilevanza che merita anche negli interventi, sebbene si ripetano parecchie dichiarazioni ed affermazioni.

Tutti coloro che sono intervenuti finora hanno parlato a favore di questo problema, eventualmente la differenza consiste soltanto nel metodo, come raggiungere questo obiettivo giusto di una maggiore rappresentanza negli organi istituzionali della donna. Quindi sia chi ha esordito in un modo o nell'altro tutti sono concordi sull'obiettivo, la differenza è nel metodo.

Nessuno dubita che la presenza della donna negli organi istituzionali sia di fondamentale importanza, perché per la differenza che esiste fra uomo e donna nessun uomo può colmare la lacuna dell'assenza di una donna e siccome noi rappresentiamo uomini e donne, e si rappresenta quindi una comunità completa, è giusto che completa sia anche la rappresentanza. Dicevo perché nessuno può sostituire la qualità della donna, non esiste una superiorità o una inferiorità, esiste una diversa qualità e potrei ingentilire l'affermazione con un paragone: non è che il giglio sia migliore della calla o il garofano della rosa o il non ti scordar di me della violetta, ognuno ha qualcosa di proprio che non ha l'altro e nessuno è migliore o superiore all'altro, sono tutti belli e contribuiscono nella loro qualità a qualificare nella varietà.

Come allora superare l'ostacolo per raggiungere l'obiettivo, credo che prima di tutto si deve fare un'analisi di carattere culturale, il vizio di forma e di sostanza è nella cultura e quindi anche in quella locale, perché questa lacuna esiste anche nella cultura trentino-tirolese e quando si parla di cultura voi sapete quale tasto delicato si tocca. Per fare una breve digressione, senza uscire di tema, ma per ricollegarmi immediatamente, in questi giorni sono stato assalito dalla stampa per aver parlato di cultura, per il valore della cultura, magari poi i giornali scrivono quello che vogliono,

anche se il sottoscritto da martedì mattina, a lettere chiare ha detto che non intende fare esami di cultura a nessuno e non dare patentini a nessuno, l'ho detto in modo inequivocabile e chiaro, da più di una settimana vergognosamente si continua nell'equivoco e nell'ambiguità ed in questi equivoco ed ambiguità sono degenerati nel ridicolo, nel banale, nella strumentalizzazione e un po' soavemente ci sono cascati anche componenti della maggioranza, proprio perché non ci si informa sufficientemente, non si parla e si continua quindi nell'equivoco e nell'ambiguità. Ma tanto le spalle le ho buone e sono già uscito indenne e quando arrivo alla sera a 1.300 metri di altitudine mi ossigeno e poi ritorno a Trento nuovamente fresco ed in grado di lottare anche contro i mulini a vento, perché il potere ce l'ha qualcuno e lo adopera come gli pare e piace.

Sicuramente nella nostra cultura, ne ho avuto una buona immagine di questo squallore che continua ancora, ebbene effettivamente nella nostra cultura, ribadisco, c'è questa lacuna nei confronti della donna, allora come riuscire a superarla? Attraverso un comma, un articolo di legge? Personalmente non credo, credo che bisogna partire in basso per cambiare questa cultura sbagliata che abbiamo della donna e della sua rappresentanza e delle sue responsabilità, e dobbiamo partire proprio - visto che sono assessore all'istruzione - dalla scuola, dobbiamo incominciare nella scuola a far capire le pari opportunità e il grande valore che ha la donna nella società, oltretutto pilastro nella famiglia.

Quindi temo che sottolineare attraverso un comma la necessaria presenza nelle liste elettorali di un terzo delle donne sia un pericolo, perché è un'implicita ammissione non di parità, ma di inferiorità, di incapacità che non ammetto nel modo più assoluto; qui si tratta di fare un salto di carattere sociale alla cultura, di antropologia culturale, elevare la cultura in modo che la donna occupi il posto giusto.

Quindi non so se la proposta è accettabile, per solidarietà posso anche, quando si tratta di votare, dare un voto favorevole, ma non credo che quel voto porti i frutti che sono richiesti e che si vogliono, non si raggiungono gli obiettivi, ci vuole un cambio di cultura non a colpi di articoli di legge o di commi, certo ci vuole qualche cosa, di fronte al pregiudizio, a uno stereotipo negativo ci vuole qualche supporto e su questo sono pienamente d'accordo. Ho parlato con alcune donne da ieri sera a questa mattina e ho chiesto il loro parere, effettivamente sono preoccupate che questo voto non significhi implicita ammissione di inferiorità proprio un boomerang contro quella pari opportunità che si chiede.

Quindi invito a riflettere, prima di concludere, se è possibile ridurre per appoggiare, perché un appoggio è indispensabile, ma credo che per questa strada non si raggiunge l'obiettivo che ci si prefigge.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Bitte ich möchte kurz sein, aber ich habe so das Gefühl, als ob ausgerechnet die Frauen hier im Saal Minderwertigkeitskomplexe haben und sich nicht getrauen, sich zur Wehr zu setzen. Moment. Ich möchte nur erinnern, da haben wir das Übereinkommen von New York vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der

Frau, das im Artikel 2 festlegt: Frauen sind zu allen öffentlich gewählten Körperschaften, die aufgrund des inländischen Rechtes geschaffen wurden, unter den gleichen Bedingungen wie Männer, ohne irgend eine Zurücksetzung, wählbar. Ist eine Grundsatzbestimmung. Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat zuletzt am 21. Mai 1991 eine Entschließung gefaßt, von der ich nur zwei Absätze lese, wo es heißt: Es sind Maßnahmen anzulegen, die die Mitwirkung der Frauen am Entscheidungsprozeß im öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben fördern sollen. Im Rahmen dieses Programmes sollen entsprechend den Erfordernissen, nationale, regionale oder lokale Pläne zur Förderung der Gleichstellung oder andere einschlägige politische Maßnahmen beschlossen werden, in denen Ziele festgelegt werden, die den jeweiligen nationalen Besonderheiten entsprechen.

Es ist klar, daß die nordischen Länder in Europa - ich bleibe bei Europa, die brauchen keine Quotenregelung. Denn wenn man hier die Statistik nimmt, dann stellen die Frauen in Dänemark 1987 29 Prozent, in Finnland 31,5 Prozent, dann in der damaligen deutschen demokratischen Republik 32,2 Prozent, in Norwegen 34,4 Prozent, in Schweden damals noch 28,5 Prozent und in der Sowjetunion insgesamt 34,5 Prozent der politischen Vertreter. Die sind alle um das Drittel herum, sei es in Norden Europas, sei es in der ehemaligen Sowjetunion usw. Die hatten mehr als ein Drittel schon erreicht und sind in Begriffe, wie man gehört hat, auch es zu überschreiten. Die brauchen sicher keine Quotenregelung. Und ich bin der Ansicht, an sich sollte es keine Quotenregelung brauchen, wenn die Frauen gleichberechtigt sind. Aber ich bin der Ansicht, es braucht die Quotenregelung sozusagen als vorübergehende Maßnahme, um vorwärtszukommen und ich glaube nicht, daß ausgerechnet wir, Trentino-Südtirol, nicht das Staatsgesetz übernehmen sollten, das sagt es dürfen nicht mehr als zwei Drittel von einem Geschlecht sein. Und ich bin auch der Ansicht und ich sage es klipp und klar, daß es wichtig ist, daß die Frauen stärker mitbeteiligt werden, sie können nicht dazu gezwungen werden, wenn sie nicht wollen, daß aber ihr Bewußtsein in der Hinsicht wächst, daß sie auch mitzureden haben in der Politik und nicht nur Kinder zu erzeugen haben. Aber es ist wichtig, daß das ethnische Bewußtsein auf diese Weise gefördert wird, denn ihr wißt ja die Vereinten Nationen sagen immer, auch zuletzt in einer Entschließung vom 18. Dezember 1992, wo es heißt, daß die Staaten die Existenz und die nationale oder ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Identität der Minderheiten innerhalb ihres Stammlandes schützen sollen- heißt es - und sollen ermutigen die Bedingungen für die Förderung dieser Identität und ich bin der Ansicht, daß die Frauen hier gleichberechtigt sind, diese nationale oder ethnische Identität zu pflegen, denn wie gesagt in allen Resolutionen der Vereinten Nationen, wenn von Minderheiten die Rede ist, sagt man, die Minderheit unterscheidet sich von der Mehrheit des Staatsvolkes sprachlich ethnisch. Es heißt dann immer, aber diese Minderheit muß bewegt sein durch ein Bewußtsein, daß sie etwas anderes ist, indem sie das Recht hat anders zu sein. Aber das Bewußtsein muß hier sein und ich bin der Ansicht, daß die Frauen mehr als bisher an der Politik auch teilnehmen sollten. Deswegen bin ich der Ansicht, daß wir hier diese Quotenregelung einführen sollten, nicht weil es sie unbedingt braucht, aber weil es sie vorläufig braucht, um doch mehr zu dem Ziel zu

gelangen, das die nordischen Staaten, wie gesagt Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, schon längst erreicht haben. Danke.

(Non intendo dilungarmi, tuttavia non possa fare a meno di esternare una mia impressione, ovvero che le donne qui presenti abbiano dei complessi di inferiorità e non osano difendere la propria posizione. In proposito desidero far presente che l'accordo di New York di data 31 marzo 1953 riferito ai diritti politici del sesso femminile all'art. 2 recita: "Le donne sono eleggibili, a pari condizioni degli uomini e senza pregiudizi, in seno a tutti gli enti pubblici costituiti sulla base del diritto nazionale." Si tratta di un principio fondamentale. Il Consiglio della Comunità europea in data 21 maggio 1991 ha adottato una risoluzione di cui mi permetto di sottoporre alla Vostra attenzione due commi: "...E' necessario adottare dei provvedimenti tesi a promuovere la partecipazione femminile al processo decisionale nella vita pubblica, economica e sociale. Nell'ambito del presente programma e in relazione alle esigenze sono da avviare progetti nazionali, regionali o locali finalizzati alla promozione dell'equiparazione e da adottare altri provvedimenti politici volti a raggiungere obiettivi in sintonia alla rispettiva peculiarità nazionale..."

E' indiscusso che i paesi del Nord, e mi riferisco a quelli dell'Europa del Nord, non hanno bisogno di una regolamentazione delle quote. Dalla statistica relativa al 1987 risulta che il numero delle donne attive in politica ammontava al 29 per cento in Danimarca, al 31,5% in Finlandia, al 32,3% nell'allora Repubblica Federale Democratica, al 34,4% in Norvegia, al 28,5% in Svezia ed al 34,5 % nell'ex Unione sovietica. In tutti questi paesi la percentuale delle donne presenti in politica ruota attorno al 33%, questo sia nell'Europa del Nord che nell'ex URSS. Nei paesi di cui sopra le donne hanno già conquistato un terzo delle cariche politiche e si apprestano a superare tale quota. Di conseguenza risulta ovvio che non vi è, in tali paesi, necessità di prevedere una regolamentazione delle quote, e sono dell'avviso che ciò debba essere la cosa più ovvia dal momento che le donne sono equiparate agli uomini. Ritengo tuttavia che per quanto attiene la nostra realtà si debba, a titolo provvisorio, introdurre una clausola in tal senso, in quanto ritengo non sussista motivo per discostarci da quanto prevede la legge nazionale a riguardo, ovvero che nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore ai due terzi. Ribadisco quindi che è di estrema importanza che le donne partecipino più attivamente alla vita politica. Tale collaborazione non può venir imposta per legge, tuttavia dobbiamo adoperarci per far sì che le donne diventino consapevoli del fatto che il loro compito non si limita alla crescita dei figli, ma che hanno voce in capitolo anche nell'ambito della politica. Ritengo pertanto indispensabile promuovere la consapevolezza etnica, dato che anche le Nazioni Unite sostengono, ed questo anche in una risoluzione di data 18 dicembre 1992 che gli stati debbono salvaguardare l'esistenza e l'identità nazionale, etnica, culturale, religiosa o linguistica della minoranza situata sul territorio nazionale e devono promuovere le condizioni per lo sviluppo di tale identità. Sono quindi dell'avviso che le donne abbiano il dovere ed il diritto di attivarsi per curare l'identità nazionale o etnica. In tutte le Risoluzioni delle Nazioni Unite, laddove si parla di

minoranze, si sostiene che esse debbono distinguersi dal popolo nazionale dal punto di vista linguistico ed etico. Inoltre si specifica che tale minoranza deve essere conscia della sua peculiarità e far quindi valere il suo diritto di conservare tale diversità. Ma la minoranza deve possedere tale consapevolezza e pertanto sono dell'avviso che anche le donne, più che in passato, debbano partecipare alla vita politica. Ribadisco quindi la mia posizione favorevole all'introduzione della riserva dei posti per l'altro sesso, non perché la consideri indispensabile, ma perché la reputo necessaria come provvedimento transitorio per raggiungere gli obiettivi che gli stati nordici, ovvero la Danimarca, la Svezia, la Norvegia e la Finlandia hanno già da tempo raggiunto. Vi ringrazio.)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Willeit, ne ha facoltà.

WILLEIT: La dichiarazione del cons. Holzmann di ieri mi induce a prendere la parola anche oggi su questo punto assai importante. Ieri il cons. Holzmann ha messo a confronto la norma in favore della minoranza ladina appena stralciata con quella che sarebbe poi stata trattata a favore delle donne. Questo suo confronto regge e non regge, non regge ovviamente perché la popolazione ladina non è fatta di sole donne, ma anche di uomini, bambini, vecchi, lavoratori, pensionati e così via, di tutto quello che qualifica una comunità storica naturale, culturale, regge giuridicamente, perché si tratta anche in questo ed in quel caso di garantire ad una componente sociale, ad una categoria di persone più diritti, c'è un diritto in più per avere uguale diritto. Alle donne bisogna dare, oltre al diritto spettante dalla costituzione e dagli ordinamenti, un qualcosa in più affinché possano concorrere con gli uomini. E' dunque questione di uguaglianza e giustizia sostanziale, non giuridica e non questione di paternalismo o protezionismo ecc.

Chiedo alla maggioranza perché non si fa pensieri circa la legittimità costituzionale anche in questo caso, nonostante tutte le discussioni a livello nazionale.

Nel merito della questione ho notato che esistono due posizioni, confrontando anche gli artt. 19 e 20, vedo che il testo approvato dalla commissione contempla una garanzia effettiva a favore delle donne, perché riferisce la riserva alla lista effettiva dei candidati, cioè se i candidati sono 20, dice un tot di posti devono essere riservati alle donne. L'altra posizione che emerge dagli emendamenti riferisce la riserva al numero ammesso, il che abbiamo visto che è il numero dei componenti il consiglio più la metà. Questa seconda posizione però non garantisce affatto la presenza effettiva delle donne, perché basta che gli uomini superino i due terzi o i tre quarti della loro quota e la lista dovrebbe essere a posto.

Non mi piace neanche nella versione del testo approvato dalla commissione, perché mi sembra fin troppo rigido in quei casi laddove non si trova la presenza delle donne e denota - concordo con quanti hanno asserito - che le condizioni socio-culturali ed economiche della regione non sono proprio favorevoli alle candidature delle donne.

Quello che riterrei opportuno sottolineare ancora una volta è che bisogna prevedere una garanzia effettiva, cioè commisurata alla lista presentata, non troppo

rigida però, che su tutte le liste che vengono presentate vi sia un numero adeguato di donne, indipendentemente, senza insistere sul numero un quarto o un terzo.

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire? Ricordo che stiamo discutendo sull'emendamento Bondi, ma analogo emendamento è stato presentato dai conss. Chiodi, Alessandrini e Viola.

Ha chiesto la parola il cons. Pinter, ne ha facoltà.

PINTER: Devo dire che mi sento un po' combattuto rispetto questo dibattito, perché devo dire che condivido molte ragioni di coloro che sostengono l'emendamento, devo dire che non condivido alcune delle ragioni a sostegno dell'emendamento, come analogamente condivido alcune riflessioni portate a sostegno di una valutazione negativa dell'emendamento, cioè quindi contraria alle quote e anche alcune argomentazioni che sono contrarie alle quote posso dire di non dividerle. Per cui credo che in questo dibattito soltanto se ne facciamo una questione di schieramento si potrebbe chiarire l'espressione dei voti, ma non daremo completezza e chiarezza del dibattito, perché credo che veramente ci siano delle posizioni, tanto tra i favorevoli, che negli oppositori a questo emendamento, che hanno delle serie ragioni da sostenere.

Diceva appena adesso il consigliere Willeit che si tratta di uguaglianza formale o sostanziale, lui sosteneva il problema dell'uguaglianza sostanziale. Sono convinto che questo emendamento si avvicina abbastanza all'uguaglianza formale, ma non all'uguaglianza sostanziale, nel senso che l'uguaglianza si ha con le pari opportunità e le pari opportunità devono essere nell'accesso alla politica, nella possibilità di fare politica e da questo punto di vista sappiamo benissimo che le pari opportunità non ci sono, potrei fare degli esempi che non c'entrano con la materia, ma per essere molto chiaro in quest'aula potremo avere delle barriere linguistiche, però le abbiamo rimosse con la tradizione simultanea. Questo ci permette, parlando anche lingue diverse, di poterci capire.

Ci sarebbero delle altre situazioni nelle quali questa barriera non è stata superata, ma potrei fare un altro esempio: se un portatore di handicap fosse eletto consigliere regionale, si troverebbe in estrema difficoltà soltanto ad entrare in quest'aula, non dico poi a svolgere il suo mandato. Quindi è chiaro che le istituzioni e la politica non sono pronte per garantire a tutti parità di accesso di condizioni di svolgimento effettivo della iniziativa politica. Al di là di questo esempio credo che il problema dei tempi sia l'esempio più forte, perché non c'è ombra di dubbio che se noi vogliamo garantire l'accesso alla politica, mantenendo la politica nelle forme e nei tempi con le quali si svolge oggi, è evidente che questo diventa limitativo e selettivo. Il fatto stesso che noi potremo dire le modalità con le quali stiamo discutendo di questa legge, che domani e dopo domani avremo dalle 9.00 alle 24.00 come orario di seduta, già è indicatore che non tutti potrebbero avere analoga disponibilità, certo che uno fa la scelta prima di essere eletto e seleziona e quindi si dichiara non disponibile rispetto a questo, però il problema è vedere, se è giusto che uno si dichiari non disponibile, o se non è altrettanto vero chiedere che ci sia la possibilità per tante altre persone per poter

comunque optare, di poter avere la possibilità di accesso, quindi modificando i tempi. Allora non è più che le persone devono cambiare i propri tempi in misura della politica, ma forse è la politica che dovrebbe cambiare i tempi in misura delle persone e non soltanto delle donne, perché se abbiamo in testa anche un uomo che non è soltanto soggetto produttore, consumatore, forse dovremo cambiare anche i tempi per i soggetti maschi, non soltanto per le donne, perché credo che questo renderebbe molto più accettabile ed esercitabile il diritto alla partecipazione politica.

Detto questo, posso anche capire che questa può essere un'affermazione retorica, perché in realtà cos'è che facciamo di concreto per modificare questi tempi, quasi niente, anzi come sa la cons. Chiodi prima abbiamo fissato un calendario dei lavori che non va assolutamente in questa direzione, d'altronde è anche vero che potremmo trovare delle soluzioni diverse, perché questo dibattito, con tutto il rispetto per tutti i relatori, però potevamo impiegarci un terzo del tempo, senza togliere nulla; se noi mettiamo assieme tutti i tempi persi per la preparazione della legge sull'elezione dei comuni, credo che onestamente con un terzo dei tempi potevamo raggiungere lo stesso risultato e magari qualitativamente migliore.

Da queste considerazioni mi nasce una valutazione di questo tipo, a questo punto rimane il problema se le quote possono aiutare o meno nella direzione di questa pari opportunità, di questa uguaglianza sostanziale.

Credo personalmente che le quote ci vorrebbero, ma ci vorrebbero negli eletti, non nei candidati, credo che, se dovesse avere un significato la quota, lo dovrebbe avere nel garantire all'interno di un consiglio comunale un minimo di rappresentanza per ciascuno dei due sessi, allora avrebbe un significato reale, perché in questo caso avremo o le sedie colmate dalle persone elette dall'altro sesso, o le sedie vuote, che starebbero anche lì a significare una inadeguata rappresentanza, perché se il nostro obiettivo - e su questo non posso che essere estremamente d'accordo - è di alzare la quota di rappresentanza femminile, dovremo capire, se lo strumento per arrivare a questo è l'aumentare le candidature, o se non invece aumentare gli eletti effettivi, perché alla fine non mi pare che nemmeno nelle ultime consultazioni elettorali, anche coloro che hanno introdotto percentuali e quote di candidature dell'altro sesso abbiano stravolto le percentuali degli eletti effettivi, perché poi questo è un serio problema, perché se il risultato finale è di alzare la partecipazione formale, ma non alzare la partecipazione sostanziale, non è che abbiamo ottenuto un grande risultato.

Allora credo che le quote nelle candidature salvano più lo spirito, il valore simbolico, la forma che non la sostanza, perché la sostanza meriterebbe qualcosa di più, meriterebbe che effettivamente si vincolasse una quota delle rappresentanze al sesso diverso, rispetto quello prevalente nell'attuale rappresentanza, altrimenti corriamo veramente il rischio di fare un'affermazione di principio, alla quale non ne conseguono degli atti. Una volta affermato il principio, non è quello che conta la misura, è semmai affermare o non affermare un principio, è chiaro che, se affermo un principio, tanto vale affermarlo significativamente, quindi è meglio un terzo che non un quarto, però credo che sull'affermazione del vincolo rigido, obbligatorio della presenza femminile, lo

possiamo sostenere soltanto con questa convinzione, cioè che stiamo usando uno strumento inadeguato per raggiungere un obiettivo giusto.

Rimango perplesso, per le argomentazioni che ho indicato, sul fatto che questo sia uno strumento corretto e non solo apparente di pari opportunità o di uguaglianza sostanziale. Con questo non contrasterò questo emendamento, perché se si afferma il principio è meglio un terzo di un quarto della rappresentanza, ma credo che anche le argomentazioni portate positivamente a sostegno dell'elemento di dubbio che le quote possano servire a raggiungimento effettivo dello strumento, posso senz'altro dire di condividerle.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola al cons. Tosadori.

TOSADORI: Signor Presidente, gentili consigliere e signori consiglieri, nell'annunziare il mio personale voto d'appoggio all'emendamento, non posso esimermi da fare alcune considerazioni in relazione a questa proposta di modifica, che introduce un principio di uguaglianza formale tra uomini e donne.

Debbo dire che gli argomenti a sostegno della non introduzione di questo quorum di partecipazione, sono in gran parte fallaci, perché in vero non tengono in considerazione o vogliono non tenere in considerazione un principio e una questione fondamentale, che è quella che l'elemento femminile, nella nostra società non gode di pari opportunità.

La scienza giuridica per anni si è sperimentata su questo aspetto di uguaglianza formale e uguaglianza sostanziale. In tutti i nostri tribunali c'è una scritta che dice: "la legge è uguale per tutti" e sorridendo qualcuno aggiunge: "la legge è uguale per tutti, per qualcuno è più uguale che per altri". In effetti per l'elemento maschile, cioè per una metà del cielo, la legge è più uguale che per altri, è questo il punto che dobbiamo cogliere in questa discussione, si tratta di porre le donne, quindi l'altra metà del cielo, quanto meno in condizioni di pari opportunità per poter accedere alla politica, perché nella sostanza questo non è possibile.

Ecco che allora la distorsione nella forma, che all'apparenza ci può trarre in inganno, perché la riserva di un quorum può prospettarsi in questi termini, è necessaria per ricostruire quella pari opportunità, quelle pari condizioni che fanno sì che anche le donne possano parimenti accedere alla vita politica.

Quindi il mio invito è quello ai consiglieri di soffermarsi su questo aspetto di ricostruzione dell'opportunità o della parità, attraverso anche lo strumento formale della norma, perché esiste un'uguaglianza sostanziale, ma l'uguaglianza sostanziale, purtroppo qualcuno ha detto, deve essere ricondotta e riportata anche attraverso gli strumenti della legge e quindi della forma. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire per la seconda volta il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Nur um mitzuteilen, daß ich hier das Mitteilungsblatt des Europäischen Parlamentes und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vom Mai 1993 habe. Hier steht drinnen, weil es den selben Fall betrifft: Auf dem letzten Parteitag der christlich sozialen Partei Belgiens ist eine Quotenregelung verabschiedet worden, die den weiblichen Parteimitgliedern künftig ein Drittel 33,333 Prozent der Listenplätze bei den Kommunalwahlen sichert.

(Prendo la parola solamente per far notare che ho sotto mano il bollettino del Parlamento europeo nonché della Commissione della Unione europea del maggio 1993 che in riferimento ad un caso analogo specifica: "In occasione dell'ultimo congresso del partito socialdemocratico del Belgio è stata varata una regolamentazione delle quote che in futuro riserverà ai membri di partito di sesso femminile un terzo, ovvero il 33,333% dei posti sulle liste dei candidati per le elezioni comunali.)

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire? La parola al cons. Gasperotti.

GASPEROTTI: Prendo questa occasione per dire che non è abbastanza fare delle osservazioni, che non è abbastanza difendere adesso la legittimità di pari opportunità per le donne all'interno del mondo della politica, ma bisogna seguire anche con dei fatti e quindi per rimuovere gli ostacoli citati anche dal collega Tosadori e dalla collega Mayr, forse è necessario che il legislatore si adoperi perché venga favorito questo inserimento. Uno dei problemi è che la partecipazione sia meglio garantita, facciamo noi una "forzatura" dell'obbligare la presentazione del sesso femminile all'interno delle liste, perché riteniamo che la società abbia questo bisogno e questo stimolo, altrimenti non se ne rende conto che sta commettendo un errore.

La valutazione del legislatore dovrebbe essere questa, la necessità che noi imponiamo delle regole al fine di avere la presenza femminile negli organismi legislativi e negli organismi che dirigono la società. Certo che dopo viene l'altra domanda: a cosa fare? E lì è compito dei partiti dare un indirizzo rispetto al progetto riferito al mondo della donna. Appartengo ad un partito che ha il segretario provinciale donna, ed è stato eletto all'interno degli iscritti, non c'è barriera quindi o se c'è è stata superata in maniera sufficiente per la partecipazione. Noi abbiamo il 50% degli organismi dirigenti che sono donne, forse è perché la sensibilità delle donne "rivoluzionarie" è molto più alta delle donne, che non hanno questo requisito.

La Chiesa non aiuta certamente a superare queste barriere, tanto che è ancora aperto il discorso se ha il diritto di accesso al clero, è messa comunque in second'ordine.

Affermo la necessità di addivenire ad una norma che sia generale, non ho capito bene, perché si è voluto mantenere all'interno delle tre possibilità elettorali tutti i comuni del Trentino, i comuni sopra i 13.000 abitanti per la provincia di Bolzano, i comuni sotto i 13.000 abitanti le tre possibilità hanno la presenza di questa norma, che viene chiesto di essere modificata dall'emendamento Bondi ed altri.

Credevo fosse anche qui meglio rappresentata una norma che dia dignità assoluta come norma all'interno della legge e non inserita in articoli che vedono le diverse possibilità di votazione. Quindi un articolo ad hoc che dica che in Trentino-Alto Adige le liste devono essere presentate con i due terzi di un sesso e un terzo dell'altro. Mi darebbe soddisfazione maggiore rispetto a quello che è stato proposto. Non sarò io a proporre questo tipo di modifica, perché ritengo che qualche handicap l'ho anch'io rispetto al poter valutare e conoscere fino in fondo i problemi della donna, mi sforzo e cerco di superarli, come mi auguro che voi tutti superiate questo handicap, votando a favore dell'emendamento.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Danke schön.

Sind weitere Wortmeldungen zu diesem Abänderungsantrag? Ich sehe keine, dann stimmen wir darüber ab.

Entschuldigung, Herr Assessor Giovanazzi. Gerne haben Sie das Wort.

PRESIDENTE: Grazie.

Qualcun altro intende prendere la parola in merito al presente emendamento? Non mi pare che vi siano delle richieste d'intervento, per cui passiamo alla votazione.

Mi scusi assessore Giovanazzi, a Lei la parola per la replica.

GIOVANAZZI: Dopo una serie di interventi penso ci debba essere la voce anche della Giunta. Nella predisposizione di questo disegno di legge la presenza dell'altro sesso prevista nelle liste dei candidati è riservata come principio e come tale deve essere ancora recepito. Per la verità nel disegno di legge viene riservato un quarto ad altro sesso, come elemento di completamento della lista nel caso di liste piene. L'accoglimento di questo emendamento e di quello che seguirà, comporterebbe la presenza obbligatoria dell'altro sesso in lista, anche perché, se andiamo a vedere la formulazione del comma 2, dove dice che fissa il numero minimo dei candidati che devono andare a comporre le liste nella misura dei tre quarti, quel vuoto che si creerebbe fra i due terzi, come vengono proposti in questo emendamento, per arrivare ai tre quarti dovrebbe venire obbligatoriamente coperto da altro sesso. Perciò una presenza anche obbligatoria in lista.

Per la verità l'art. 5 della legge 81, nella sua prima formulazione, recitava così: "Nelle liste di candidati nessuno dei due sessi può essere di norma rappresentato in misura superiore ai due terzi." Ci sono stati alcuni casi di presentazione di liste dove non erano presenti le donne e c'è stata, la riconsiderazione di queste liste e l'annullamento addirittura delle elezioni perché in queste liste di candidati non erano presenti le donne, proprio perché quel "di norma" è stato interpretato in forma rigida come un obbligo della presenza delle donne, di conseguenza il Parlamento, con la legge 415 del '93 ha

modificato la formulazione di quell'articolo, prevedendo che nelle liste di candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore ai tre quarti di consiglieri assegnati.

Anche questa formulazione comunque è all'esame della corte costituzionale, proprio perché si ravvisa l'incostituzionalità della norma, prevedendo questa obbligatorietà della presenza di altro sesso. Per quanto riguarda la rimozione degli ostacoli di ordine sociale, penso, collega Arena, che non si rimuovono sicuramente prevedendo l'obbligatorietà delle donne nelle liste, ma forse costruendo asili nidi, creando soluzioni diverse anche per gli anziani e liberando così anche le donne da quei vincoli che impediscono in questo momento di essere più presenti nella politica attiva.

Proprio per questo rischio che si correrebbe qualora venisse approvato questo emendamento, prevedendo questa obbligatorietà, correndo il rischio anche di una norma che diventi anticostituzionale, la Giunta ritiene di esprimersi in senso contrario all'accoglimento di questo emendamento.

PRÄSIDENT: Es ist nicht vorgesehen, daß man nach der Replik noch einmal die Diskussion eröffnet.

Zum Fortgang der Arbeiten schon. Bitte schön, Abg. Atz.

PRESIDENTE: Non è possibile riaprire il dibattito essendo l'assessore già intervenuto in sede di replica.

Intende intervenire sull'ordine dei lavori? Prego, cons. Atz, ne ha facoltà.

ATZ: Ich möchte im Namen der Südtiroler Volkspartei die geheime Abstimmung beantragen.

(A nome della Südtiroler Volkspartei propongo la votazione per scrutinio segreto.)

PRÄSIDENT: Wer sich diesem Ansuchen anschließt, möge bitte die Hand erheben.

Frau Abg. Zendron, wir haben eine Geschäftsordnung und die sieht die Geheimabstimmung vor, wenn mindestens fünf Abgeordnete dafür stimmen. Die Zahlen sind mehr als vorhanden. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wir stimmen über den Abänderungsantrag zum Artikel 19 ab: Die Worte "drei Viertel" mit "zwei Drittel" zu ersetzen. Bondi auf der einen Seite und Chiodi, Viola und Alessandrini auf der anderen Seite, inhaltlich das gleiche.

Aber wir können nachdem er umfangreicher ist, ohne weiteres über den Antrag Chiodi, Alessandrini, Viola abstimmen. Ich sage dazu, daß der Abg. Bondi das gleiche erreicht mit seinem Abänderungsantrag. Insgesamt kommt auch Bondi zur Abstimmung, weil Bondi damit hinfällig ist.

Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Chi aderisce alla proposta è pregato di alzare la mano.

Cons. Zendron il nostro Regolamento consente la votazione per scrutinio segreto se tale richiesta è sostenuta da un minimo di cinque consiglieri. E debbo dire che abbiamo ampiamente raggiunto tale numero. Pertanto prego di distribuire le schede. E' in votazione l'emendamento all'art. 19 teso a sostituire le parole "tre quarti" con le parole "un terzo". Dobbiamo esprimerci su due emendamenti di contenuto analogo, il primo a firma del cons. Bondi, il secondo presentato dai cons. Chiodi, Viola ed Alessandrini.

Tuttavia dal momento che l'emendamento dei cons. Chiodi, Alessandrini e Viola è il più complesso propongo che il Consiglio si esprima su questo emendamento. Contestualmente, così procedendo, ci esprimeremo anche sull'emendamento del cons. Bondi che viene assorbito dall'emendamento della cons. Chiodi ed altri.

Prego procedere con l'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	59
erforderliche Mehrheit:	30
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	33
weiße Stimmzettel:	2
nichtige Stimmzettel:	1

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

PRESIDENTE: Rendo noto l'esito della votazione:

votanti:	59
maggioranza richiesta:	30
voti favorevoli:	23
voti contrari:	33
schede bianche	2
schede nulle	1

L'emendamento risulta pertanto respinto.

PRÄSIDENT: Wir kommen damit zum nächsten Abänderungsantrag Grandi, Giovanazzi, Holzer: Nel comma 4 sono aggiunte le parole: "ed eventualmente l'indicazione del soprano o del nome volgare".

Änderungsantrag zu Art. 19: Bei Absatz 4 werden vor den Worte "angeführt werden" folgende Worte eingefügt: "und eventuell des Übernamens oder vulgo".

Wer meldet sich zu diesem Abänderungsantrag zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir darüber ab.

Assessor Giovanazzi möchte erläutern. Bitte schön, Assessor Giovanazzi.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla trattazione del prossimo emendamento a firma dei cons. Grandi, Giovanazzi e Holzer che recita: Nel comma 4 sono aggiunte le parole: "ed eventualmente l'indicazione del soprannome o del nome volgare".

Chi chiede la parola in merito all'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione.

L'assessore Giovanazzi ha chiesto la parola per l'illustrazione dell'emendamento. Prego assessore, ne ha facoltà.

GIOVANAZZI: Viene presentato per rendere uniforme la disciplina tra la provincia di Trento e quella di Bolzano, infatti all'art. 20 è stato presentato un analogo emendamento riguardante solo la provincia di Bolzano, praticamente si prevede anche l'indicazione del nome volgare nella scelta della preferenza.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen noch?

Ich habe auch gesagt, ich habe noch nie gehört, daß das vulgo heißt, aber vielleicht kann uns... Moment, ich schaue noch einmal die Formulierung. Ich würde folgendes vorschlagen. Präsidiumsmitglied Willeit macht mich aufmerksam, daß im deutschen nicht so stehen kann vulgo. Ich würde sagen, daß ist nur eine technische Änderung. Das soll sprachlich überprüft werden. Das ändert nichts an der Abstimmung, die wir jetzt durchführen werden. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben.

Entschuldigung, ich habe es interpretiert als Ja-Stimme. Bitte schön.

PRESIDENTE: Altri intendono prendere la parola?

Anch'io avevo espresso delle perplessità circa il termine vulgo, ma forse... Un attimo di pazienza, verifico la formulazione del testo tedesco. Il segretario questore, il cons. Willeit, mi segnala che la formulazione tedesca dell'emendamento non è corretta. Ma ritengo che si tratti di un quesito di carattere tecnico, di una verifica linguistica, che non andrà ad incidere sulla votazione stessa.

Chi è a favore dell'emendamento è pregato di alzare la mano.

Mi scusi, avevo considerato la sua alzata di mano come espressione di voto favorevole. Prego consigliere, ne ha facoltà.

ALESSANDRINI: Nelle disposizioni che riguardano la presentazione delle liste e la stampa delle schede è previsto che accanto al nome e cognome ci sia anche questo soprannome o nome volgare. Dopo di che credo che anche nella lingua italiana questo nome volgare suona in maniera non chiaramente comprensibile, quindi vorrei sapere

esattamente qual è il significato di questa espressione "nome volgare", perché non mi pare di capire chiaramente il significato di questa espressione.

Il chiarimento che chiederei alla Giunta è quello se nelle liste di votazione, accanto al nome e cognome, appaiono anche altre denominazioni del tipo soprannome o nome volgare.

PRÄSIDENT: Der Abg. Atz bitte und dann Abg. Zendron.

PRESIDENTE: La parola dapprima al cons. Atz ed successivamente alla cons. Zendron.

ATZ: Ich möchte nur einfach erklären, warum diese Notwendigkeit uns so wichtig erscheint. Es kann ja passieren und bei uns in den Dörfern passiert es ganz sicher öfters, daß es mehrere Kandidaten gleichen Namens gibt. Jetzt wäre bei uns eben üblich, daß man den Hofnamen dazusagt und das soll genehmigt werden. Wir suchen keine hochtragende politische Lösungen, sondern im Sinne der Praxis ist einfach besser, daß man nicht nur durch das Geburtsdatum die drei selben Personen oder Namen auseinanderhalten kann, sondern durch ihren Übernamen oder in diesem Falle Hofnamen und deshalb heißt es auf gut Deutsch sicher vulgo.

(Desidero solamente spiegare il motivo che ci ha indotti a presentare questo emendamento. Può darsi, ed è il caso soprattutto dei paesi, che tra i vari candidati vi sia più di una persona ad avere lo stesso nome. In tal caso si suole aggiungere al nome della persona il nome del maso, onde distinguerla dagli omonimi; pertanto proponiamo che tale possibilità venga prevista dalla legge regionale. Non proponiamo nulla di straordinario, riteniamo solamente che per motivi di chiarezza sia opportuno aggiungere, oltre alla data di nascita delle persone aventi lo stesso nome, anche il nome del maso o del vulgo.)

PRÄSIDENT: Frau Abg. Zendron, bitte.

PRESIDENTE: La parola ora alla cons. Zendron.

ZENDRON: Forse è superfluo dirlo, ma immagino e credo che ci sia un qualche regolamento che dica che i soprannomi sono solo quelli che uno dà a se stesso, perché ogni tanto ci sono dei soprannomi che non sono poi così accettati; se si tratta di quei nomi aggiunti che permettono di distinguere in un paese dove si chiamano tutti Nicolussi, uno dall'altro va bene, però non vorrei che ci fosse poi qualche confusione e poi venissero messi d'ufficio soprannomi non graditi all'interessato. Spero sia chiaro. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Kollegin Zendron.

Sind weitere Wortmeldungen? Keine mehr, dann gebe ich das Wort zur Replik an den Assessor Giovanazzi.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Zendron.

Altri chiedono la parola. Dal momento che non vi sono altre richieste d'intervento, concedo la parola all'assessore Giovanazzi per la replica.

GIOVANAZZI: Volevo far presente ai colleghi che questo avviene già, cioè nella predisposizione di manifesti si cita anche il nome volgare; per fare un esempio pratico, qui c'è stato il Bistecca e generalmente quando si citava il nome di Franceschini a fianco si scriveva "Bistecca". Allora avviene già questo fatto, si tratta poi di ricordarlo anche nella legge, nient'altro.

Presidente, mi si suggerisce che il "nome volgare" deriva dal "volgo" cioè il popolo ed è il nome che tutti conoscono, quello che aiuta l'elettore ad individuare la persona alla quale deve dare la preferenza. Non è un fatto di sostanza, è solo di forma.

PRÄSIDENT: Nein nicht mehr. Jetzt haben wir die Replik gehabt, Abg. Gasperotti.

Jetzt stimmen wir ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Mir kommt vor, es ist die breite Mehrheit gegeben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 8 Enthaltungen, ohne Gegenstimme genehmigt.

PRESIDENTE: Cons. Gasperotti non Le posso più concedere la parola in quanto l'assessore è già intervenuto in sede di replica.

Passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. La grande maggioranza. Contrari? Nessuno. Chi si astiene?

Con 8 voti d'astensione, nessun voto contrario ed il resto dei voti a favore l'emendamento è accolto.

PRÄSIDENT: Hier sind jetzt drei weitere Abänderungsanträge zum Absatz 3 gekommen, der vorhin abgestimmt worden ist immer Gasperotti, Zendron, Benedetti. Wir haben vorher abgelehnt die Ziffer drei Viertel durch zwei Drittel zu ersetzen. Das schließt nicht aus, daß man andere Prozentsätze schon auch abstimmen kann, insofern sie nicht identisch sind.

Somit laß ich zur Abstimmung, zur Diskussion zu die 60 Prozent und die 50 Prozent, nicht die 67 Prozent, die laß ich nicht zu, weil zwei Drittel sind 66,6 Prozent periodisch und aufgerundet 67 und somit ist das ein nicht zulässiger Abänderungsantrag, während ich die 60 Prozent und die 50 Prozent sehr wohl zulasse.

Ich bitte um ein bißchen Geduld. Sie müssen jetzt noch verteilt werden.

Inzwischen machen wir den anderen Abänderungsantrag zum Absatz 5 Bondi. E' soppresso il secondo periodo del quinto comma. Der zweite Satz des fünften Absatzes wird gestrichen. Zunächst Bondi...

Zum Fortgang der Arbeiten. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

PRESIDENTE: Sono stati presentati altri tre emendamenti a firma dei cons. Gasperotti, Zendron e Benedetti in merito al comma 3 sul quale questo consesso si è testè espresso, respingendo l'emendamento teso a sostituire la cifra tre quarti con la cifra due terzi. Tuttavia, ciò non toglie che possano essere avanzate ulteriori proposte, a condizione però che non siano identiche a quelle già poste in votazione.

Di conseguenza dichiaro ammissibile l'emendamento teso ad introdurre il 60 ed il 50%, non però quello che prevede il 67% in quanto la quota dei due terzi corrisponde al 66,6 ovvero, se arrotondato al 67 per cento. Ribadisco quindi che sono ammesse le due proposte recanti rispettivamente il 60 ed il 50%.

Prego i signori consiglieri di pazientare un attimo in quanto gli emendamenti testè annunciati devono ancora essere distribuiti.

Intanto procediamo con l'esame dell'emendamento del cons. Bondi in merito al comma 5 che recita: E' soppresso il secondo periodo del quinto comma.

Intende intervenire sull'ordine dei lavori? Prego consigliere, ne ha facoltà.

KURY: Danke schön, Herr Präsident. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß im meinen Abänderungsantrag ein Fehler ist. Meiner entspricht identisch dem Abänderungsantrag von Bondi. Ich habe mich nur verschrieben, es muß Absatz 5 heißen.

(La ringrazio, signor Presidente. Desidero solamente segnalare che nell'emendamento di cui sono titolare mi è sfuggito un errore, in quanto corrisponde in toto a quello presentato dal cons. Bondi. Esso deve riferirsi al comma 5 anziché al comma 6.)

PRÄSIDENT: Wenn er identisch gleich ist, dann verlesen wir ihn gleich. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß es im schriftlich verteilten Abänderungsantrag Kury die Ziffer 6 durch 5 zu ersetzen ist. Absatz 5 praktisch und hier heißt es: Den letzten Satz des Absatzes 5 zu streichen. Also ist identisch mit Bondi. Diese beiden Abänderungsanträge kommen jetzt gleichzeitig zur Diskussion. Wer meldet sich zu Wort.

Bitte schön, Frau Abg. Kury.

PRESIDENTE: Dal momento che il suo emendamento è di contenuto analogo a quello del cons. Bondi provvediamo immediatamente a darne lettura. Prego i consiglieri di prendere atto che nell'emendamento della cons. Kury, che è già stato distribuito, la cifra 6 va sostituita con la cifra 5. L'emendamento prevede lo stralcio della seconda frase, e quindi è identico a quanto proposto dal cons. Bondi. Dichiaro aperta la discussione in merito a questi due emendamenti. Chi chiede la parola?

Si è iscritta a parlare la cons. Kury. Prego, ne ha facoltà.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Es geht also bei diesem Abänderungsantrag darum, ob jemand als Gemeinderat kandidieren kann, wenn er in einer anderen Gemeinde bereits

Gemeinderatsmitglied ist. Bereits gestern hat Kollegin Klotz auf das Problem aufmerksam gemacht, das kleine Parteien haben, wenn es verboten ist, daß Kandidaten in verschiedenen Gemeinden kandidieren. Ich war gestern nicht derselben Meinung, wie meine Kollegin. Ich glaube, im Sinne der Transparenz sollte jemand der kandidiert auch tatsächlich in die Lage versetzt werden, das Amt anzunehmen. Deshalb habe ich mich beim Abänderungsantrag Klotz enthalten. Hier geht es aber um ein anderes Problem. Ich würde gerne den Assessor Giovanazzi fragen, was denn eigentlich der Grund ist, daß man einem Gemeinderat, der jetzt ein Amt in einer Gemeinde ausübt, verbieten soll in einer anderen Gemeinde zu kandidieren. Angenommen ein Gemeinderat hat seinen Wohnsitz gewechselt. Er ist momentan Mitglied eines Gemeinderates einer Gemeinde; Mit dieser Bestimmung hier würde man ihm verbieten, im neuen Wohnsitz als Gemeinderat zu kandidieren und ich verstehe die Gründe nicht, die den Ausschluß dazu bewogen haben, diese Beschränkung eigentlich für jemanden aufzustellen.

(La ringrazio signor Presidente!

Il nocciolo della questione è quindi vedere se una persona che riveste la carica di consigliere comunale possa presentarsi come candidato per tale carica in altro comune. Già ieri la collega Klotz ha attirato l'attenzione del consiglio sui problemi che il bando della contestuale candidatura in più di un comune creerebbe ai piccoli partiti. Debbo dire che ieri non dividevo le argomentazioni addotte dalla mia collega, anche perché per motivi di trasparenza i candidati debbono, a mio modo di vedere, trovarsi nelle condizioni che permettono loro di ricoprire una carica. Di qui il mio voto d'astensione in occasione della votazione dell'emendamento della cons. Klotz. Tuttavia ritengo che i problemi oggetto del presente dibattito siano di tutt'altra natura. Pertanto pregherei l'assessore Giovanazzi di fornirmi delle delucidazioni sul motivo che giustifica il divieto, per un consigliere in carica, di presentarsi come candidato per tale carica in un altro comune. Supponiamo che un consigliere comunale cambi residenza. Con la regolamentazione proposta tale persona non potrebbe presentarsi come candidato nel nuovo comune di residenza e non riesco a capire il perché la Giunta abbia deciso di introdurre questa limitazione.)

PRÄSIDENT: Zuerst Abg. Benedetti und dann Abg. Atz.

Bitte, Abg. Benedetti.

PRESIDENTE: Si è dapprima iscritto a parlare il cons. Benedetti ed in seguito concederò la parola al cons. Atz.

Prego cons. Benedetti, ne ha facoltà.

BENEDETTI: Grazie, Presidente. Anch'io analizzando questi commi di questo articolo ho avuto l'impressione che non ci sia molta chiarezza, di conseguenza ho presentato un emendamento che dovrebbe chiarire tutto, in effetti parlando con i funzionari questi commi sono riferiti solo ed unicamente nel caso in cui le elezioni siano al di fuori del turno elettorale generale, vale a dire non tanto per quando si vota in tutti i comuni, ma

solamente nel caso di una crisi comunale, quindi che richieda, come abbiamo previsto nei precedenti articoli, la rielezione del consiglio comunale e del sindaco fuori da quello che è il turno generale.

Penso che su questo punto si possa anche convergere, nel senso di dire che in queste occasioni chi già è sindaco di un altro comune sicuramente non può andare a candidarsi in un altro comune e tanto vale naturalmente anche per chi è consigliere comunale. Allora se l'interpretazione mia è esatta, probabilmente il mio emendamento dovrebbe essere accettato in quanto chiarisce un po' a quale formulazione si riferisce il comma 5, che poi si ripete anche nel comma 6 per quanto riguarda i consiglieri e negli artt. 20 e 22 per quanto riguarda la provincia di Bolzano.

PRÄSIDENT: Der Abg. Atz hat das Wort jetzt.

PRESIDENTE: La parola spetta ora al cons. Atz.

ATZ: Mir kommt vor, wir hören hier nichts als Widersprüche. Erstens höre ich das Beispiel, wenn jemand übersiedelt. Ja wenn jemand übersiedelt, da wird er ein paar Jahre warten können bis in der ersten Gemeinde sein Amt zurücklegt um dann in dieser Gemeinde zu kandidieren. Aber wir haben vor nicht länger als einer halben Stunde in dieser Aula gehört, daß es ach so schwierig wäre für die Frauen, weil sie Kinder und ich weiß nicht, was alles haben, überhaupt eine Tätigkeit in einer Gemeinde anzunehmen. Und jetzt würden wir sagen, aber sie sollten in mehreren Gemeinden arbeiten können und kandidieren können. Größere Widersprüche kann ich mir einfach nicht mehr vorstellen. Wenn jemand sich Zeit nimmt und wir hören, daß es zeitraubende Arbeiten sind in der Gemeinde und ich kann das bestätigen, dann muß es doch genug sein, wenn diese Person, ob Frau oder Mann, in einer Gemeinde seinen vollen Einsatz bringt und eventuell wenn er in einer zweiten Gemeinde kandidieren will, dann muß er halt in der ersten aufgeben. Wir...

(Mi pare che le affermazioni fatte in quest'aula siano alquanto contraddittorie. E' stato citato l'esempio del cambio di residenza. In proposito desidero controbattere che non mi pare limitativo prevedere che detta persona debba aspettare qualche anno e finisca il proprio mandato nel comune di partenza prima di candidare in quello di arrivo. Non più di mezz'ora fa in quest'aula si è parlato delle donne, le quali per motivi di famiglia, difficilmente possono entrare in politica. Ed ora proponiamo che esse possano candidare ed operare in più di un comune. Ritengo questa una netta contraddizione. Sappiamo che i lavori in Consiglio comunale sono molto impegnativi, e personalmente lo posso anche confermare; ritengo pertanto debba essere più che sufficiente se una persona, donna o uomo, abbia la possibilità di impegnarsi con tutta la sua forza in un solo comune. Se un consigliere comunale desidera candidare in un secondo comune, non deve far altro che rinunciare alla carica ricoperta...)

(Unterbrechung - interruzione)

ATZ: ...seitens der Südtiroler Volkspartei werden gegen diesen Antrag stimmen.

(...la Südtiroler Volkspartei voterà contro questo emendamento.)

PRÄSIDENT: Der Abg. Gasperotti hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola ora al cons. Gasperotti.

GASPEROTTI: A dire la verità anche per me non è molto chiaro quanto è descritto nel testo della commissione, in effetti la libertà dell'individuo qui viene limitata ed i diritti limitati da una legge, in quanto, come afferma, non può rappresentare il popolo, se non vi è residente, oppure se in occasione di elezioni già rappresenta altri cittadini. Come si legge si può capire anche che uno in occasione delle elezioni comunali, se è già sindaco in altro comune deve dare le dimissioni prima ancora che scada, l'ho capito così alla prima lettura, Benedetti mi ha chiarito che scatterebbe il meccanismo delle elezioni straordinarie.

Non ho capito la filosofia dell'articolo, perché si vuole limitare la libertà dell'individuo di candidare in altro comune, qui la prendo come una limitazione. E' perché si vuole evitare che ci siano crisi comunali dove l'individuo, che è sempre comunque un individuo alla carica di sindaco, non provochi crisi comunali? Perché è una regola che secondo me è lesiva dell'interesse e del diritto dell'individuo, non possiamo fare una norma che limiti questa libertà. Io la vedo sotto questo profilo e quindi per me la libertà di candidare deve esserci sempre sia in caso di elezioni straordinarie o elezioni di ciclo normale.

Quindi la limitazione prevista della norma non trova giustificazione.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen aus der Aula. Keine mehr.

Möchte der Assessor replizieren? Prego Assessore.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno.

L'assessore desidera replicare? Prego Assessore.

GIOVANAZZI: Siamo contrari a questo emendamento, anche perché nell'emendamento successivo di Benedetti viene meglio esplicitato e la formulazione dell'emendamento Benedetti penso che sia chiara e possa anche venire accolta. Siamo contrari a questa formulazione per la soppressione, così come è stata proposta e disponibili a discutere l'emendamento successivo di Benedetti.

PRÄSIDENT: Zur Replik die Frau Abg. Kury.

PRESIDENTE: In sede di replica la cons. Kury.

KURY: Ich habe so verstanden, als ob die Mehrheit den Abänderungsantrag Benedetti annehmen würde, insofern ziehe ich meinen zurück.

(Se ho capito bene, la maggioranza intende appoggiare l'emendamento del cons. Benedetti; pertanto intendo ritirare il mio.)

PRÄSIDENT: Was sagt der Abg. Bondi dazu?

Zurückgezogen. Dann verlese ich jetzt den Abänderungsantrag der Abg. Benedetti, De Stefani, Bondi:

Nel comma 5 le parole "chi riveste già la carica di sindaco in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni." sono sostituite dalle parole "In caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1, chi riveste la carica di sindaco in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni."

Nel comma 6 le parole "Chi già riveste la carica di consigliere in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni" sono sostituite dalle parole: "In caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1, chi già riveste la carica di consigliere in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni".

PRESIDENTE: Che cosa ne pensa il cons. Bondi?

Ritirato. Bene, allora do lettura dell'emendamento dei conss. Benedetti, Stefani e Bondi:

Nel comma 5 le parole "chi riveste già la carica di sindaco in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni." sono sostituite dalle parole "In caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1, chi riveste la carica di sindaco in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni."

Nel comma 6 le parole "Chi già riveste la carica di consigliere in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni" sono sostituite dalle parole: "In caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1, chi già riveste la carica di consigliere in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni".

DENICOLO': Im Absatz 5 werden die Worte "der bereits in einer Gemeinde das Amt eines Bürgermeisters bekleidet, darf nicht als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten" durch die Worte "bei Wahlen außerhalb der Wahltermine gemäß Art. 16, Absatz 1 darf derjenige, der bereits in einer Gemeinde das Amt eines Bürgermeisters bekleidet, nicht als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten" ersetzt.

Im Absatz 6 werden die Worte "der bereits in einer Gemeinde das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes bekleidet, darf nicht als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten" durch folgende Worte ersetzt "bei Wahlen außerhalb der Wahltermine gemäß

Art. 16, Absatz 1 darf derjenige, der bereits in einer Gemeinde das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes bekleidet nicht als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten".

PRÄSIDENT: Danke.

Wer meldet sich dazu zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Herr Abg. Atz, ein bißchen Geduld, weil ich hier die Verantwortung trage. Dann heißt es wieder abwarten bis die Übersetzung soweit ist. Ich spreche mit Absicht langsam.

Ich sehe niemanden, also stimmen wir über den Antrag des Abg. Benedetti ab. Zuerst den ersten Teil zum Absatz 5. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben? Die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Einer. Wer enthält sich der Stimme? 7.

Bei einer Gegenstimme, 7 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Antrag genehmigt.

PRESIDENTE: Grazie.

Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione. Cons. Atz, un po' di pazienza, ne rispondo io. Altrimenti dobbiamo aspettare finché è pronta la traduzione. Parlo intenzionalmente molto lentamente.

Se nessuno intende intervenire, allora passiamo alla votazione dell'emendamento Benedetti. Innanzi tutto voteremo la prima parte del comma 5. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. La grande maggioranza. Contrari? Uno. Astenuti? 7 astenuti.

Con 1 voto contrario, 7 astensioni e il resto di voti favorevoli l'emendamento è approvato.

PRÄSIDENT: Machen wir jetzt gleich den Absatz 6. Verlesen habe ich ihn schon.

Wortmeldungen? Keine, dann stimmen wir ab über den zweiten Teil des Absatzes 6. Wer dafür ist, möge die Hand erheben? Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Wer für den Abänderungsantrag zum Absatz 6 ist, möge die Hand erheben? Moment, es gibt Schwierigkeiten...

Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß der Absatz 6 mit dem Absatz 5 direkt im Zusammenhang steht. Nachdem jetzt der Regionalrat den Absatz 5 genehmigt hat, wäre es logisch, daß auch der Absatz 6 genehmigt wird. Danke für diese Aufklärung, Frau Dr. Gentile.

Wir wiederholen jetzt die Abstimmung. Wer dafür ist, möge die Hand erheben? Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Damit ist der Abänderungsantrag bei 6 Enthaltungen und keiner Gegenstimme genehmigt.

PRESIDENTE: Passiamo ora al comma 6, di cui ho già dato lettura.

Chi desidera intervenire? Allora passiamo alla votazione della seconda parte del comma 6. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. La maggioranza. Contrari? Un momento, ci sono delle difficoltà...

Mi si fa notare che il comma 6 è collegato al comma 5. Poiché il Consiglio regionale ha già approvato il comma 5, mi sembrerebbe implicita anche l'approvazione del comma 6. Grazie per il chiarimento, dott.ssa Gentile.

Ripetiamo ora la votazione. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. La maggioranza. Contrari? Nessuno. Astenuti?

Con nessun voto contrario e 6 astensioni l'emendamento è approvato.

PRÄSIDENT: Zurück zum Absatz 3. Da sind jetzt drei Abänderungsanträge gekommen. Ich habe bereits gesagt: Gasperotti, Zendron 60 und 50 Prozent, die 67 Prozent sind nicht zugelassen und damit bringen wir zuerst den Antrag mit den 60 Prozent zur Behandlung.

Wer möchte das Wort dazu? Es geht hier zurück zum Abänderungsantrag der drei Viertel Prozente, die durch die Worte 60 Prozent zu ersetzen sind. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Abänderungsantrag Gasperotti u.a. Dann stimmen wir ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben? 11 Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Das ist jedenfalls die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 11 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und dem Rest Gegenstimmen ist der Antrag 60 Prozent abgelehnt.

PRESIDENTE: Torniamo al comma 3. Sono stati presentati 3 emendamenti. Ho già specificato che la proposta del cons. Gasperotti è di introdurre il 60%, mentre la cons. Zendron propone di introdurre il 50%. Il 67% non è ammissibile. Pongo in discussione prima la proposta relativa al 60%.

Chi desidera intervenire? Con questo emendamento i tre quarti dovrebbero venire sostituiti con il 60%. Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'emendamento a firma Gasperotti e altri. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. 11 voti favorevoli. Contrari? La maggioranza. Astenuti?

Con 11 voti favorevoli, 6 astensioni ed il resto di voti contrari l'emendamento relativo al 60% è respinto.

PRÄSIDENT: Jetzt bringe ich, wenn sich niemand zu Wort meldet, den Abänderungsantrag mit den 50 Prozent zur Debatte und zur Abstimmung. Es meldet sich niemand zu Wort.

Abg. Zendron, bitte.

PRESIDENTE: Se nessun altro desidera intervenire, pongo in discussione ed in votazione l'emendamento relativo al 50%. Nessuno ha chiesto di intervenire.

Prego, cons. Zendron.

ZENDRON: Stiamo votando il 50% vero? Ho firmato, insieme al cons. Gasperotti, questo emendamento per vedere cosa succede quando si vota senza scheda segreta, perché trovo che sia scandaloso e forse dovremo anche trovare delle modifiche al regolamento, che su certi argomenti delicati, veramente di opinione, sia permesso che si

voti con la scheda segreta. Credo sia una questione che dobbiamo porci, perché credo che dobbiamo avere il coraggio delle nostre opinioni e siamo stati votati dai cittadini ed ai cittadini dobbiamo avere il coraggio di dire che cosa pensiamo, non c'è niente da vergognarsi. Abbiamo sentito discorsi da parte di uomini, oltre che di donne, discorsi molto aperti, molto colti, abbiamo sentito discorsi reazionari, però non vedo perché ci si debba vergognare di votare in modo palese e di far sapere che cosa si pensa, quindi questa è una "chance" per tutti di poter votare. D'altro canto la percentuale non vi può spaventare, visto che le donne sono più del 50%, il fatto di introdurre il 50% non dovrebbe danneggiare nessuno.

PRÄSIDENT: Schauen Sie Frau Abg. Zendron, nichts hindert sie daran, eine Änderung der Geschäftsordnung vorzuschlagen, aber so wie die Geschäftsordnung heute ist, so muß ich Sie zur Einhaltung gebieten. Und die Geschäftsordnung sieht eben die Geheimabstimmung vor, zum Schutz eben der Abgeordneten und der Abstimmung, wenn es verlangt wird.

Der Abg. Atz hat das Wort.

Gut, Abg. Gasperotti.

PRESIDENTE: Guardi, cons. Zendron, nulla Le impedisce di proporre una modifica al Regolamento interno, ma io ora devo rispettarlo così come è. Ed il Regolamento prevede la votazione a scrutinio segreto, a tutela dei consiglieri e della votazione, qualora venga richiesta.

La parola al cons. Atz.

Bene, cons. Gasperotti.

GASPEROTTI: E' vero, è una provocazione, perché 50% è proprio una provocazione e parlare bene e razzolare male per qualcuno è un'abitudine, perché grandi affermazioni, anche forti affermazioni pervenute dai banchi della SVP, la quale esprimeva la sensibilità di questo problema, che esiste e vuole essere superato. I due interventi che ricordo bene sono del collega Frasnelli e della collega Mayr, eppure l'emendamento che ha causato i due emendamenti presentati successivamente da me, quello del cons. Bondi, non ha trovato risposta positiva, il che non vuol dire che siamo i depositari della verità, però quest'aula ha sentito solo due o tre interventi contrari e gli altri favorevoli. Allora si parla bene e si razzola male, oppure un bel tacer non fu mai scritto e via così.

Sono rimasto deluso da questo risultato, perché è stato un risultato significativo il vedere uno scarto così alto tra chi era favorevole e chi era contrario, forse è venuta fuori quella paura che magari questa volta la questione veniva affrontata seriamente ed il legislatore proponeva, attraverso delle forme forzate e vincolanti, di affrontare il problema anche da chi presenta le liste. Quindi non si parla di eletti, il collega Pinter diceva che forse varrebbe la pena fare il ragionamento sugli eletti, ma lì si va oltre.

PRÄSIDENT: Der Abg. Atz hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Atz.

ATZ: Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben schon verstanden, daß wir diese 50 Prozent als Provokation zu verstehen haben, aber daß wir die Geheimabstimmung gefordert haben und daß unsere Vertreter etwas anderes stimmen können, das haben wir so gehalten. Ich habe gestern ganz klar darüber gesprochen. Ich habe gestern ganz klar im Namen meiner Fraktion, im Namen der Südtiroler Volkspartei, gesagt, daß wir in unserer Fraktion zwei Strömungen haben. Ich habe ganz klar gesagt, daß wir die Empfehlung geben, gegen diesen Antrag zu stimmen, aber ich habe ganz klar gesagt, auch weiters, daß jeder von unsere Fraktion frei nach seinem Gewissen entscheiden kann.

Wir haben eine Geheimabstimmung nicht gefordert, weil sich innerhalb unserer Fraktion jemand schämt dazu zu stehen, wie er stimmt. Das war nicht das Problem. Das Problem war ganz anders. Das Problem war nämlich folgendes: Niemand in dieser Aula oder sehr wenige in dieser Aula wollen sich nämlich draußen als Frauengegner aufgespielt sehen, weil was wir hier in dieser Aula seit gestern nachmittag produzieren ist eine Provokation. Wir produzieren ja Frauengegner mit dieser Diskussion. Hier getrauen sich nur wenige offen dagegen zu stimmen, weil es dann aussehen könnte, daß sie Frauengegner wären, und sie wissen aber selber viel besser, daß das nicht stimmt. Das hat nichts mit Frauengegner zu tun, sondern das hat einfach mit der Praxis draußen in den Gemeinden zu tun, wenn wir dagegen stimmen. Wir wollen uns solche Sachen nicht nachsagen lassen und deshalb habe ich den Antrag der Geheimabstimmung gebracht.

(Onorevoli colleghe e colleghi!

Sappiamo tutti che questo 50 per cento rappresenta una provocazione, ma se abbiamo chiesto una votazione a scrutinio segreto e se i nostri rappresentanti voteranno altrimenti, ci sarà una ragione. Io ne ho parlato ieri molto chiaramente. A nome del mio gruppo, a nome della Südtiroler Volkspartei, ieri ho spiegato che ci sono due correnti all'interno del nostro partito. Ed ho aggiunto che noi raccomandiamo ai nostri consiglieri di votare contro il presente emendamento, anche se poi ognuno nel nostro partito è libero di votare secondo coscienza.

Noi non abbiamo richiesto la votazione a scrutinio segreto perché all'interno del nostro partito qualcuno si vergognava di mostrare apertamente il suo voto; il problema è un altro, ovvero che in quest'aula nessuno o molto pochi desiderano apparire verso l'esterno come dei misogini, in considerazione del fatto che quello che è stato prodotto in quest'aula da ieri pomeriggio null'altro è che una provocazione. E noi con questa discussione produciamo solo degli oppositori delle donne. Qui solo pochi avrebbero il coraggio di votare apertamente contro l'emendamento, perché altrimenti potrebbero sembrare dei misogini, ma voi sapete meglio di me che ciò non è vero. Il fatto che si possa votare contro l'emendamento, non ha nulla a che vedere con la misoginia, bensì con la prassi realmente esistente nei comuni. Noi non vogliamo essere

accusati di cose che non corrispondono al vero e per questo ho fatto la richiesta di votazione a scrutinio segreto.)

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Atz.
Abg. Delladio, bitte schön.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Atz.
Prego, cons. Delladio.

DELLADIO: Grazie, signor Presidente. Egregi e distinti colleghi, riconosco profonda stima alle donne che partecipano alla vita pubblica, ricoprendo cariche o posizioni di responsabilità all'interno della stessa, profonda stima perché hanno avuto ed hanno tuttora obiettivamente più difficoltà della componente maschile a ricoprire tali ruoli.

Ho già detto in commissione il pensiero in linea generale, riteniamo che un individuo si candida in base ad una proposta politica, le donne sono un gruppo sociale come gli anziani, come i bambini, non sono un gruppo politico pertanto riteniamo anche, valutando nel contesto della nostra realtà del Trentino-Alto Adige, dove ci sono tantissimi comuni piccoli, che questa imposizione è una limitazione delle possibilità operative della formazione delle liste, ancor più se vengono presentate più liste.

Riteniamo che questa norma non debba esistere, non si danneggiano sicuramente le donne, pertanto votiamo secondo coscienza, ma comunque in linea di principio contro.

PRÄSIDENT: Der Abg. Benussi hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benussi.

BENUSSI: Presidente, non dissento da quanto ha detto il collega Holzmann su questo argomento, sono ben conosciuto a Bolzano ed ho sempre appoggiato tutto quello che poteva essere fatto per dare maggiori opportunità alle donne di esprimersi. Nella mia vita professionale ho avuto delle collaboratrici di altissimo livello, che mi hanno permesso di conseguire collegialmente dei risultati più che validi, non ritengo però che da un punto di vista politico ci sia da dover precisare con cifre l'inserimento o meno di donne nella vita politica. Proprio sarebbe dal mio punto di vista una discriminazione, quasi un voler aiutare qualcuno che non può da solo riuscire ad arrivare.

Ritengo che qualsiasi donna, che desidera fare politica, che ha la possibilità di fare politica e che ha gli intendimenti per dare un apporto veramente sostanziale, come abbiamo avuto modo di stimare ed apprezzare gli interventi delle nostre colleghe, sia lasciato alla libertà dell'elettorato, ciascuno ha la possibilità, in qualsiasi partito, di inserirsi, ben vengano se riescono a venire, ben vengano se in un dato comune possa essere fatta esclusivamente una lista solo di donne, ma non prevedere con la legge quanto spetta ad uno e quanto spetta all'altro.

Per me è una discriminazione e siccome credo nella parità completa ed assoluta sotto tutti i livelli delle donne, anzi per certe cose, visto che hanno la capacità di procreare e noi solo di dare un piccolo apporto, qualche volta magari sostituito esclusivamente da una "siringa", ritengo sia una discriminazione agire in questi termini nei confronti delle donne, che hanno pieno diritto di accedere alla politica, come in qualsiasi attività, le stimo e proprio per questo non voglio discriminarle con qualsiasi cifra. Voterò contro. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Arena hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Arena.

ARENA: Due parole, perché questo punto che è stato sollevato adesso mi sembra cruciale. Prima il cons. Tosadori, in maniera molto pacata ed a mio avviso convincente, aveva sottolineato quale è la questione che è in ballo e l'uguaglianza consiste nel trattare in modo uguale situazioni uguali, ma trattare in modo uguale situazioni diverse è il massimo della disuguaglianza.. Allora è evidente che nella società italiana attuale le donne sono ancora in una posizione di disparità di trattamento e di opportunità per quanto riguarda la partecipazione alla vita politica.

Quindi trattare in modo uguale situazioni così diverse, come sono quelle di cittadini di sesso maschile e sesso femminile è un'ipocrisia, significa violare il principio di uguaglianza previsto dalla costituzione.

Prevedere una quota è un modo rozzo, rigido, senz'altro insoddisfacente per rimuovere questa disparità, ho detto anche prima e l'assessore Giovanazzi l'ha ripreso, di fatto non faceva che ripetere cose che avevo detto anch'io, che il modo reale per risolvere questi problemi è quello di garantire il superamento degli ostacoli nell'organizzazione sociale. L'assessore Giovanazzi ha fatto degli esempi concreti, io non sono sceso così nel concreto, ma non c'è dubbio che così come si adottano delle provvidenze per sostenere le lavoratrici madri, si dovrebbe poterlo fare anche per quelle donne che assumono incarichi pubblici, perché se la funzione della riproduzione è importante per la nostra società, non si vede perché non debba esserlo altrettanto quella della partecipazione alla vita pubblica.

Le quote sono senz'altro un sistema rigido, sono anch'io d'accordo sul fatto che può rischiare di diventare una sorta di fiore all'occhiello, rischia di esserci una specie di caccia alle donne, per metterle nelle liste, per fare sì che la propria lista abbia la quota di donne previste, ma è inaccettabile che questa assemblea legislativa, su un punto di questa importanza, si ritiri dietro il dito della formale uguaglianza, data dal fatto che siccome le donne se ce la mettono tutta possono riuscire a partecipare, non discriminiamo nei loro confronti chiudendole nel ghetto di una quota, anzi se fosse per me proporrei che questa quota diventasse provvisoria, cioè direi, allo stato attuale delle cose in questa comunità, prevedere una quota di donne candidate serve per consentire la rottura di certi schemi, di certi blocchi culturali.

Sarei il primo ad essere felice se di qui a due anni, tre anni o quando sarà, fosse possibile fare una verifica e dire: signori questa quota non serve più. In altri termini la quota è come quel bastoncino che si mette quando si pianta un alberello nuovo e si aiuta l'albero a crescere, poi il bastoncino va tolto, l'albero deve crescere per conto proprio.

Allora in questo caso la quota è un provvedimento insufficiente, un provvedimento rozzo, ma temo che volendo cercare il meglio si finisce per non adottare quello che oggi ci viene offerto. Il cons. Panizza prima diceva che è un problema culturale, ma è anche un dato culturale quello per cui in questa assemblea legislativa ci si nasconde dietro un dato di uguaglianza formale per non vedere la disuguaglianza sostanziale che c'è. Certamente abbiamo una responsabilità anche sul piano culturale, per cui i provvedimenti che adottiamo qui hanno degli effetti sul piano culturale.

Quindi lo dicevo prima - e concludo - l'adozione di questi provvedimenti di carattere certamente insufficiente, la quota o comunque la previsione di una percentuale hanno un effetto anche sul piano culturale oltre che sul piano politico. Quindi mi auguro che su questo punto consiglieri che ieri sono intervenuti in maniera favorevole ripensino alle proprie posizioni, si può discutere sulla percentuale e sulle quote, ma credo che sia importante prevedere una possibilità di partecipazione reale e andare oltre il dato della quota e prevedere la possibilità di un'organizzazione sociale che aiuti in questo senso.

Il cons. Pinter prima ricordava i tempi, sappiamo tutti che i tempi della politica sembrano fatti apposta per discriminare le donne e sono sicuro che anche noi consiglieri di sesso maschile o comunque di chi fa politica avrebbe da avvantaggiarsi da tempi della politica meno assurdi, riunioni notturne e cose di questo tipo, perché non c'è dubbio che lavorare in questo modo è sbagliato e meno produttivo. Quindi è uno dei tanti motivi per cui sostengo questo emendamento. Grazie.

PRÄSIDENT: Zuerst Abg. Kury und dann Abg. Boldrini.
Bitte schön, Frau Abgeordnete.

PRESIDENTE: Prima la cons. Kury e poi il cons. Boldrini.
Prego, consigliere.

KURY: Herr Präsident!

Ich werde mich jetzt ganz kurz fassen, weil ich bereits gestern meine Meinung zu diesem Problem gesagt habe, aber ich möchte doch die Gelegenheit nicht versäumen, hier noch einmal darauf hinzuweisen, wie zum Teil scheinheilig hier diese Diskussion abläuft. Alle haben hier betont, alle Männer, die das Wort ergriffen haben, haben betont, daß sie für die Gleichberechtigung seien, daß sie für die Chancengleichheit sind. Alle wünschen sich verbal mehr Frauen in den politischen Gremien. Alle, nur - und dann kommt eben der Pferdefuß wieder - nur nicht so, mit einigen löblichen Ausnahmen der Männerwelt, bei denen ich mich wirklich bedanken möchte für ihr Engagement. Nur nicht so und dann beißt sich die Katze wieder in den

Schwanz, wenn ich dann die Argumentation höre. Man sagt, man müsse in der Gesellschaft anfangen; man müsse die kulturellen Bedingungen ändern; man müsse also in der Schule anfangen z.B. Ja, meine lieben Herren in diesem Saale, wie soll man in der Gesellschaft anfangen, wenn in allen Entscheidungsgremien der Gesellschaft immer wieder die Männer die Entscheidungen treffen für die Frauen und ich denke, man sollte doch endlich daran gehen den Frauen selber die Möglichkeit zu geben, zu entscheiden, wie sie es haben möchten. Wenn ich höre z.B. von Herrn Messner gestern, man müsse die gesellschaftlichen Bedingungen ändern, dann frage ich ihn, ja bitte warum tut das die SVP in Südtirol nicht? Warum versucht sie nicht die Familienpolitik zu verändern, die Kindergärtenpolitik zu verändern, die Altenpolitik zu verändern um den Frauen tatsächlich die Möglichkeit dann zu geben, daß sie auch Zeit haben der politischen Tätigkeit zu widmen. Und ich möchte auch noch darauf hinweisen, wie fadenscheinig diese Argumente sind, wenn dann wie gestern Herr Messner und heute Herr Panizza betonen die Frau - ich habe den Herrn Panizza mitgeschrieben - als "pilastro nella famiglia". Das man wieder in der Familienpolitik die Frau als Grundsäule sieht. Warum denn meine Herren? So kommen wir nie zu einer Chancengleichheit, wenn nicht auch die Männerwelt endlich als "pilastro della famiglia" angesehen wird. Und wenn Herr Messner gestern gesagt hat, den Frauen liegt es einfach besser mit den Kindern auseinanderzusetzen und die Kinder aufzuziehen und er habe nichts dagegen, wenn die Frau ein bißchen in der Sozialpolitik und in der Familienpolitik mitreden. Alles andere bitte, möchten dann wieder die Männer machen. Aber glauben Sie Herr Messner, daß wir Frauen ohne weiters zuschauen werden, wenn die Männerpolitik unsere Umwelt zerstört, unsere Alpen durchlöchert und wir können uns dann wieder ein bißchen zu Hause am Herde mit dem Kindern beschäftigen? Ich glaube, hier liegt ein Grundfehler in der Auffassung. Frauen müssen ihre Stimme erheben in jedem Bereich. Im wirtschaftlichen Bereich, im gesamten politischen Bereich und jedenfalls was meine Seite anbelangt, ich lasse mich nicht mehr in die Familienpolitik, ins Soziale und ein bißchen Kultur zurückdrängen.

Weitere Einwände, die gestern genannt worden sind, und die mich eigentlich zur Weissglut treiben, weil sie einfach bewußt falsch hingestellt werden: Frauen werden einfach nicht gewählt. Das ist ein Problem der Frauen. Die Frauen müßten sich kümmern, daß die Frauen Stimmen bekommen. Und dann schauen wir uns an, wie die Listen erstellt werden. Die Frauen, wo die numerische Reihenfolge ist, wo befinden sich dann die Frauen, dann bei den politischen Parteien auf welcher Stelle?

Herr Montefiori hat gestern gesagt, sie haben auch Frauen aufgestellt. Leider ist keine gewählt worden. Ich frage ihn, an welcher Stelle, bei welchen Parteien befinden sich Frauen an Stellen, die wählbar sind. Ich weiß das bei den Grünen, aber ich weiß das bei keinen anderen Parteien, daß die Frauen in die Spitzenpositionen aufgestellt haben.

Dann noch einmal zum Herrn Messner: Seine Partei hat bei den letzten Landtagswahlen 35 Kandidaten, wenn ich richtig informiert, drei Frauen aufgestellt und dann heißt das, die Frauen wählen einfach nicht die Frauen. Glauben Sie, wenn ich als Auswahl habe 32 Männer und 3 Frauen, dann müßte doch mindestens so korrekt zu

sagen, statistischermaßen ist es eigentlich logisch, daß die Männer mehr Stimmen bekommen. So korrekt müßte man sein. Und warum sollen die Frauen nicht auch eine Auswahl haben bei ihrer Wahl. Warum sollen die Frauen einfach eine Frau wählen, weil es eine Frau ist und alle Männer, die andere Kategorien vertreten, vertreten politische Meinungen. Ich glaube, auch so korrekt müßte man sein, daß auch Frauen in Zukunft eine Auswahl haben.

Letzter Schluß noch: Die Diskussion hier in diesem Saal hat mich noch viel mehr davon überzeugt, daß eine Quotenregelung notwendig ist. Ich bin keine Freundin von Quotenregelungen. Aber die Meinungen, die hier vertreten worden sind, sind ganz deutlich geworden, daß von alleine ohne Zwang sich irgend etwas verändern wird, weder in der Gesellschaft und schon gar nicht in der Politik und hier ist es dann Streit um Kaisers Bart, wo man zuerst anfängt in der Gesellschaft oder in der Politik. Hauptsache man fängt an, aber die Tatsache, daß man dann hier geheime Abstimmungen verlangt, wenn es um darum geht den Frauen wirklich Mitsprachemöglichkeit einzuräumen, die Tatsache zeigt ganz deutlich, man will nichts verändern. Umsomehr ist eine Quotenregelung für die Zukunft notwendig.

(Signor Presidente!

Sarò molto breve, anche perché ieri ho già esposto la mia posizione relativamente a questo problema. Tuttavia non vorrei perdere l'occasione per far notare quanto ipocrita sia questa discussione. Tutti gli uomini che hanno sino ad ora preso la parola hanno affermato di essere a favore dell'uguaglianza dei diritti e tutti si sono espressi per una maggiore partecipazione delle donne negli organi politici. Tutti erano d'accordo, ma - e questo è il problema - non con questo sistema, a parte alcune emerite eccezioni a cui va il mio ringraziamento per l'impegno profuso. Quindi, non con questo sistema - e qui il gatto si morde nuovamente la coda - e le argomentazioni sono le solite: prima di tutto è necessario iniziare all'interno della società, cambiare i presupposti ed iniziare dalla scuola per esempio. Ma cari signori, come è possibile iniziare dalla società, quando in tutti gli organi decisionali sono gli uomini a decidere per le donne? Ed io ritengo che sia giunta finalmente l'ora di dare alle donne la possibilità di scegliere da sole. Quando sento dichiarazioni come quelle di ieri del cons. Messner, che è necessario cambiare i presupposti sociali, allora mi chiedo: ma perché la Südtiroler Volkspartei non lo fa? Perché non cerca di modificare la politica delle donne, delle scuole materne, degli anziani, per dare veramente alle donne la possibilità di avere più tempo da dedicare all'attività politica? E vorrei anche far notare quanto superficiali siano le argomentazioni esposte ieri dai sigg. Messner e Panizza, che dice per esempio che la donna è "il pilastro nella famiglia". Nella politica della famiglia si tende nuovamente a vedere la donna come la colonna portante. Ma perché, signori miei? Così non arriveremo mai alla parità dei diritti, se non inizieremo a considerare anche gli uomini dei "pilastri della famiglia". Il sig. Messner ieri ha affermato che le donne hanno una maggiore predisposizione all'educazione dei figli e al loro allevamento. Anche se non avrebbe nulla in contrario che si occupassero un po' di più di politica sociale e familiare. Tutto il resto invece è meglio che lo facciano gli uomini.

Ma Lei crede veramente, signor Messner, che noi donne continueremo ad assistere inermi ad una politica fatta dagli uomini, una politica che distrugge il nostro ambiente, che trafora le nostre Alpi, mentre noi donne dovremmo stare dietro il focolare ad occuparci dell'educazione dei figli? Io credo che in questo consista la sua sbagliata valutazione. Le donne devono poter levare la loro voce in ogni settore, dal campo economico a quello politico, e non devono accontentarsi di poter dire la loro nella politica familiare, sociale e parzialmente in quella culturale.

Ulteriori obiezioni che sono state sollevate ieri e che mi hanno indignato sono queste: le donne dopotutto non vengono elette. Questo è un problema delle donne. Sono le donne a doversi preoccupare se non vengono elette. E poi guardiamo bene come vengono predisposte le liste. Se guardiamo la successione numerica, a che posto sono iscritte le donne sulle liste preparate dai partiti?

Il cons. Montefiori ha detto ieri che anche il suo partito aveva proposto delle donne, ma che purtroppo nessuna è stata poi eletta. Io gli chiedo allora a che posto erano messe le donne sulle liste, per poter essere elette. Io so che cosa ha fatto il gruppo verde, ma non mi risulta che alcun altro partito abbia messo delle donne in posizioni chiave.

Per tornare nuovamente all'intervento del cons. Messner, vorrei aggiungere che il suo partito alle ultime elezioni per il consiglio provinciale aveva proposto 3 donne su 35 candidati. E poi si dice che noi donne non votiamo al femminile. Ma se io ho 32 candidati uomini e 3 donne, allora bisogna essere così corretti da dire che statisticamente gli uomini riceveranno più voti delle donne. Bisognerebbe essere almeno così corretti. E perché le donne non debbono poter avere una maggior scelta? Perché una donna dovrebbe votare una donna solo perché è donna, mentre tutti gli altri uomini che rappresentano una categoria, possono interpretare delle opinioni politiche? Io credo che bisognerebbe essere almeno così corretti da lasciare in futuro alle donne una maggiore possibilità di scelta.

In conclusione: la discussione qui in aula mi ha convinto ancor più che questa regolamentazione delle quote è veramente necessaria. In genere io non sono molto favorevole alle regolamentazioni delle quote. Ma le opinioni che qui sono state avanzate, hanno chiaramente evidenziato che senza una qualche coercizione non si modifica nulla, né nella società, né in politica. E quindi la decisione, se iniziare prima nella società o in politica, null'altro è che una discussione di lana caprina. L'importante è che si inizi, ma purtroppo poi quando si tratta di concedere veramente alle donne la possibilità di una compartecipazione, vengono chieste votazioni a scrutinio segreto, tendenti a lasciare tutto com'è. E allora ben venga una regolamentazione delle quote.)

PRÄSIDENT: Der Abg. Boldrini hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Boldrini.

BOLDRINI: Grazie, Presidente. L'intervento della collega Kury, che ha iniziato dicendo: "parlerò pochissimo" e poi ha parlato per mezz'ora, è la dimostrazione che

nessuno intende bloccare le donne. A me sembra che chi sposa questa tesi, presentata anche dal prof. Arena, lo faccia per pura demagogia, lo faccia sapendo che le donne rappresentano più del 50% dell'elettorato e presentandosi alle donne per dire loro: vedi che sono a tuo favore.

Personalmente ritengo le donne intelligenti e quindi non ho bisogno di dire che noi siamo a favore delle donne, le donne sanno valutare nel bene e nel male gli uomini ed i gruppi politici, per cui non c'è bisogno di fare demagogia. Ormai sappiamo tutti che nella costituzione italiana c'è la parità, per cui nulla impedisce alle donne di andare avanti in tutti i campi, politici, di lavoro e di famiglia, ma riservare una quota ad una persona che non ha bisogno di quote, perché può fare tutto quello che vuole, sarebbe come pretendere, prof. Arena, se nel Trentino ci sono pochi laureati noi bisogna che tutti gli anni si laureino 50 trentini. Ma se non ci sono questi trentini che non si laureano, cosa vuole dire? Che non facciamo laureare nessuno!

Cioè noi mettiamo un traguardo e poi diciamo che ci siano o non ci siano ci devono essere 50 o 100 o 220 laureati trentini su 300-400, ma che discorso è! Se ci saranno tanti trentini che studiano si laureeranno, e se non ci saranno si laureeranno altri e se non c'è nessuno non si laurea nessuno.

Cosa vuol dire mettere delle quote, è risolvere il problema? Questo è solo fare demagogia, punto e basta.

Nella nostra lista, quando ci siamo presentati a novembre, abbiamo preso tre donne, pregandole di entrare nella lista, per far vedere che almeno avevamo qualche donna. Allora se si mette per legge che ci deve essere una lista con il 50, 60% e non ci sono, cosa facciamo? E' questa la democrazia?

Se parliamo con i gay si può fare un mixer, ma si incomincia a dire: gay uomo o gay donna? Bisognerebbe fare un altro gruppo. Allora, ecco perché ribadendo il concetto del collega Delladio, il nostro movimento lascia liberi ognuno di noi di votare come gli pare, però l'indirizzo è quello di non fare demagogia, quindi voterò no.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Divina.

PRESIDENTE: La parola al cons. Divina.

DIVINA: Grazie Presidente. Forse non era neanche il caso di dilungarsi su un argomento del genere, però è stato tanto strumentalizzato, che forse più di uno del nostro gruppo, che come si è notato in questo dibattito si è lasciato soltanto la gestione al capogruppo, ha fatto pochissimi interventi e fatto perdere molto poco tempo con gli emendamenti presentati, pensiamo che su questo argomento vada fatta un'estrema chiarezza e diamo così anche soddisfazione alla cons. Zendron, che ha manifestato volontà di avere più espressioni e non coperture con i voti, come sono stati chiesti prima in votazione segreta.

Il nostro movimento sull'argomento ha lasciato piena libertà di espressione, però ho notato con piacere un'ampia condivisione, perché se la Lega nasce concettualmente per impostare uno Stato liberale e portarlo verso il massimo delle

libertà individuali e sociali locali, cioè il federalismo, noto che anche senza parlare di questioni sociali il concetto liberale prevale sul concetto di stato etico. Se il concetto liberale impone che tutti i soggetti devono essere posti sulla stessa griglia, dopo di che saranno i soggetti stessi a impegnare, a dedicare il proprio tempo, a profondere energie per raggiungere degli obiettivi, sarebbe esclusivamente arbitrario porre limitazioni o porre privilegi in funzione di soggetti. Per noi la donna non è discriminata nel mondo in cui viviamo, nell'epoca soprattutto attuale, ma è un soggetto che deve dimostrare di avere numeri, capacità e competenze.

Le donne che hanno preso la parola in questa assemblea, hanno rivendicato mancanza di potestà, mancanza di autorità o mancanza di potere, ho sentito dire, forse le donne sono poche e poco rappresentate, ma le donne che sono rappresentate in questo Consiglio non credo possano rivendicare questo, a me risulta che fra le due donne del Consiglio provinciale di Trento una riveste anche la carica di assessore, fra le quattro donne che compongono il Consiglio provinciale di Bolzano mi sembra che due rivestano la carica di Presidente e vicepresidente di Assemblea. Forse gli uomini potrebbero dire, a scapito dell'occupazione di potere si potrebbero sentire recriminati, ma non mi è mai parso di aver afferrato questo tipo di rivendicazione al maschile.

Vorrei dire che, se alzo gli occhi anche a livello di funzionariato, il massimo funzionario che abbiamo a disposizione dell'ufficio legislativo ha una gonna, cioè è di gentil sesso, anche l'ufficio stampa della regione è rappresentato da una gentile signora. Non mi sembra che, se le donne riescono a dimostrare in questa società di avere competenza e capacità siano per questo recriminate.

Ho sentito un'affermazione estremamente ragionevole dal cons. Leitner, il quale diceva: queste norme, oltre ad essere veramente populiste e che tentano di allargare una certa popolarità al mondo femminile, che forse è maggiore di quello maschile, di fatto aprirebbero un grande vizio, provocherebbero che le nostre liste o le liste future dei prossimi consigli comunali, regionali, ecc., sarebbero inficiate da questo obbligo e ne risulterebbe che sarebbero poi candidate di comodo, perché sarebbero candidate di comodo.

Non è colpa nostra se le donne non sono attratte dalla politica, questa è una verità, se vogliamo essere seri fino in fondo potremo dire: ci sono altri ostacoli da abbattere all'interno della società, come le attenzioni, un certo tipo di assistenza particolare alla donna, attenzione per le problematiche della famiglia, ostacoli da abbattere per permettere che la donna possa interessarsi molto di più nell'ambito sociale di quanto non lo è adesso, ma non sono le leggi che impongono o che fanno nascere interesse per qualsiasi cosa.

Come noi non vogliamo porre nessun tipo di limitazione, se le donne non hanno manifestato interesse alla politica, non vogliamo con la legge obbligarle ad interessarsi di politica, come non le vogliamo obbligare in questo senso, non vorremmo, visto che non mi risulta che gli uomini abbiano particolare attenzione ai lavori casalinghi o all'operare con i ferri da maglia, non vorremmo che lo stato etico, che qua si

rischia di intraprendere, obbligasse anche gli uomini ad intraprendere delle attività delle quali non gradiscano.

La legge disciplina i rapporti interpersonali, gli interessi propri di ogni singolo cittadino in uno stato liberale sono disciplinati dallo stesso, a patto che il cittadino non trovi ostacoli. Secondo noi la donna oggi non ha ostacoli e non vorremmo porli artificialmente, a questo punto, ad altri soggetti.

PRÄSIDENT: Abg. Berger, nur wenn es ganz kurz geht, denn jetzt haben wir schon 13.00 Uhr.

PRESIDENTE: Cons. Berger, Le concedo la parola, se sarà molto breve, in quanto sono già le ore 13.00.

BERGER: Wehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde sicherlich in zwei Minuten - die Zeit, die mir zur Verfügung gestellt worden ist - fertig sein. Wenn man jetzt unter dem Strich ein Resümee zieht von dem was gesagt worden ist, dann muß man feststellen, daß niemand den Frauen das Recht auf politisches Engagement abspricht. Aber jede Partei, die hier vertreten ist, wenn man in den Medien das hört, ist für die Verabschiedung dieses Gesetzes und ich möchte darauf hinweisen, daß wir bei Artikel 19 von einem Gesetz sind, das 84 Artikel beinhaltet. Wir wissen, daß Nachtsitzungen angesagt sind, daß Sitzungszeitenverlängerungen angesagt sind und ich glaube bei diesem Artikel 19 ist die klare Willensäußerung der Aula mit Ablehnung des Antrages zu einem und zwei Drittel bereits klar dargelegt worden und wenn wir hier einen provokativen Antrag bekommen, der die 50 Prozent vorsieht, dann dürfen wir uns durch diese Provokation nicht wieder dahin verleiten lassen, daß wir die ganze Diskussion, die seit gestern schon läuft, jetzt wieder von vorne anfangen zu einem Thema, das glaube ich, genügend ausdiskutiert worden ist und wo nur noch populistische Wortmeldungen da sind. Deswegen möchte hier die Aula schon auffordern, mit den Arbeiten fortzufahren, wenn man dazu stehen will, dieses Gesetz auch zu verabschieden. Danke schön.

(Illustri colleghi!

Sicuramente non mi serviranno più di due minuti, il tempo che mi è stato concesso. Se ora si volesse fare un riassunto di quanto è stato detto finora, si vedrebbe che nessuno nega alle donne il diritto di impegnarsi politicamente. Ma tutti i partiti presenti in quest'aula, si sono anche pronunciati, secondo quanto riporta la stampa, per l'approvazione di questo disegno di legge. Ora, vorrei far osservare che siamo solo all'art. 19 di una legge comprendente ben 84 articoli. Noi sappiamo che sono state convocate sedute notturne e probabilmente verrà prolungato lo stesso calendario delle sedute. Inoltre ritengo che con questo articolo 19 l'aula si sia chiaramente espressa contro l'approvazione dell'emendamento di un terzo e dei due terzi. Ma se ora è stato presentato un emendamento provocatorio che prevede l'introduzione della quota del 50%, allora questo non deve indurci a ricominciare da capo una discussione che è già

in pieno svolgimento da ieri e che è stata sufficientemente approfondita e lascierebbe ora solo spazio ad interventi di tipo demagogico. Per questo vorrei invitare l'aula a proseguire con i lavori, se veramente si ritiene necessario approvare questa legge. Grazie.)

PRÄSIDENT: Ich hoffe, daß wir jetzt abstimmen können. Ich muß jetzt die Sitzung auf den Nachmittag vertagen.

Ganz kurz, gut Frau Kollegin Kury.

PRESIDENTE: Spero che ora si possa passare alla votazione. Ora comunque devo aggiornare la seduta al pomeriggio.

Brevemente, grazie, collega Kury.

KURY: Wenn es um Frauenproblematik geht, dann heißt es populistisch. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir gestern drei Stunden gewartet haben bis die Mehrheit sich einigen konnte und wir haben uns nicht beklagt darüber. Wir haben das ertragen. Wenn man jetzt über Frauensachen diskutiert, dann heißt das, es ist schon vorbei, es ist nur mehr populistisch.

(Quando si parla di politica delle donne, allora si usano parole come "demagogico". Vorrei solo far notare che ieri abbiamo aspettato tre ore che la maggioranza trovasse un'intesa e non ci siamo lamentate. Lo abbiamo sopportato. Invece se adesso si vuole discutere delle donne, si dice che ci vuole troppo tempo e che la discussione è demagogica.)

PRÄSIDENT: Jetzt können wir abstimmen. Wer also mit Einfügung des Prozentsatzes von 50 Prozent einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? 8 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Die breite Mehrheit stimmt dagegen. Wer enthält sich der Stimme? 3.

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

PRESIDENTE: Allora passiamo alla votazione. Chi è favorevole all'introduzione della quota del 50%, è pregato di alzare la mano. 8 voti favorevoli. Contrari? La maggioranza. Astenuti? 3.

L'emendamento è respinto.

PRÄSIDENT: Den Artikel könnten wir abstimmen. Sind keine Abänderungsanträge mehr? Zum Artikel. Wer mit dem Artikel 19 so einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 4 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen ist der Artikel 19 mehrheitlich genehmigt.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit, Frauen und Männer gleichsam.
Wir sehen uns heute um 14.30 Uhr. Alle ore 14.30.

PRESIDENTE: Possiamo ora passare alla votazione dell'articolo. Non ci sono altri emendamenti all'articolo? Chi è favorevole all'approvazione dell'art. 19, è pregato di alzare la mano. La maggioranza. Contrari? 4 voti contrari. Astenuti?

Con 4 voti contrari e 11 astensioni l'art. 19 è approvato.

Auguro a tutti, uomini e donne, buon appetito.

La seduta riprende alle ore 14.30.

(ore 13.03)

(ore 14.36)

Presidenza del Presidente Tretter

Vorsitzender: Präsident Tretter

PRESIDENTE: La seduta riprende. Prego procedere con l'appello nominale.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*

(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Dò lettura dell'art. 20.

Art. 20

(Presentazione delle candidature nei comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano)

1. Nei comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, presso l'ufficio del segretario comunale competente, devono essere depositati la lista dei candidati al consiglio comunale, con la specifica indicazione dei candidati che non abbiano accettato la candidatura anche per la carica di sindaco, ed il programma amministrativo, da affiggere all'albo pretorio.

2. Nessuna lista può comprendere un numero di candidati inferiore a tre né superiore al numero dei componenti del consiglio da eleggere, aumentato della metà. Qualora il numero dei consiglieri da eleggere sia dispari, il numero massimo dei candidati è arrotondato all'unità superiore.

3. Nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore a due terzi.

4. I candidati, contrassegnati da numeri arabi progressivi, devono essere elencati con l'indicazione del cognome, nome, luogo e data di nascita e gruppo linguistico di appartenenza o di aggregazione.

5. Nessuno può essere candidato alla carica di consigliere comunale in più di una lista nello stesso comune né può presentarsi come candidato in più di un

vorgesehene Änderung am bisherigen Gesetz weggefallen, daß nämlich die höchsten Reststimmen ohne Vollquotienten keinen Sitz bekommen dürfen. Nachdem diese beiden Neuerungen, die zwischen Gemeinden bis zu 13.000 und über 13.000 unterschieden haben, weggefallen sind, verstehe ich nicht, warum diese Zahlen beibehalten werden sollen. Ich wäre Assessor Giovanazzi dankbar, wenn er mir erklären würde, warum die Unterscheidung bis zu 13.000 und über 13.000 noch aufrechterhalten werden muß, denn sie ist nicht mehr notwendig. Man könnte die beiden Artikel, man könnte das was die Provinz Bozen betrifft, Südtirol betrifft, in einem Artikel vereinen. Man könnte Artikel 20 und 21 vereinen, indem man die Absätze 6-9 des Artikels 21 herübernimmt in den Artikel 20. Auf diese Weise würde ein einziger Artikel entstehen, der die Vorlage der Kandidaturen für Südtirol regelt, und der Artikel 21 regelt dann die Vorlage der Kandidaturen in den Gemeinden der Provinz Trient bis zu 3.000 Einwohner, denn im Trentino hat die Unterscheidung noch einen Sinn.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es also praktisch beim Artikel 14 des bisherigen Einheitstextes bleibt, in dem es heißt: "In allen Gemeinden der Provinz Bozen und in den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung oberhalb - damals - 1.000 Einwohnern erfolgt die Wahl der Gemeinderäte mit Listenwahlrecht in verhältnismäßiger Vertretung mit der Methode des natürlichen Quotienten und der höchsten Reste." In der Provinz Bozen gibt es die Berechtigung der Listenverbindung für das Festsetzen der höchsten Reste. Das bleibt. Diese Bestimmung bleibt. Also verliert das Unterscheiden der Gemeinden bis zu 13.000 und oberhalb 13.000 für Südtirol jeglichen Sinn und verkompliziert unnötigerweise das Verständnis des Gesetzes, sodaß die Leute, d.h. auch die Gemeindeverwaltung, eigentlich nicht wissen, warum man in Südtirol bis zu 13.000 und oberhalb 13.000 unterscheidet. In Südtirol braucht es diese Unterscheidung nicht und es könnte das bleiben, was bisher war, was seit eh und je, seit 45 Jahren immer schon gewesen ist. Ich möchte eben Assessor Giovanazzi bitten, daß er erklärt, warum diese Unterscheidung trotzdem bleiben soll. Denn wir wollen doch nicht ein Gesetz machen, das komplizierter und weniger verständlich als das bisherige ist, hoffe ich wenigstens.

(Questa proposta è la conseguenza dell'abolizione della norma, secondo la quale in Alto Adige l'elezione del vicesindaco è effettuata separatamente secondo gruppi linguistici e con regolamentazione diversa nei comuni sino a 13.000 abitanti e sopra i 13.000 abitanti. D'altronde è caduta anche la modifica alla presente legge che i più alti resti non potevano concorrere all'attribuzione dei seggi se non avevano raggiunto il quoziente naturale. Dal momento in cui questa innovazione della distinzione tra comuni con popolazione superiore o inferiore a 13.000 abitanti è venuta a cadere, non capisco perché si debbano mantenere tali cifre. Assessore Giovanazzi, La vorrei pregare di spiegarmi perché mantenere questa distinzione tra comuni con popolazione superiore o inferiore a 13.000 abitanti, non essendo più necessaria. Per ciò che concerne la provincia di Bolzano si potrebbe unificare tutto sotto un unico articolo, si potrebbero unificare gli articoli 20 e 21 recependo nell'articolo 20 i commi 6-9 dell'articolo 21. In questo modo avremmo un unico articolo che disciplina la

presentazione delle candidature per l'Alto Adige mentre l'art. 21 disciplinerebbe la presentazione delle candidature nei Comuni della provincia di Trento sino a 3.000 abitanti, poiché in Trentino tale distinzione ha ancora un significato.

Vorrei inoltre rilevare che permane la formulazione dell'art. 14 del Testo Unico sinora vigente, dove si prevede che nei comuni della provincia di Bolzano e nei comuni della Provincia di Trento con una popolazione superiore a 1.000 abitanti, l'elezione dei consigli comunali avviene con scrutinio di lista e rappresentanza proporzionale con metodo dei quoziente naturale e dei più alti resti. Nella Provincia di Bolzano vi è la giustificazione dei collegamenti di lista per la determinazione dei più alti resti; per cui tale norma permane. Pertanto la distinzione tra comuni dell'Alto Adige sino a 13.000 abitanti ed oltre 13.000 abitanti perde qualsiasi significato e complica inutilmente l'intelligibilità della legge; infatti le persone che devono consultarla, anche le amministrazioni comunali non vogliono sapere perché tale norma è prevista. In Alto Adige tale distinzione non è necessaria, pertanto potrebbe permanere la norma che vige da 45 anni. Vorrei quindi invitare l'assessore Giovanazzi a spiegarmi perché tale distinzione deve permanere in essere. Ritengo infatti che non sia il nostro obiettivo quello di complicare e rendere meno intellegibile ciò che sino ad ora lo era.)

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento Benedikter? La parola all'assessore Giovanazzi.

GIOVANAZZI: Brevemente, per dire che sopra i 13.000 abitanti cambia il sistema; è diversa anche la presentazione del candidato a sindaco, perciò non possiamo assolutamente mantenere una norma unica con due sistemi diversi.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Die Erklärung ist, daß trotzdem ein Unterschied bleibt, wie die Regelung für die Kandidatur des Bürgermeisters erfolgt. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, könnte gerade diese unterschiedliche Regelung, nachdem kein Vizebürgermeister mehr gewählt wird, vereinheitlicht werden. Es könnte ein und dieselbe Regelung werden. Ich verstehe nicht, wozu man unterscheidet, denn es besteht keine ratio, keine Begründung, warum diese Regelung anders sein soll bei bis zu 13.000 und oberhalb 13.000 Einwohner. Ich meine, wir wollen doch ein möglichst einfaches Gesetz machen und auch bei den Neuerungen, die wir einführen, so einfach wie möglich sein, damit es von den Leuten verstanden wird, und wir wollen so wenig wie möglich von der bisherigen Regelung abrücken. Wenn schon sonst kein Unterschied übrigbleibt, nur die Art und Weise wie die Kandidatur des Bürgermeisters eingereicht werden soll, dann glaube ich, kann man dies auch vereinheitlichen.

(La spiegazione è la seguente: la differenziazione relativa alla disciplina per la candidatura del sindaco permane. Se ho ben compreso, queste parti distinte potrebbero essere unificate, dal momento in cui non è più prevista l'elezione del

Vicesindaco, pertanto vi potrebbe essere la stessa disciplina in tutti i comuni. Non capisco il perché, la ratio di questa distinzione, la sua motivazione. Se desideriamo emanare una legge sufficientemente semplice, ed introduciamo delle innovazioni, anch'esse debbono essere intellegibili alla gente comune, dobbiamo quindi discostarci quanto meno possibile dalla disciplina attuale. Se non vi sono differenze sostanziali, ma solamente quella relativa alle modalità di presentazione delle candidature, allora ritengo che si possano unificare i testi.)

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 6 voti favorevoli, 19 contrari e 8 astenuti l'emendamento è respinto.

Passiamo all'emendamento Kury e Zendron, che leggo: "Nei comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, devono essere depositati, presso l'ufficio del segretario comunale competente, la lista dei candidati al consiglio comunale, il nome e cognome dei candidati alla carica di sindaco, nonché il programma amministrativo, da affiggere all'albo pretorio".

La parola alla prima firmataria, cons. Kury, per l'illustrazione.

KURY: Danke schön, Herr Präsident. Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben gerade vom Kollegen Benedikter gehört, daß es nicht sehr einleuchtend ist, daß man in Südtirol ein unterschiedliches Wahlsystem in den Gemeinden bis zu 13.000 und in den Gemeinden über 13.000 anwendet. Bis hierher kann ich meinem Kollegen Benedikter voll recht geben, nur zum Unterschied von seinem Vorschlag würde ich es begrüßen, daß man das allgemeine Wahlsystem nicht so regelt, wie es hier für die Gemeinden bis zu 13.000 vorgesehen ist, sondern so regelt wie es für die Gemeinden über 13.000 vorgesehen ist. Und ich bitte hier meine Kollegen aus dem Trentino einen kurzen Augenblick mitzudenken.

Ich glaube, es ist schon eine Absonderlichkeit, eine wirkliche Kuriosität für Südtirol, daß wir im Wahlgesetz für die Direktwahl des Bürgermeisters keinen Bürgermeisterkandidaten fixieren. Tatsächlich sagt dieser Absatz 1 des Artikels 20, daß in Südtirol in den Gemeinden bis zu 13.000 Einwohner alle Gemeinderatskandidaten zugleich Kandidaten für das Bürgermeisteramt sind. Wir reden hier von einer Direktwahl des Bürgermeisters. Das Gesetz heißt so. Wir haben im Staatsgesetz fixiert, daß der Bürgermeister als Kandidat von vornherein bekannt sein muß und ein eigenes persönliches Programm hinterlegen muß; das ist im Staatsgesetz so, das wird im Trentino so gehandhabt, das wird in Südtirol in den Gemeinden über 13.000 Einwohner so gehandhabt, es wird in Nordtirol so gehandhabt. Nur in den 112 Gemeinden von Südtirol mit Ausnahme von den vier großen Gemeinden ist es nicht so und ich denke, das ist schon eine komische Regelung.

Man hat mir als ich das in der Kommission vorgebracht habe, entgegengehalten: Ja demokratischer als so kann es gar nicht gehen, daß nämlich alle Gemeinderatskandidaten gleichzeitig Bürgermeisterkandidaten sind. Nun könnte man diese Logik auch teilen. Nur dann frage ich zurück, warum man es nicht auf alle

Gemeinden ausdehnt. Wenn es schon so demokratisch ist, warum nehmen wir dann die vier Gemeinden von dieser Regelung aus. Es kann nicht unbedingt das Demokratiebedürfnis dazu geführt haben, daß man diese sonderbare Regelung macht, da ist sicherlich noch ein großer politischer Hintergedanke dabei.

Wir haben jetzt inzwischen in den vorhergehenden Artikeln bis zum Artikel 20 eindeutig die Machtposition des Bürgermeisters in den Dörfern gestärkt. Wir haben ihm im Gegensatz zum Staatsgesetz fünf Jahre Legislatur zugestanden. Wir haben hier beschlossen, daß er dreimal hintereinander kandidieren kann. Wir könnten eigentlich jene Richtlinien, die wir bis jetzt beschlossen haben, kurz zusammenfassen mit dem Satz: "Alle Macht dem Bürgermeister." Nun wenn dieser Bürgermeister schon in den Dörfern, in den Gemeinden von Südtirol, so wichtig geworden ist, warum sollte dann nicht das Wahlvolk von Anfang an wissen, wer der Bürgermeister ist und warum sollte nicht von Anfang an klar sein, welches Programm dieser Bürgermeister für seine Gemeinde verfolgt. Wir haben hier eigentlich nur ein Listenprogramm vorgeschrieben und ich glaube, das kann nicht im Sinne der Transparenz sein. Der Bürger muß doch wissen woran er ist, deshalb dieser Abänderungsantrag von meiner Seite, der vorschlägt, daß bei der Hinterlegung der Listen auch der Name des Bürgermeisters und sein Programm bekanntgegeben werden muß. Das ist der Sinn dieses Abänderungsantrages und ich bitte wirklich vor allem die Trentiner Kollegen, die vielleicht hier nicht ganz auf dem laufenden sind, zu bedenken, was für Absonderlichkeiten man in Südtirol im Gegensatz zur Provinz Trient und im Gegensatz zum Staatsgesetz vorsieht.

(Grazie, signor Presidente, stimati colleghi!

Il collega Benedikter ha già spiegato che non è comprensibile che in Alto Adige vi sia un sistema elettorale nei comuni sino a 13.000 abitanti e un altro nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti. E posso quindi dare ragione al collega Benedikter, solamente rispetto alla sua proposta sarei dell'avviso che non si regoli l'intero sistema elettorale come previsto per i comuni sino a 13.000 abitanti, bensì che lo si disciplini come previsto per i comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti. E vorrei in tale contesto invitare i colleghi del Trentino a riflettere su tale affermazione.

Ritengo che sia strano, una vera curiosità che nella legge sull'elezione diretta del Sindaco non si preveda che sin dall'inizio dovrà essere noto il candidato alla carica di sindaco. Effettivamente il comma 1 dell'articolo 20 prevede che in Alto Adige nei comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti i candidati alla carica di consigliere comunale siano contemporaneamente candidati alla carica di sindaco. La legge statale prevede che sin dall'inizio sia noto chi è si candida alla carica di sindaco e che debba presentare un proprio programma. Questo è quanto prevede la legge statale e così verrà anche previsto in Trentino, ovvero nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti e così sarà anche nel Tirolo del Nord. Solamente nei centododici comuni del Sudtirolo, ad eccezione di alcuni quattro comuni maggiori, ciò non è previsto e ritengo questa previsione alquanto strana.

Quando ho sollevato tale obiezione in Commissione mi è stato risposto che il sistema elettorale non può essere più democratico di così, poiché si prevede che i candidati alla carica di consiglieri comunali siano contestualmente candidati alla carica di sindaco. Si potrebbe anche condividere questa logica. Ma allora mi chiedo perché non viene estesa a tutti i comuni? Se si vuol essere democratici, allora perché vengono esclusi da tale regolamentazione quattro comuni? Il fabbisogno di democrazia non può aver portato ad approntare una disciplina alquanto strana, sicuramente dietro questo fatto vi è un secondo fine.

Nel frattempo, nei precedenti articoli sino all'art. 20, abbiamo rafforzato la posizione del sindaco, prevedendo, al contrario della legge statale, che il suo mandato fosse quinquennale e che possa candidarsi consecutivamente per tre legislature. Potremmo quindi riassumere le direttive deliberate sino ad ora con la seguente affermazione: tutto il potere al Sindaco. Ma se i sindaci sono diventati così importanti nei comuni dell'Alto Adige, allora gli elettori dovrebbero sapere sin dall'inizio chi candiderà alla carica di sindaco e quale programma presenterà. La legge regionale prevede infatti solamente un programma di lista e ritengo che questo non vada verso la trasparenza. Il cittadino dovrebbe sapere sin dall'inizio chi è candidato alla carica di sindaco e per questo abbiamo presentato quest'emendamento che propone di depositare il nome ed il cognome del candidato alla carica di sindaco nonché il suo programma. Questo è il significato di quest'emendamento e vorrei invitare i colleghi trentini che forse non sono al corrente della situazione, di riflettere sulle particolarità che vengono previste per la provincia di Bolzano a differenza della legge statale e di quanto previsto per la provincia di Trento.)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 12 voti favorevoli, 18 contrari e 5 astenuti l'emendamento è respinto.

Passiamo al prossimo emendamento della Giunta che recita: il comma 3 è sostituito dal seguente: " Nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore a tre quarti del numero massimo di candidati, di cui una lista può essere formata."

Ha chiesto la parola, sull'ordine dei lavori, la cons. Kury.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Ich wollte nur kurz darauf hinweisen, daß wir einen Abänderungsantrag zu diesem Änderungsantrag eingebracht haben und daß er wahrscheinlich vorher behandelt werden müßte.

(Grazie, signor Presidente.

Volevo solamente rilevare brevemente che abbiamo presentato un subemendamento e che dovrebbe essere esaminato prima dell'emendamento.)

PRESIDENTE: Ha ragione, dobbiamo trattare prima il suo emendamento, a firma Kury, Zendron, Kasslatte ed altri, che recita: la cifra tre quarti è sostituita dalla cifra due terzi.

Ha chiesto di intervenire la cons. Kasslatte.

KASSLATTE-MUR: Werter Herr Präsident!

Bitte, Kollege Atz, es wurde zu so vielem anderen geredet, lassen Sie mich auch einmal reden.

Unser Änderungsantrag berücksichtigt erstens einmal die staatliche Vorgabe und den von der Gesetzgebungskommission vorgelegten Text, jener der ursprünglich vorgelegt wurde. Das möchte ich eingangs sagen.

Wir Frauen sind nicht bereit, von vornherein darauf zu verzichten, diesen "sanften Druck" auf die Listenerstellung auszuüben. Und wohlgemerkt, es handelt sich um die Listenerstellung nicht um die gewählten Gemeinderäte. Denn die Quote, die wir hier anstreben, bezieht sich nur auf die höchstzulässige Zahl von Kandidaten, das heißt also daß niemand eine volle Liste erzwingt. Es ist nicht mehr die selbe Quote von der wir vorhin bezüglich des Trentino geredet haben. Wir möchten, daß in Südtirol bei einer vollen Listen ein Drittel der zulässigen Kandidaten weiblichen Geschlechts sind. Niemand aber sagt, daß die Liste voll zu sein hat. Es handelt sich meines Erachtens um eine abgeschwächte Quote.

Zum Thema Quote möchte ich sagen, daß die Quote für mich eine Übergangslösung darstellt. Eine Übergangslösung, die der benachteiligten Mehrheit behilflich sein soll, zu ihren demokratischen Rechten zu kommen. In Südtirol hat sich das Quotensystem bestens bewährt und warum soll es auch nicht für uns Frauen gut gehen. Wie anfangs der Proporz bei den öffentlichen Diensten eingeführt wurde, war es für die Deutschsprachigen in Südtirol auch oft wenig attraktiv, in einen italienischen Betrieb oder in ein italienisches Amt einzusteigen. Heute redet kaum mehr jemand davon. Die Quote auf den Listen ist von Frauen erstritten worden. Nordische Länder haben Quoten, sind zum Teil schon wieder von Quoten abgegangen. Nordische Länder haben einen viel viel höheren Anteil an Frauen in politischen Entscheidungsgremien und sie sind auch - siehe da - in Sachen Frauen und familienfreundlichen Maßnahmen vorbildhaft. Wenn hier heute und gestern einige Männer gesagt habe, es gebe zu wenig Frauen, daß Frauen eh schon zwei- und dreifach belastet sind, sie würden das nicht schaffen, sie könnten sich nicht auch noch für die Politik hergeben, dann hat das eben nichts mit Frauen und familienfreundlichen Maßnahmen zu tun, die bei uns fehlen, die es bei uns nicht gibt. Maßnahmen gegen diese Situation wären meines Erachtens unter anderem, wenn Männer die Verpflichtung spürten, sich auch an der unbezahlten Arbeit zu Hause und bei der Kindererziehung zu beteiligen. Herr Divina, ich glaube Ihnen, daß Sie Ihrer Frau nie das Recht auf das Hemdenbügeln streitig gemacht haben. Und wenn dann seitens der öffentlichen Hand mehr Kinderbetreuung angeboten wird und familienfreundlichere Arbeitsplätze geschaffen werden, dann können sie sicher sein, meine Herren, daß es für die Frauen eine wesentliche Erleichterung für ein Engagement in der Politik ist. Die Politik selbst hat die Aufgabe gesellschaftliche

Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familienleben leichter mit Erwerbsleben und Engagement in der Politik vereinbar wird. Und was ist dazu heuer im Jahr der Familie eigentlich konkret hier bei uns passiert?

Zurück zu den Kandidatinnenlisten für die Gemeinderatswahl. Falls die Listen, wie von einigen Männern hier angedroht wurde, wirklich mit dieser Quote nicht gefüllt werden können, dann wird meines Erachtens eben deutlich, daß verschiedene Parteien in puncto Frauenpolitik noch Nachholbedarf haben, daß sie für die Frauen innerhalb ihrer Parteien mehr tun müssen. Sind wir Frauen ein Stimmenreservat oder sind wir gleichberechtigte Partnerinnen. Ich darf daran erinnern, Frau Kury hat es schon vor mir getan, daß die Südtiroler Volkspartei es ihren Wählerinnen bei den letzten Landtagswahlen nicht ermöglicht hat, alle vier Vorzugsstimmen an Frauen zu vergeben. Wir haben ganz einfach nur drei Kandidatinnen. Ich denke, Männer sollen Frauen selbst zu Wort kommen lassen. Männer sollen nicht immer für Frauen reden und über sie urteilen bzw. sie in gewisse Schemata pressen. Viele von ihnen, meine Herren, haben Stimmen von Frauen bekommen und ich denke, daß diese Frauen von Ihnen auch erwarten, daß sie sich für Frauenanliegen engagieren.

Zum Schluß noch möchte ich sagen, daß das was wir jetzt hier wollen, keine fix vorgegebenen Quote ist, sondern das ist ein Kompromiß und ich bin neugierig, wie die Herren abstimmen werden. Ich bin neugierig, ob sie jetzt wieder eine Geheimabstimmung verlangen. Danke, Herr Präsident.

(Egregio signor Presidente!

Per favore collega Atz, è stato parlato di molte altre cose e mi permetta di intervenire su questa proposta. Il nostro emendamento considera in primo luogo la previsione della legge statale ed il testo licenziato dalla commissione legislativa ovvero il testo originario.

Noi donne non siamo disposte a rinunciare a priori a questa "dolce pressione" sulla formazione delle liste. E si tratta della formazione delle liste e non dei consiglieri comunali eletti, poiché le quote che vogliamo introdurre fanno solo riferimento al numero massimo di candidati ammessi, ciò significa che nessuno può ottenere con forza una lista completa. Non si tratta della stessa quota prevista originariamente per il Trentino. La nostra proposta è che in Sudtirolo un terzo dei candidati di una lista intera sia di sesso femminile. Nessuno però dice che la lista deve essere completa. A mio avviso si tratta di una quota ridotta.

Per ciò che attiene l'aspetto delle quote desidero dire che a mio avviso si tratta di una soluzione transitoria. Una soluzione transitoria che possa essere d'aiuto alla maggioranza svantaggiata per poter giungere ad esercitare i propri diritti democratici. In Alto Adige il sistema delle quote si è dimostrato valido e perché non potrebbe esserlo altrettanto per le donne? Quando venne introdotta la proporzionale nel pubblico impiego, i sudtirolesi erano poco interessati ad essere assunti in un ufficio italiano oppure a lavorare presso una ditta italiana: oggi non se ne parla quasi neppure più. Le quote sulle liste sono state conquistate dalle donne. I paesi nordici le hanno introdotte ed oggi sono quasi in disuso. I paesi nordici hanno una maggiore

rappresentatività di donne negli organi decisionali politici e sono anche esemplari in materia di problemi femminili e della famiglia. Se ieri ed oggi alcuni consiglieri hanno affermato che vi sono troppo poche donne in politica, che debbono comunque sobbarcarsi un doppio ed anche triplo onere, e che non potrebbero sostenere l'ulteriore peso dell'entrata in politica, questo non ha nulla a che vedere con le donne e con le misure a favore della famiglia, che da noi mancano completamente? A mio avviso importante sarebbe se gli uomini sentissero l'obbligo di partecipare al lavoro familiare non retribuito e all'educazione dei figli. Signor Divina, Le credo quando afferma che non ha mai messo in dubbio il diritto di sua moglie di stirare le camice. E se da parte dell'amministrazione pubblica vi fosse una maggiore cura dei bambini e venissero creati dei posti di lavoro che permettano una maggiore attenzione ai bambini, allora potrebbe essere certo che per le donne vi sarebbero delle notevoli facilitazioni per un impegno a favore della politica. La politica stessa ha il compito di creare delle condizioni quadro nella società affinché la vita familiare sia maggiormente conciliabile con la vita professionale e l'impegno in politica. E cosa è successo concretamente in quest'anno della famiglia?

Ma tornando alle liste dei candidati per le elezioni comunali, nel caso in cui le liste, come minacciato da alcuni consiglieri, non venissero riempite con queste quote, allora a mio avviso sarà evidente che diversi partiti in materia di politica a favore delle donne hanno molto da recuperare, così come sarà palese che debbono attivarsi maggiormente in materia di interventi a favore delle donne. Siamo un serbatoio di voti, oppure delle partner che hanno gli stessi diritti? Vorrei ora ricordare quanto sostenuto dalla cons. Kury, ovvero che la Südtiroler Volkspartei non ha permesso alle sue elettrici di dare tutti e quattro i voti di preferenza alle donne. Ritengo che gli uomini dovrebbero permettere alle donne di esprimere la propria opinione. Gli uomini non debbono sempre parlare per le donne e decidere sopra le loro teste oppure limitare la loro presenza a certi schemi. Molti di voi, egregi consiglieri, sono stati eletti anche grazie ai voti delle donne, e ritengo che queste donne si aspettano che vi attivate nelle questioni che le interessano direttamente.

Concludendo vorrei dire che ciò che vogliamo oggi non è una quota fissa predeterminata, bensì un compromesso, e sono curiosa di vedere come voteranno i signori consiglieri. Sono curiosa di vedere se chiederanno la votazione a scrutinio segreto. Grazie, signor Presidente!)

PRESIDENTE: Faccio una raccomandazione, vi prego di non usare i telefonini in aula, altrimenti vi devo richiamare.

Ha chiesto di intervenire il cons. Willeit, ne ha facoltà.

WILLEIT: Presidente, non sarò certo un esperto della lingua italiana, però debbo chiedere chiarimenti, perché non riesco a capire l'esatta portata dell'emendamento o degli emendamenti. Ritorno a dire quello che ho detto stamattina, se leggo il testo della commissione, nelle liste dei candidati, nessuno dei due sessi può essere rappresentato in

misura superiore a due terzi del numero massimo dei candidati di cui una lista può essere formata.

Interpreto la prima norma nel senso che ci deve sempre essere un rapporto donna-uomo sulle liste dei candidati e siccome si fa fatica a trovare la donna, sarà il numero delle donne che ti dà il numero degli uomini, il numero dei candidati complessivamente. Con tre quarti non posso che avere 4 candidati, io lo interpreto così.

Il punto debole che mi sembra è un altro, con l'emendamento se gli uomini raggiungono i due terzi o i tre quarti non oltrepassano questo limite e lasciano le donne a zero, la lista è a posto, allora non c'è nessuna garanzia in questo emendamento, è veramente una presentazione di nulla per le donne, mentre per l'altra è una piccola garanzia.

Vorrei spiegazioni dalla Giunta.

PRESIDENTE: La parola al cons. Atz.

ATZ: Zum Fortgang der Arbeiten, Herr Präsident.

Sie haben mich wegen dem Telefon zur Ordnung gerufen, aber ich darf sagen, daß es heute früh beim Gespräch unter den Gruppensprechern geheißen hat, daß wenn wir Gespräche auch innerhalb der Gruppen machen müssen, dann hinausgehen sollten. Ich muß Sie aber bitten, Herr Präsident, daß Sie einfach früher läuten. Wir können nicht verlangen, daß die Leute hinausgehen, sei es um zu telefonieren oder sich gegenseitig abzusprechen und hier schon die Hand erhoben haben müßten. Das ist einfach nicht machbar, deshalb möchte ich Sie bitten, früher zu läuten. Danke sehr.

(Desidero intervenire sull'ordine dei lavori, signor Presidente!

Lei mi ha richiamato all'ordine per quanto concerne il telefono cellulare, ma vorrei precisare che questa mattina alla conferenza dei capigruppo era stato affermato che se volevamo consultarci, dovevamo uscire dall'Aula. Vorrei però pregarla signor Presidente di suonare prima il campanello. Non possiamo pretendere che i consiglieri escano dall'Aula sia per telefonare che per consultarsi e che contemporaneamente votino. Non è possibile e per questo desidero pregarLa di suonare prima il campanello. Grazie.)

PRESIDENTE: Guardi, ripeto quello che ho detto, le regole vanno per tutti rispettate, non è sicuramente contenuto nel regolamento, ma il Presidente all'inizio di questa legislatura ha vietato tre cose: l'uso dei telefoni in aula, eventualmente il consigliere può uscire; il consigliere deve entrare con la giacca, per il decoro e la dignità dell'aula ed ho vietato l'altro giorno, visto che si parla di telefoni, l'uso delle cabine ai non consiglieri, nessuno può usare le cabine se non i consiglieri.

Questa è una raccomandazione, io non ho fatto il suo nome, cons. Atz, ho invitato i consiglieri ad uscire dall'aula, qui non si usa il telefonino.

La parola all'assessore Giovanazzi.

GIOVANAZZI: Volevo solo precisare che nella provincia di Trento il numero dei candidati nelle liste corrisponde al numero dei consiglieri assegnati nel comune. Nella provincia di Bolzano invece il numero dei candidati può essere di un numero superiore della metà dei consiglieri assegnati in quel comune. Allora il comma 3, come formulato nel disegno di legge, era incompleto, praticamente quei due terzi o quei tre quarti che si andavano a citare di percentuale di sesso che doveva essere presente in quella lista, si riferiva al numero dei candidati assegnati a quel comune. Si è dovuto completare questo comma con l'emendamento, precisando invece che i due terzi o i tre quarti erano riferiti al numero dei candidati di quella lista, che può essere maggiorata del 50% rispetto al numero dei consiglieri assegnati a quel comune, allora è stata completata in questo senso, dicendo che nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore ai tre quarti del numero massimo dei candidati di cui una lista può essere formata. In questo caso il riferimento dei tre quarti è al numero massimo, cioè in un comune di 15 seggi il riferimento è al numero 22.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Damit schließe ich die Debatte zu diesem Abänderungsantrag ab.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir haben nach der Replik keine Möglichkeit mehr zu reden. Das war die Replik.

Bitte schön.

PRESIDENTE: Dichiaro quindi chiusa la discussione sull'emendamento.

Dopo la replica non sussiste più la possibilità di intervenire. Questa era la replica.

Prego, ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Signor Presidente, questa non era una replica, ma una precisazione chiesta direttamente dal cons. Willeit, perché non considero che sia limitativa la replica dell'assessore, ad una proposta che del discorso di questa mattina ne fa un pezzettino e lo schiaccia con il tacco come se fosse una termite.

Lei assessore ha una bella faccia tosta, se mi concede, nell'affermare che vuol difendere le donne nelle amministrazioni comunali future presentando questo emendamento. Mi devo moderare, perché userei termini più forti, non offensivi, ma più forti sicuramente.

Vorrei che i telespettatori a casa capissero cos'è questo emendamento, che è offensivo della dignità delle donne, in quanto elettrici e portatrici del diritto di essere elette nei consigli comunali. La garanzia prevista dalla legge nazionale non prevede questa formulazione truffaldina, perché qui si nasconde la volontà di permettere la non presentazione di nessuna donna in liste. Sì perché lei concede questo a qualcuno che non ha la sua filosofia, ma lei dà l'arma in mano a chi vuol presentare una lista assente di donne.

E' il contrario della mia provocazione del 50%, sa assessore, proprio il contrario, ma mi auguro che rimanga una provocazione, perché come tale deve essere respinta, dato che considero che anche in Alto Adige la dignità di una donna sia alla pari di quella del Trentino, nel mondo poi sono anche la maggioranza.

Lei e chi ha sottoscritto questo emendamento, perché sono corresponsabili con lei, ha offeso e offende tutta la parte altoatesina dell'elettorato attivo, che si chiama "donna". La invito a ritirare questo emendamento, nel rispetto della dignità del voto delle donne e mi auguro che i cofirmatari ne prendano atto.

PRÄSIDENT: Herr Abg. Gasperotti, ich habe Sie fertig reden lassen, weil nicht klar war, ob das Wort dem Ausschuß zur Replik oder nur zur Stellungnahme erteilt worden war. Der Präsident muß fragen, ob sonst noch jemand das Wort will und wenn es niemand mehr verlangt, dann heißt es zur Replik und dann hat niemand mehr, außer der Einbringern, das Recht, zu sprechen. Das war nicht klar und somit habe ich Ihnen das Wort gelassen.

Damit frage ich jetzt endgültig: Möchte noch jemand zu diesem Abänderungsantrag der Abg. Kury, Zendron, Kasslatte, Frasnelli, Christine Mayr, Chiodi das Wort ergreifen?

Abg. Zendron, bitte.

PRESIDENTE: Cons. Gasperotti, l'ho lasciata terminare poiché non era chiaro se era stata concessa la parola alla Giunta per la replica oppure per un intervento. Il Presidente deve chiederlo, poiché altrimenti se altri desiderano intervenire oppure se nessun'altro desidera prendere la parola, allora si passa alla replica ed in tal caso nessuno più ha il diritto di intervenire, eccetto i presentatori. Questo non era chiaro e per questo Le ho concesso la parola.

Chiedo quindi definitivamente chi desidera intervenire in merito all'emendamento della cons. Kury, Zendron, Kasslatte, Frasnelli, Christine Mayr e Chiodi?

Prego, cons. Zendron, ne ha facoltà.

ZENDRON: Brevemente signor Presidente, volevo far notare ai colleghi che nella legge nazionale è previsto la rappresentanza dei tre quarti nei comuni piccoli e poi dei due terzi di riserva per le donne per le liste di candidati della maggior parte dei comuni grandi. Ora chiedo ai colleghi di pensare, se le donne della nostra provincia, perché ormai la provincia di Trento l'abbiamo sistemata e male, devono essere trattate peggio delle donne della Sardegna, della Calabria, del Friuli e del Lazio.

Sono d'accordo con il collega Gasperotti, lo trovo una cosa molto offensiva, che nella nostra regione, dove il doppio della media italiana delle donne lavorano, le donne abbiano una quota più bassa di quella delle altre regioni, solo questa ragione deve essere sufficiente per accettare il nostro emendamento.

PRÄSIDENT: Abg. Atz, bitte schön.

PRESIDENTE: Cons. Atz, a Lei la parola.

ATZ: Ich beantrage wieder die geheime Abstimmung.

(Propongo nuovamente che si proceda alla votazione per scrutinio segreto.)

PRÄSIDENT: Zuerst zur geheimen Abstimmung. Wer stimmt mit Herrn Abg. Atz der geheimen Abstimmung zu? Mindestens fünf Abgeordnete braucht es. Damit ist der geheimen Abstimmung stattgegeben.

Wer meldet sich noch zum Abänderungsantrag zu Wort. Niemand. Dann schließen wir die Debatte ab. Replik keine mehr. Dann stimmen wir ab über den Abänderungsantrag, der vorsieht, daß die Ziffer "drei Viertel" mit "zwei Drittel" ersetzt wird, vorgelegt von den Abg. Kury, Zendron, Kasslatte, Frasnelli, Christine Mayr und Chiodi.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Ein bißchen Ruhe.

Jetzt bitte ich um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Chi aderisce alla proposta avanzata dal cons. Atz di procedere alla votazione per scrutinio segreto? Il numero dei consiglieri richiesto è di almeno cinque. Il numero è sufficiente, pertanto la proposta risulta accolta.

Altri intendono prendere la parola in merito all'emendamento? Nessuno, per cui dichiaro chiusa questa parte del dibattito. Dal momento che l'assessore non intende prendere la parola in sede di replica, passiamo alla votazione dell'emendamento a firma dei cons. Kury, Zendron, Kasslatte, Frasnelli, Christine Mayr e Chiodi teso a sostituire la cifra "tre quarti" con la cifra "due terzi".

Prego distribuire le schede.

I signori consiglieri sono pregati di fare silenzio.

Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Ich bitte um ein bißchen Ruhe, man hört die Namen nicht.

PRESIDENTE: Un attimo di pazienza, non si sentono i nomi.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Bitte wieder Platz zu nehmen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis zum Abänderungsantrag Kury u.a. zum Art. 20 Absatz 3 bekanntgeben:

Abstimmende: 54
Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 28
weiße Stimmzettel: 3

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

PRESIDENTE: I signori consiglieri sono pregati di prendere posto.

Rendo noto l'esito della votazione sull'emendamento dei cons. Kury ed altri presentato in merito al comma 3 dell'art. 20:

Votanti: 54
Voti favorevoli: 23
Voti contrari: 28
schede bianche: 3

L'emendamento risulta respinto.

PRÄSIDENT: Jetzt kommt der Abänderungsantrag des Ausschusses - Giovanazzi, Messner, Grandi. Der Absatz 3 wird durch den nachstehenden ersetzt: "Auf den Kandidatenlisten darf keines der beiden Geschlechter mit mehr als drei Vierteln der Höchstzahl der Kandidaten vertreten sein, die einer Liste zusteht."

Nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore a tre quarti del numero massimo di candidati di cui una lista può essere formata.

Wer meldet sich zu Wort. Niemand, dann stimmen wir über den Abänderungsantrag ab. Wer mit dem Antrag des Ausschusses einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben.

Wer schließt sich dem Antrag zur geheimen Abstimmung an?

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Wir stimmen ab über den Abänderungsantrag des Ausschusses - Giovanazzi, Messner, Grandi - zum Absatz 3 des Artikels 20.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'esame dell'emendamento della Giunta a firma dei cons. Giovanazzi, Messner e Grandi che recita: Il comma 3 è sostituito dal seguente: Nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore a tre quarti del numero massimo di candidati di cui una lista può essere formata.

Chi chiede la parola in merito all'emendamento di cui è testè stato dato lettura? Nessuno, per cui lo pongo in votazione. Chi è a favore dell'emendamento della Giunta è pregato di alzare la mano.

Chi aderisce alla proposta di procedere alla votazione per scrutinio segreto.

Prego distribuire le schede.

E' in votazione l'emendamento della Giunta al comma 3 dell'art. 20 che è stato presentato dai cons. Giovanazzi, Messner e Grandi.

DIVINA: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	53
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	21
weiße Stimmzettel:	6

Damit ist der Abänderungsantrag angenommen.

PRESIDENTE: Rendo noto l'esito della votazione:

votanti:	53
voti favorevoli:	26
voti contrari:	21
schede bianche:	6

L'emendamento risulta approvato.

PRÄSIDENT: Atz, Berger, Mayr: Nach dem Zu- und Vornamen soll folgendes eingefügt werden: und gegebenfalls des Übernamens, vulgo oder Hofnamens.

Dopo le parole nome e cognome sono aggiunte le seguenti parole: e dell'eventuale soprano, del nome volgare o del nome del maso.

Die Frau Abg. Mayr hat das Wort zur Erläuterung.

PRESIDENTE: Pongo ora in discussione un emendamento presentato dai cons. Atz, Berger e Mayr che recita: Dopo le parole nome e cognome sono aggiunte le seguenti parole: e dell'eventuale soprano, del nome volgare o del nome del maso.

La parola alla cons. Mayr per l'illustrazione dell'emendamento.

MAYR CHR.: Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

In Südtirol haben gerade in kleinen Gemeinden sehr viele die gleichen Vor- und Zunamen oder viele Personen sind mit einem Übernamen oder Hofnamen

bekannt. Die Südtiroler Volkspartei hat deshalb diesen Antrag als Zusatz eingereicht, damit gerade in den kleinen Gemeinden die Kandidaten mit den Namen kandidieren können, mit welchem sie bei der Bevölkerung bekannt sind. Danke.

(Stimati colleghe e colleghi!

In Alto Adige, in particolare nei comuni minori, accade spesso che più persone abbiano lo stesso nome e cognome, mentre altre sono conosciute per il loro soprannome o per il nome del maso. Pertanto, la Südtiroler Volkspartei ha presentato l'emendamento aggiuntivo oggetto del presente dibattito, onde permettere soprattutto nei comuni minori che i candidati possano candidarsi con il nome popolare. Grazie.)

PRÄSIDENT: Wortmeldungen? Keine. Dann stimmen wir über diesen Abänderungsantrag ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer Enthält sich der Stimme?

Bei 3 Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola in merito a questo emendamento? Se nessuno intende intervenire, passiamo alla votazione. Chi è a favore dell'emendamento è pregato di alzare la mano. La grande maggioranza. Contrari? Nessuno. Chi si astiene?

Con tre voti d'astensione, nessun voto contrario ed il resto dei voti a favore, l'emendamento risulta approvato.

PRÄSIDENT: Jetzt prüfen wir, ob noch Abänderungsanträge vorliegen.

Absatz 5 Kury: Den letzten Satz des Absatzes streichen.

L'ultima frase del comma 5 è soppressa.

Und dann Benedetti: Al comma 5 dopo il primo periodo vengono inserite le parole: in caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1.

Bei Absatz 5 werden nach den ersten Satz folgende Worte hinzugefügt: Wenn die Wahlen außerhalb des allgemeinen Wahltermins gemäß Art. 16, Absatz 1 stattfinden.

Wortmeldungen?

Bitte schön, Frau Abg. Kury. Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Vi è poi un altro emendamento in merito al comma 5 a firma della cons. Kury teso a stralciare l'ultima frase del comma 5.

Inoltre do lettura di un emendamento presentato dal cons. Benedetti che recita: "Al comma 5 dopo il primo periodo vengono inserite le parola: in caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1."

Chi chiede la parola?

Si è iscritta a parlare la cons. Kury, alla quale concedo la parola.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Es gilt hier dasselbe was für Artikel 19 gegolten hat. Hier hat auch mein Kollege Benedetti einen Abänderungsantrag eingebracht, der umfassender ist. Nachdem er bei Artikel 19 akzeptiert worden ist, nehme ich an, daß dasselbe auch bei Artikel 20 der Fall ist. Insofern gilt unsere Antrag als zurückgezogen.

(La ringrazio signor Presidente!

Le osservazioni fatte in merito all'art. 19 si riferiscono anche a questo articolo. Il collega Benedetti ha presentato un emendamento che è più completo del nostro, e dal momento che in riferimento all'art. 19 è stato accolto ritengo venga approvato anche in riferimento all'art. 20. Il nostro emendamento è pertanto da considerarsi ritirato.)

PRÄSIDENT: Danke schön.

Damit ist der Abänderungsantrag als zurückgezogen erklärt.

Es verbleibt der Antrag der Abg. Benedetti, De Stefani, Bondi. Wortmeldungen dazu? Verlesen habe ich ihn. Keine Wortmeldung. Dann stimmen wir über den Abänderungsantrag der Abg. Benedetti, De Stefani und Bondi ab. Er stammt von heute, 28. September, Prot. 1633, in der Mitte gestempelt. Hier heißt es - ich lese ihn noch einmal vor: "wenn die Wahlen außerhalb des allgemeinen Wahltermins gemäß Art. 16, Absatz 1 stattfinden" - das wird bei Absatz 5 hinzugefügt.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Ohne Gegenstimme bei 5 Enthaltungen genehmigt.

PRÄSIDENTE: La ringrazio. L'emendamento della cons. Kury è pertanto stato ritirato. Permane tuttavia l'emendamento dei cons. Benedetti, De Stefani e Bondi. Qualcuno intende intervenire in merito? Ho già dato lettura di detto emendamento. Non mi pare che vi siano delle richieste d'intervento, per cui passiamo alla votazione. L'emendamento è stato presentato nella giornata odierna, questo è quanto risulta dalla data e dal numero di protocollo, ovvero 28 settembre prot. n. 1633. Darò nuovamente lettura dell'emendamento: Al comma 5 dopo il primo periodo vengono inserite le parola: in caso di elezioni al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1.

Chi è a favore di questo emendamento è pregato di alzare la mano. Contrari. Nessuno. Astenuti?

Con 5 voti d'astensione, nessun voto contrario ed il resto dei voti a favore l'emendamento è accolto.

PRÄSIDENT: Ich habe keine weiteren Abänderungsanträge mehr, somit stimmen wir über den so abgeänderten Artikel 20 ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben? Danke, das ist die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 7 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 7 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen ist der Artikel 20 mehrheitlich genehmigt.

PRESIDENTE: Abbiamo così esaurito tutti gli emendamenti che sono stati presentati e perciò pongo in votazione l'art. 20 così modificato. Chi ne è a favore è pregato di alzare la mano. Grazie, la maggioranza. Contrari? 7 voti contrari. Chi si astiene?

Con 7 voti contrari, 9 voti d'astensione ed il resto dei voti a favore l'art. 20 risulta approvato a maggioranza.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Art. 21.

Der Abg. Divina verliest den Artikel 21 in italienischer Sprache.

PRESIDENTE: Pongo in discussione l'art. 21 ed invito il segretario questore Divina a procedere alla lettura del testo italiano.

DIVINA:

Art. 21

(Presentazione delle candidature nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento e nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano)

1. Nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento, ciascun candidato alla carica di sindaco deve dichiarare all'atto della presentazione della candidatura il collegamento con una o più liste presentate per l'elezione del consiglio comunale. La dichiarazione ha efficacia solo se convergente con analoga dichiarazione resa dai delegati delle liste interessate. Con la presentazione della candidatura alla carica di sindaco deve essere depositato anche il programma amministrativo da affiggere anch'esso all'albo pretorio. Nel caso in cui più liste convergano su uno stesso candidato alla carica di sindaco, tali liste devono presentare il medesimo programma amministrativo e si considerano fra di loro collegate.

2. Nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, congiuntamente alla candidatura alla carica di sindaco, deve essere presentata una candidatura alla carica di vicesindaco. Il candidato alla carica di vicesindaco deve appartenere ad un gruppo linguistico diverso da quello del candidato alla carica di sindaco ed uno dei due candidati deve appartenere al gruppo linguistico secondo per consistenza, qualora tale gruppo rappresenti almeno il 20 per cento della popolazione del comune. Ciascun candidato alla carica di sindaco o di vicesindaco deve dichiarare all'atto della presentazione della candidatura il collegamento con una o più liste presentate per l'elezione del consiglio comunale. La dichiarazione ha efficacia solo se convergente con analoga dichiarazione resa dai delegati delle liste interessate. Con la presentazione della candidatura alla carica di sindaco e di vicesindaco deve essere depositato, per l'affissione all'albo pretorio, il programma amministrativo il quale può prevedere la possibilità dell'alternanza nella carica di sindaco e vicesindaco nel corso del mandato. Nel caso in cui più liste convergano sugli stessi candidati alla carica di sindaco

e di vicesindaco, tali liste devono presentare il medesimo programma amministrativo e si considerano fra di loro collegate.

3. Nei comuni della provincia di Bolzano, i collegamenti eventualmente effettuati ai sensi e per i fini di cui all'articolo 35 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5, devono corrispondere a quelli previsti dal comma 2.

4. Ogni lista di candidati per il consiglio comunale deve essere collegata con un candidato alla carica di sindaco. Nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, ogni lista di candidati deve essere collegata con un candidato alla carica di sindaco e con il relativo candidato alla carica di vicesindaco.

5. Per i comuni della provincia di Trento, nessuna lista può comprendere un numero di candidati superiore al numero dei componenti del consiglio da eleggere, né inferiore a tre quarti, con arrotondamento all'unità superiore qualora il numero dei candidati da comprendere in ogni lista contenga una cifra decimale superiore a cinquanta. Nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore ai tre quarti dei consiglieri assegnati.

6. Per i Comuni della provincia di Bolzano, nessuna lista può comprendere un numero di candidati inferiore a tre né superiore al numero dei componenti del consiglio da eleggere, aumentato della metà. Qualora il numero dei consiglieri da eleggere sia dispari, il numero massimo dei candidati è arrotondato all'unità superiore. Nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore a due terzi.

7. I candidati, contrassegnati da numeri arabi progressivi, devono essere elencati con l'indicazione del cognome, nome, luogo e data di nascita e, nella provincia di Bolzano, con l'indicazione del gruppo linguistico di appartenenza o di aggregazione.

8. Nessuno può essere contemporaneamente candidato alla carica di sindaco, di vicesindaco e di consigliere comunale nello stesso comune o in comuni diversi. Chi riveste già la carica di sindaco in un comune, non può presentarsi come candidato in altri comuni.

9. Nessuno può essere candidato alla carica di consigliere comunale in più di una lista nello stesso comune né può presentarsi come candidato in più di un comune. Chi già riveste la carica di consigliere in un comune, non può presentarsi come candidato in altri comuni.

PRÄSIDENT: Abg. Denicolò liest den deutschen Text. Danke.

PRESIDENTE: Prego ora il cons. Denicolò di dare lettura del testo tedesco dell'articolo.

DENICOLO':

Art. 21

(Vorlegung der Kandidaturen in den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und in den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern)

1. In den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern muß jeder Kandidat für das Amt eines Bürgermeisters bei der Vorlegung seiner Kandidatur die Verbindung mit einer oder mehreren Listen erklären, die für die Wahl des Gemeinderates vorgelegt werden. Die Erklärung ist nur dann wirksam, wenn sie mit der entsprechenden von den Beauftragten der betroffenen Liste abgegebenen Erklärung übereinstimmt. Bei der Vorlegung der Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters muß auch das Verwaltungsprogramm hinterlegt werden, das ebenfalls an der Amtstafel anzuschlagen ist. Im Falle, daß mehrere Listen ein und denselben Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters vorschlagen, müssen diese Listen dasselbe Verwaltungsprogramm vorlegen und sie werden als untereinander verbunden betrachtet.
2. In den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern muß zusammen mit der Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters auch die Kandidatur für das Amt eines Vizebürgermeisters vorgelegt werden. Der Kandidat für das Amt eines Vizebürgermeisters muß einer anderen Sprachgruppe als jener des Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters angehören, und einer der beiden Kandidaten muß der zweitstärksten Sprachgruppe angehören, falls diese Gruppe wenigstens 20 Prozent der Bevölkerung der Gemeinde erreicht. Jeder Kandidat für das Amt eines Bürgermeisters oder eines Vizebürgermeisters muß bei der Vorlegung seiner Kandidatur die Verbindung mit einer oder mehreren Listen erklären, die für die Wahl des Gemeinderates vorgelegt werden. Die Erklärung ist nur dann wirksam, wenn sie mit der entsprechenden von den Beauftragten der betroffenen Listen abgegebenen Erklärung übereinstimmt. Bei der Vorlegung der Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters muß für den Anschlag an der Amtstafel das Verwaltungsprogramm hinterlegt werden, in dem die Möglichkeit der Abwechslung des Amtes eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters im Laufe der Amtszeit vorgesehen werden kann. Im Falle, daß mehrere Listen ein und denselben Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters vorschlagen, müssen diese Listen dasselbe Verwaltungsprogramm vorlegen und sie werden als untereinander verbunden betrachtet.
3. In den Gemeinden der Provinz Bozen müssen die eventuell im Sinne und für die Zwecke des Artikels 35 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 hergestellten Listenverbindungen den im Absatz 2 vorgesehenen Verbindungen entsprechen.
4. Jede Liste von Kandidaten für den Gemeinderat muß mit einem Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters verbunden sein. In den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern muß jede Kandidatenliste mit einem Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters und mit dem entsprechenden Kandidaten für das Amt eines Vizebürgermeisters verbunden sein.
5. Was die Gemeinden der Provinz Trient anbelangt, darf keine Liste eine Anzahl von Kandidaten umfassen, die höher als die Anzahl der zu wählenden Ratsmitglieder ist oder unter drei Vierteln dieser Anzahl liegt. Diese Anzahl ist auf die nächsthöhere ganze Zahl aufzurunden, falls die Anzahl der in einer jeden Liste einzuschließenden Kandidaten eine Dezimalziffer über 50 enthält. Auf den Kandidatenlisten soll keines der

zwei Geschlechter mit mehr als drei Vierteln der zugewiesenen Ratsmitglieder vertreten sein.

6. Was die Gemeinden der Provinz Bozen anbelangt, darf keine Liste eine Anzahl von Kandidaten enthalten, die unter drei liegt oder die Anzahl der zu wählenden Ratsmitglieder überschreitet, welche um die Hälfte erhöht wird. Falls die Anzahl der zu wählenden Ratsmitglieder ungerade ist, wird die Höchstzahl auf die nächsthöhere ganze Zahl aufgerundet. Auf den Kandidatenlisten kann keines der beiden Geschlechter mit mehr als zwei Dritteln vertreten sein.

7. Die Namen der Kandidaten, die mit laufenden arabischen Ziffern gekennzeichnet werden, müssen mit der Angabe des Zu- und Vornamens sowie des Geburtsorts und -datums angeführt werden, und in der Provinz Bozen muß die Sprachgruppenzugehörigkeit oder -angliederung angegeben werden.

8. Niemand darf als Kandidat für das Amt eines Bürgermeisters, eines Vizebürgermeisters und eines Gemeinderatsmitgliedes in derselben Gemeinde oder in verschiedenen Gemeinden auftreten. Wer bereits in einer Gemeinde das Amt eines Bürgermeisters bekleidet, darf nicht gleichzeitig als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten.

9. Niemand darf als Kandidat für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes auf mehreren Listen derselben Gemeinde aufgestellt werden oder in verschiedenen Gemeinden als Kandidat auftreten. Wer bereits in einer Gemeinde das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes bekleidet, darf nicht als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu den Abänderungen.

Wir fangen mit Benedikter, Leitner Klotz an - zur Überschrift... Im Widerspruch zur Abstimmung. Zurückgezogen.

Zum ersten Absatz der Antrag des Abg. Bondi: Im Absatz 1 werden die Worte "der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern" durch die Worte "der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 10.000 Einwohnern und der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern" ersetzt.

Das ist ebenfalls im Widerspruch zu den bereits getroffenen Beschlüssen. Also erklären wir es als verfallen.

Dann kommen wir immer zum Absatz 1 Art. 21 Chiodi: Le parole "o più liste presentate" sono sostituite dalle parole "lista presentata". Nel secondo periodo del comma 1 le parole "delle liste interessate" sono sostituite dalle parole "della lista presentata". L'ultimo periodo del comma 1: "Nel caso in cui più liste... fra di loro collegate" è soppresso.

Ich glaube, das ist zulässig.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'esame degli emendamenti che sono stati presentati in merito a questo articolo, di cui il primo a firma dei cons. Benedikter, Leitner e Klotz relativo al titolo... L'emendamento viene ritirato in quanto in contrasto con quanto è già stato posto in votazione.

Il cons. Bondi ha presentato un emendamento al comma 1 che recita: Al comma 1 le parole "3.000 abitanti della provincia di Trento" sono sostituite dalle parole "10.000 abitanti nella provincia di Trento e 13.000 abitanti nella provincia di Bolzano."

Anche questo emendamento è in contrasto con delle deliberazioni adottate, pertanto deve essere dichiarato decaduto.

Sempre in merito al comma 1 dell'art. 21 risulta presentato un emendamento a firma della cons. Chiodi che recita: Le parole "o più liste presentate" sono sostituite dalle parole "lista presentata." Nel secondo periodo del comma 1 le parole "delle liste interessate" sono sostituite dalle parole "della lista presentata". L'ultimo periodo del comma 1: "Nel caso in cui più liste... fra di loro collegate" è soppresso.

Ritengo che questo emendamento possa essere ammesso.

DENICOLO': In Artikel 21 Absatz 1 werden die Worte "oder mehreren Liste..., ...vorgelegt werden" durch die Worte "Liste..., ...vorgelegt wird" ersetzt. Im zweiten Satz des ersten Absatzes werden die Worte "der betroffenen Liste" durch die Worte "der vorgelegten Liste" ersetzt. Der letzte Satz des ersten Absatzes "Im Falle, daß mehrere Listen... als untereinander verbunden betrachtet" wird gestrichen.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zum Abänderungsantrag zu Wort?

Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Alessandrini. Bitte schön.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'emendamento?

Si è iscritto a parlare il cons. Alessandrini. Prego consigliere, ne ha facoltà.

ALESSANDRINI: Grazie, signor Presidente. Il senso letterale di questo emendamento mi pare chiaro; vorrei spendere qualche parola per illustrare il significato politico di questa proposta. Ho già detto in altri interventi, che la nostra iniziativa si proponeva di partire dai dati politici acquisiti dalla legge nazionale e cercava di fare qualche passo in avanti, nel senso di contribuire alla qualità dei nostri ordinamenti democratici. Questo è un emendamento che si colloca in quella direzione e che parte dalla consapevolezza che le analoghe disposizioni in sede nazionale, quelle che prevedevano la possibilità che ad un unico candidato sindaco fossero collegate più liste, è stato il frutto di una tendenza compromissoria fra volontà profondamente riformatrici e resistenze immesse da logiche di partitocrazia tradizionale.

La nostra proposta prevede che ad un candidato sindaco corrisponda un'unica lista di consiglieri. E' una proposta sensata, va nella direzione di semplificare il quadro politico, di rafforzare le maggioranze e quindi di rendere più coerente e responsabile il rapporto fra cittadini ed i propri governi municipali.

Una proposta come questa nasce da riflessioni che sono state condotte su altre esperienze che riguardano le dinamiche elettorali, ho già citato una frase di Mandes Fras del 1951, ebbene nel '51 un'analogha legislazione nazionale per la Francia venne,

sulla base dell'esperienza poi seguita, chiamata legge scellerata, perché in sostanza mancava quel principio di chiarezza dei principi e di probità del meccanismo elettorale, che è il requisito fondamentale di una legge elettorale.

Quindi invito i consiglieri a valutare attentamente questo emendamento, certo c'è una prospettiva diversa da quella indicata dalla Giunta, questo emendamento tende a formare vere e proprie coalizioni di governo, evita che liste alleate, perché si riconoscono sul medesimo candidato sindaco, diventino poi concorrenti nel momento che si fa la battaglia elettorale per ottenere il voto di lista.

Quindi per tutti questi motivi credo che agevolare la formazione di coalizioni di governo, tendenzialmente più stabili, evitare che alleanze elettorali si tramutino in competizioni per conquistare il voto di lista, tutto ciò milita a rendere più razionale il sistema politico, avendo un sistema elettorale coerente con questo obiettivo.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento Chiodi? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 5 voti favorevoli, 7 voti di astensione e tutti gli altri contrari l'emendamento è respinto.

C'è un altro emendamento a firma Bondi, che recita: il secondo e terzo comma e il secondo periodo del quarto comma sono soppressi.

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 6 voti favorevoli, 9 voti di astensione e tutti gli altri contrari l'emendamento è respinto.

Abbiamo un emendamento della Giunta, che recita: il primo comma recita: dopo le parole "della provincia di Trento", sono inserite le parole "e da 13.000 abitanti della provincia di Bolzano".

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Votiamo questa parte dell'emendamento. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 5 voti contrari, 6 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli il primo comma dell'emendamento è approvato.

C'è un altro emendamento, sempre a firma della Giunta, che recita: il comma 2 è soppresso. Lo pongo in votazione. E' stata chiesta la verifica del numero legale. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 36 voti favorevoli e 2 astenuti l'emendamento è approvato.

C'è un altro emendamento della Giunta al comma 4, che recita: "Nei comuni con popolazione superiore ai 13.000 abitanti della provincia di Bolzano ogni lista di candidati deve essere collegata con un candidato alla carica di sindaco e con il relativo candidato alla carica di vicesindaco" sono soppresse.

Qualcuno intende intervenire? Con 6 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

C'è un emendamento a firma Bondi, modificativo dell'art. 21, che recita: al quarto comma le parole "tre quarti" sono sostituite con "due terzi". L'emendamento è ritirato.

C'è un altro emendamento al comma 5, a firma Chiodi, che recita: le parole dell'ultimo periodo "ai tre quarti di consiglieri assegnati", sono sostituite dalle parole "ai due terzi".

La parola alla collega Chiodi.

CHIODI: Non intendo illustrarlo, perché si rifà al discorso di questa mattina, avevo quasi pensato di ritirarlo, però ho deciso di lasciarlo e chiedo che venga votato a scrutinio segreto.

PRESIDENTE: Va bene. Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

votanti	54
schede favorevoli	21
schede contrarie	29
schede bianche	3
schede nulle	1

Il Consiglio non approva l'emendamento Chiodi.

C'è un subemendamento all'emendamento, a firma Kury, Zendron, Kasslatte, Frasnelli, Mayr e Chiodi, al comma 6: la cifra "tre quarti" è sostituita dalla cifra "due terzi".

Qualcuno intende intervenire? La parola alla cons. Kury.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Ich würde doch gerne warten bis einige der männlichen Kollegen den Saal betreten haben.

(La ringrazio signor Presidente!

Mi permetta di attendere che qualche collega di sesso maschile sia presente in aula.)

PRESIDENTE: Cons. Kury lei ha facoltà di parlare, prego i consiglieri di prendere posto e di fare silenzio.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Wir haben heute und gestern schon ausgiebig über dieses Problem hier diskutiert. Es geht um die Beteiligung der Frauen und um die Quotenregelung.

Ich möchte die Geduld einiger Männer in diesem Saal nicht länger als notwendig strapazieren und werde mich kurz fassen, und zwar vor allem seitdem ich weiß, daß Herr Boldrini genauestens darüber wacht, wie lange die Beiträge der Frauen sind und es dann als männlichen Großmut auslegt, wenn er die Frauen auch ausreden läßt.

Ich möchte einen Augenblick eben noch einmal die Aufmerksamkeit der Abgeordneten darauf konzentrieren, wenn es möglich ist, um was es hier jetzt im konkreten geht. Es geht um die Regelung für Südtirol, was mit sich bringt, daß alle juristischen Probleme, die für die Provinz Trient sicherlich mit Recht zu berücksichtigen gewesen sind, jetzt nicht mehr zutreffen. Also es gibt keine juristischen Probleme, in diesem Falle unserem Abänderungsantrag zuzustimmen, das erstens.

2. Es handelt sich hier um die Listenerstellung von großen Gemeinden, also in den Gemeinden mit über 13.000 Einwohner. Wir sind hier wirklich schlechter als das Staatsgesetz, wenn wir das hier ablehnen. Im Staatsgesetz ist ganz eindeutig festgesetzt, daß in den Gemeinden über 15.000 Einwohner die Kandidaten zwei Drittel desselben Geschlechts ausmachen dürfen.

3. Es handelt sich hier um eine ganz deutliche Willensäußerung aller hier vertretenen Frauen im Regionalrat, wobei sie sich über die Parteien hinweg eben zu dieser Willensäußerung bekennen, und ich fände es tatsächlich von der Männerwelt ein starkes Stück, wenn sie zwei Tage lang hier bekräftigen, daß sie daran interessiert sind, daß die Frauen politische Mitsprache in allen Gremien erreichen und dann gleichzeitig im selben Atemzug einer politischen Willenserklärung aller Frauen hier widersprechen bzw. diese Willensäußerung mit Füßen treten. Damit würden sie sich selbst entlarven, wie sehr sie es ernst meinen mit ihren verbalen Kundgebungen in diesem Saal.

(La ringrazio signor Presidente!

Nel corso della seduta svoltasi ieri ed anche oggi abbiamo avuto modo di discutere esaustivamente su questo argomento relativo alla partecipazione delle donne e di un certa quota da riservare a quest'ultime.

Non desidero ulteriormente mettere alla prova la pazienza dei signori qui presenti e pertanto non mi dilungerò, anche in considerazione del fatto che il cons. Boldrini puntigliosamente controlla la durata degli interventi femminili, ritenendo inoltre una dote maschile quella di non aver interrotte le rappresentanti femminili nei propri interventi.

Desidero brevemente richiamare l'attenzione dei consiglieri sul il nocciolo della questione. E' in discussione la regolamentazione da adottarsi per la provincia di Bolzano, e di conseguenza le perplessità di natura giuridica sollevate in relazione alla provincia di Trento non sono pertinenti. Pertanto, in primis, desidero far presente che non persistono problemi giuridici di alcun genere che possano impedire l'accoglimento dell'emendamento di cui siamo titolari.

In secondo luogo desidero dire quanto segue: si tratta della formazione delle liste dei comuni maggiori ovvero quelli aventi popolazione superiore a 13.000 abitanti. In proposito non posso che constatare che quanto proposto risulta peggiore

rispetto al dettato della legge nazionale che stabilisce espressamente che nei comuni con popolazione superiore a 15.000 abitanti nessuno dei due candidati può essere rappresentato in misura superiore ai due terzi.

Terzo: Si tratta di una volontà espressa chiaramente dalle rappresentanti femminili qui presenti, un volontà che non si ferma ai confini partitici. Pertanto sarebbe alquanto assurdo se gli uomini qui presenti, che per due giorni interi si sono espressi a favore di una maggior coinvolgimento politico delle donne in tutti gli organi, si accingessero ora non solo a non tenere in considerazione la volontà espressa dalle colleghe femminili, ma addirittura la calpestassero. In tal caso smascherebbero se stessi, ovvero dimostrerebbero quanto sono fondate le affermazioni fatte in quest'aula.)

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Pongo in votazione il subemendamento. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 14 voti favorevoli, 16 contrari e nessun astenuto il subemendamento è respinto.

In questa confusione non posso rifiutarmi di fare una verifica al voto, però consiglieri vi prego di non uscire ed entrare dall'aula, dovete restare ai vostri posti se vogliamo andare avanti con i lavori, perché ho già detto che dobbiamo resistere fino all'esaurimento di questo punto all'ordine del giorno, perché così è stato concordato nella conferenza di capigruppo. Le raccomandazioni che ho fatto questa mattina, di cercare di usare quel pizzico di buon senso, che a volte aiuta la Presidenza a far bene il suo lavoro, ma anche nel procedere con i lavori.

E' stata chiesta la verifica del voto. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 13 voti favorevoli, 23 contrari e 2 astenuti il Consiglio respinge il subemendamento.

Pongo in votazione l'emendamento al comma 6 a firma della Giunta. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 20 voti favorevoli, 5 contrari e 4 astenuti il Consiglio approva.

C'è un emendamento della Giunta, al comma 7, che recita: dopo le parole "luogo e data di nascita" sono inserite le parole "ed eventualmente del soprannome del luogo o del nome volgare".

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 3 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

Altro emendamento della Giunta, al comma 8, recita: le parole "di vicesindaco" sono soppresse.

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 2 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

Altro emendamento, a firma Benedetti, De Stefani e Bondi ai commi 8 e 9: dopo il primo periodo vengono inserite le parole "in caso di elezione al di fuori del turno elettorale generale di cui all'art. 16, comma 1".

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? L'emendamento è approvato all'unanimità.

L'emendamento a firma Kury e Zendron al comma 9 è ritirato, come pure quello a firma Bondi.

Non ci sono più emendamenti. Qualcuno intende intervenire sull'art. 21? La parola al cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: E' difficile illustrare una posizione univoca su un articolo complesso come questo, però volevo dichiarare che voterò contro, non essendo stato accolto un emendamento importante, che tendeva a qualificare questa legge, facendo tesoro della lezione che ci dà la stessa applicazione della legge nazionale, oltre che la lezione che ci proviene dalla lettura delle vicende delle leggi elettorali in altri paesi d'Europa.

Il mio voto contrario è anche motivato dal fatto che su un argomento della portata politica, quale quella che ho cercato di illustrare, non ho sentito l'opinione della Giunta e questo mi conferma che l'insieme di questo disegno di legge è stato formulato in assenza di una chiara precisazione di principi politici, attraverso i quali ordinare i sistemi elettorali dei nostri comuni.

Ho ricordato più volte che una legge elettorale si misura proprio sulla chiarezza e la trasparenza dei principi che la governano, il problema che ho posto era di enorme portata rispetto al favorire coalizioni e maggioranze di governo autorevoli, forti, coerenti al proprio interno e capaci di presentarsi agli elettori con un volto unico, che evitasse innanzitutto che le alleanze, nella scelta dei candidati sindaci, si tramutassero poi in competizione quando si va alla ricerca del voto di lista.

Per tutti questi motivi confermo un voto non favorevole su questo articolo, una posizione che credo sia condivisa anche dalla mia collega Chiodi.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'art. 21? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 7 voti contrari, 4 astensioni e tutti gli altri favorevoli l'articolo è approvato.

Art. 22

(Modalità di presentazione delle candidature)

1. Con la candidatura alla carica di sindaco e, ove previsto, con la congiunta candidatura alla carica di vicesindaco e con le liste dei candidati a consigliere comunale, devono essere presentati:

- a) tre esemplari del contrassegno a colori, anche figurato, contenuto in un cerchio di cm 10 di diametro e tre esemplari del medesimo contrassegno contenuto in un cerchio di cm 2 di diametro. Nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento ed a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, le candidature alla carica di sindaco o di sindaco e vicesindaco devono essere accompagnate dai contrassegni di tutte le liste ad esse collegate;
- b) il certificato, rilasciato per ogni candidato dal sindaco competente, attestante l'iscrizione nelle liste elettorali; per i comuni della provincia di Bolzano, tale

- certificato deve inoltre contenere l'attestazione che il candidato è in possesso del diritto di voto per l'elezione dei consigli comunali nella provincia medesima;
- c) la dichiarazione di accettazione della candidatura la cui firma deve essere autenticata, secondo quanto stabilito dall'articolo 14 della legge 21 marzo 1990, n. 53. Sono competenti ad eseguire le autenticazioni delle firme anche i giudici di pace ed i segretari giudiziari. Qualora il candidato si trovi all'estero, l'autenticazione della firma è richiesta alla Autorità diplomatica o consolare. La dichiarazione di accettazione della candidatura deve contenere l'esplicita dichiarazione del candidato di non essere in alcuna delle condizioni previste dal comma 1 dell'articolo 15 della legge 19 marzo 1990, n. 55, come sostituito dall'articolo 1 della legge 18 gennaio 1992, n. 16 e successive modificazioni. Nei comuni della provincia di Bolzano, la dichiarazione di accettazione della candidatura deve essere accompagnata dal certificato di appartenenza o di aggregazione ad un gruppo linguistico rilasciato ai sensi dell'articolo 18 del decreto del Presidente della Repubblica 26 luglio 1976, n. 752, come sostituito dall'articolo 1 del decreto legislativo 1° agosto 1991, n. 253. Inoltre, nei comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, la dichiarazione di accettazione della candidatura deve contenere l'eventuale espressa rinuncia alla candidatura alla carica di sindaco; nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento e superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, deve contenere l'indicazione della lista o delle liste collegate. Nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, ciascun candidato alla carica di sindaco e ciascun candidato alla carica di vicesindaco devono indicare quale, tra le liste ad essi collegate, deve essere considerata lista di riferimento ai fini dell'assegnazione dei seggi per il consiglio comunale;
 - d) copia del programma amministrativo; per la provincia di Bolzano solo nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti;
 - e) l'indicazione di uno o due delegati i quali abbiano la facoltà di designare un rappresentante di lista presso ogni seggio e presso l'ufficio centrale, nonché di effettuare, per i comuni della provincia di Bolzano, le dichiarazioni di collegamento della lista ai sensi dell'articolo 35 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5;
 - f) nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento ed a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano con le liste dei candidati devono essere presentate le dichiarazioni di collegamento con un candidato alla carica di sindaco; le stesse devono essere convergenti con l'analoga dichiarazione rilasciata dal candidato medesimo.

2. Le dichiarazioni di collegamento di cui all'articolo 35 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 possono essere presentate alla commissione o sottocommissione elettorale circondariale entro le ore 9 del giorno successivo alla scadenza del termine per la presentazione delle liste.

3. Le designazioni e le dichiarazioni devono essere fatte per iscritto e la firma dei delegati deve essere autenticata dai soggetti indicati dall'articolo 14 della legge 21 marzo 1990, n. 53 o dai giudici di pace o dai segretari giudiziari.

4. Le liste e gli allegati devono essere presentati alla segreteria del comune nelle ore d'ufficio nel periodo compreso tra il trentaquattresimo giorno e le ore 12 del trentunesimo giorno antecedente quello della votazione. Le liste accompagnate da contrassegni identici a quelli depositati presso la Giunta provinciale devono essere presentate da persona munita di delega rilasciata da uno o più dirigenti regionali o provinciali del partito o del raggruppamento politico che ha depositato il contrassegno con la contestuale attestazione del Presidente della Giunta provinciale dalla quale risulti che i predetti dirigenti sono autorizzati a rilasciare le deleghe per la presentazione delle liste medesime.

5. Il segretario comunale o il dipendente comunale da lui delegato rilascia ricevuta degli atti presentati, indicando il giorno, l'ora e il numero progressivo della presentazione e provvede a rimmetterli, nel pomeriggio del trentunesimo giorno antecedente quello della votazione, alla commissione o sottocommissione elettorale circondariale competente per territorio.

All'art. 22 sono stati presentati alcuni emendamenti.

Il primo a firma della Giunta: nel comma 1 le parole: "ove previsto con la congiunta candidatura alla carica di vicesindaco" sono soppresse. Alla lettera a) del comma 1 le parole "o il sindaco o il vicesindaco" sono soppresse. Alla lettera c) del comma 1 le parole "ciascun candidato alla carica di vicesindaco" devono essere sostituite dalle parole "deve" e la parola "essi" è sostituita dalla parola "esso".

Altro emendamento, a firma Benedikter, Leitner e Klotz viene ritirato.

Altro emendamento a firma Kury e Zendron, al comma 1, lettera c) la seguente dizione: "Inoltre, nei comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, la dichiarazione di accettazione della candidatura deve contenere l'eventuale espressa rinuncia alla candidatura alla carica di sindaco" viene soppressa nel testo italiano prima delle parole "deve contenere" sono inserite le parole "la dichiarazione di accettazione della candidatura".

Sempre all'art. 22, al primo comma, la lettera d) le parole "per la provincia di Bolzano solo nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti" sono soppresse.

Prego dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO':

Art. 22

(Formvorschriften für die Vorlegung der Kandidaturen)

1. Zusammen mit den Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters und, sofern vorgesehen, mit der verbundenen Kandidatur für das Amt eines Vizebürgermeisters sowie mit den Listen der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitglieds sind ebenfalls vorzulegen:

- a) drei Ausfertigungen des farbigen, auch bildlich dargestellten, in einem Kreis von 10 cm Durchmesser enthaltenen Listenzeichens und drei Ausfertigungen desselben

Listenzeichens in einem Kreis von 2 cm Durchmesser. In den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern müssen den Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters bzw. eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters die Listenzeichen sämtlicher Listen beigelegt werden, die mit diesen Kandidaturen verbunden sind;

- b) die vom zuständigen Bürgermeister für jeden Kandidaten ausgestellte Bescheinigung, durch welche die Eintragung in die Wählerlisten bestätigt wird. Für die Gemeinden der Provinz Bozen muß diese Bescheinigung außerdem den Nachweis enthalten, daß der Kandidat das Stimmrecht für die Wahl der Gemeinderäte in dieser Provinz besitzt;
- c) die Erklärung über die Annahme der Kandidatur, deren Unterschrift gemäß den Bestimmungen des Artikels 14 des Gesetzes vom 21. März 1990, Nr. 53 beglaubigt sein muß. Für die Beglaubigung der Unterschriften sind auch die Friedensrichter und die Sekretäre der Gerichtsämter zuständig. Falls sich der Kandidat im Ausland befindet, wird die Beglaubigung der Unterschrift bei einem Amt einer diplomatischen Vertretung oder eines Konsulats angefordert. Die Erklärung über die Annahme der Kandidatur muß die ausdrückliche Angabe des Kandidaten enthalten, daß für ihn keine der Bedingungen zutrifft, welche im Artikel 15 Absatz 1 des Gesetzes vom 19. März 1990, Nr. 55, ersetzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Jänner 1992, Nr. 16 mit seinen späteren Änderungen, vorgesehen sind. In den Gemeinden der Provinz Bozen muß der Erklärung über die Annahme der Kandidatur außerdem die Bescheinigung über die Sprachgruppenzugehörigkeit oder über die Sprachgruppenangliederung beigelegt werden, die im Sinne des Artikels 18 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752, ersetzt durch Artikel 1 des Legislativdekretes vom 1. August 1991, Nr. 253, auszustellen ist. Weiters hat die Erklärung über die Annahme der Kandidatur in den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung bis zu 13.000 Einwohnern gegebenenfalls den ausdrücklichen Verzicht auf die Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters zu enthalten, in den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern hat die besagte Erklärung die Angabe der verbundenen Liste oder der verbundenen Listen zu enthalten. In den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern muß jeder Kandidat für das Amt eines Bürgermeisters und jeder Kandidat für das Amt eines Vizebürgermeisters angeben, welche der mit ihm verbundenen Listen für die Zwecke der Zuteilung der Sitze im Gemeinderat als Bezugsliste zu betrachten ist;
- d) eine Ausfertigung des Verwaltungsprogrammes für die Provinz Bozen, aber nur in den Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern;
- e) die Angabe eines oder zweier Beauftragten, die dazu befugt sind, einen Listenvertreter für jeden Wahlsprengel und für die Hauptwahlbehörde vorzuschlagen sowie für die Gemeinden der Provinz Bozen die Erklärungen über

die Listenverbindungen gemäß Artikel 35 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 abzugeben.

f) in den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern müssen zusammen mit den Kandidatenlisten die Erklärungen über die Verbindung mit einem Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters vorgelegt werden; diese müssen mit der entsprechenden Erklärung des betreffenden Kandidaten übereinstimmen.

2. Die Erklärungen über die Listenverbindungen gemäß Artikel 35 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 können der Bezirkswahlkommission oder der Bezirkswahlunterkommission bis 9 Uhr des Tages eingereicht werden, der dem Ablauf der Frist für die Vorlegung der Listen folgt.

3. Die Namhaftmachungen und die Erklärungen müssen schriftlich erfolgen, und die Unterschrift der Beauftragten muß von den im Artikel 14 des Gesetzes vom 21. März 1990, Nr. 53 angeführten Personen bzw. von den Friedensrichtern oder den Sekretären der Gerichtsämter beglaubigt werden.

4. Die Listen und Beilagen müssen während der Amtsstunden im Zeitraum zwischen dem vierunddreißigsten Tag und 12 Uhr des einunddreißigsten Tages vor dem Wahltag beim Sekretariat der Gemeinde eingereicht werden. Die Listen, denen Listenzeichen beiliegen, welche mit den beim Landesauschuß hinterlegten Listenzeichen identisch sind, müssen von einer Person vorgelegt werden, die mit einer Vollmacht ausgestattet ist, welche von einem oder mehreren Leitern auf Regional- oder Landesebene der Partei oder der politischen Gruppierung ausgestellt wurde, die das Listenzeichen hinterlegt hat, zusammen mit der Bescheinigung des jeweiligen Landeshauptmanns, aus der hervorgeht, daß die genannten Leiter ermächtigt sind, die Vollmachten für die Vorlegung dieser Listen auszustellen.

5. Der Gemeindesekretär oder der von ihm beauftragte Gemeindebeamte stellt eine Bestätigung über den Empfang der vorgelegten Unterlagen aus, wobei er den Tag, den Zeitpunkt und die fortlaufende Nummer der Vorlegung angibt, und übermittelt diese am Nachmittag des einunddreißigsten Tages vor dem Wahltag an die gebietlich zuständige Bezirkswahlkommission bzw. Bezirkswahlunterkommission.

Abänderungsanträge sind eingegangen von der Regierung, bezogen auf den Absatz 1, und zwar: Im Absatz 1 werden die Worte "sofern vorgesehen, mit der verbundenen Kandidatur für das Amt eines Vizebürgermeisters sowie" gestrichen.

Im Absatz 1 Buchstabe a) werden die Worte "bzw. eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters" gestrichen.

Im Absatz 1 Buchstabe c) werden die Worte "und jeder Kandidat für das Amt eines Vizebürgermeisters" gestrichen.

Der Antrag der Abg. Alfons Benedikter, Leitner und Klotz ist zurückgezogen.

Es liegt ein weiterer Abänderungsantrag vor, eingereicht von den Abg. Kury und Zendron, bezogen auf den Absatz 1 Buchstabe c): Es wird folgender Text

gestrichen: Weiters hat die Erklärung über die Annahme der Kandidatur in den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung bis zu 13.000 Einwohnern gegebenenfalls den ausdrücklichen Verzicht auf die Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters zu enthalten,... Der Ausdruck "besagte Erklärung" ist durch "Erklärung über die Annahme der Kandidatur" zu ersetzen.

Im ersten Absatz Buchstabe d) der Text "aber nur in den Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern" wird gestrichen.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire? La parola alla cons. Kury.

KURY: Danke schön Herr Präsident.

Ich möchte den ersten Abänderungsantrag zum ersten Absatz, Buchstabe c) zurückziehen, und zwar deshalb, weil bereits im Artikel 20 ein entsprechender Abänderungsantrag von mir nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat. Damals bereits ging es darum, daß alle Listen einen Bürgermeisterkandidaten spezifizieren sollen. Das wurde abgelehnt und insofern ist auch dieser Hinweis hier überflüssig.

Beibehalten bleibt der Artikel 22, erster Absatz, Buchstabe d). Allerdings möchte ich darauf hinweisen, daß es zwischen dem deutschen und dem italienischen Text einen sinnstörenden Unterschied gibt, und zwar ist der Beistrich falsch gesetzt, im deutschen Text nehme ich an. Frau Dr. Gentile hat mich vorher liebenswürdigerweise darauf hingewiesen, wenn Sie bitte das auch vergleichen. Im deutschen Text ist der Beistrich unter Buchstabe d) nach der Provinz Bozen und im italienischen Text nach dem Verwaltungsprogramm. Damit entsteht eine Sinnverzerrung. Ich beziehe mich jetzt in meiner Abänderung auf den deutschen Text und habe deshalb die Provinz Bozen nicht mehr ausdrücklich spezifiziert. Beim italienischen Text, bitte, möchte ich meinen Abänderungsantrag dahingehend abändern, daß er heißt: Le parole "per la provincia di Bolzano solo nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti" sono soppresse. Also einfügen "per la provincia di Bolzano". Das ist notwendig geworden, weil sich eben aufgrund des Beistrichunterschieds der Inhalt nicht mehr deckt.

Ich erkläre jetzt kurz das Anliegen dieses Abänderungsantrages. Wie schon bereits bei Art. 20 von mir erklärt, handelt sich um die Direktwahl des Bürgermeisters, ein Bürgermeister, der mit großer Macht ausgestattet ist. Ich glaube, es ist mehr als recht und billig, daß jeder Bürgermeisterkandidat ein Verwaltungsprogramm vorlegt. In dem von der Kommission verabschiedeten Text ist nur die Provinz Trient dazu verpflichtet, daß der Bürgermeister ein Verwaltungsprogramm vorlegt und für die Provinz Bozen nur bei Gemeinden über 13.000. Deshalb dieser Abänderungsantrag, daß das auch für die Provinz Bozen in allen Gemeinden notwendig ist. Danke schön.

(Grazie, signor Presidente!

Ritiro il primo emendamento al comma 1 lettera c) perché l'emendamento da me presentato all'art. 20 non ha ottenuto la maggioranza richiesta.

Si trattava della previsione relativa all'indicazione del candidato alla carica di sindaco. L'emendamento non è stato approvato e quindi anche questo riferimento è superfluo.

L'articolo 22 comma 1 lettera d) viene però mantenuto. Vorrei rilevare che tra il testo italiano e quello tedesco c'è una differenza di contenuto, in quanto a mio avviso la virgola nel testo tedesco non è al posto giusto. La dott.ssa Gentile mi ha fatto notare questo particolare e Vi prego di confrontare i due testi. Nel testo tedesco la virgola nella lettera d) si trova dopo le parole "provincia di Bolzano" e nel testo italiano dopo "programma amministrativo". Perciò ne consegue una differenza di contenuto. Nel mio emendamento faccio riferimento al testo tedesco e quindi non ho detto esplicitamente "provincia di Bolzano". Chiedo quindi che la dizione nel testo italiano venga modificata nel modo seguente: Le parole "per la provincia di Bolzano solo nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti" sono soppresse. Si deve invece aggiungere: "per la provincia di Bolzano". Ciò si rende necessario poiché il contenuto, visto che la virgola è stata posta diversamente, non è uguale.

Ora vorrei illustrare brevemente questo emendamento. Come ho già avuto modo di rilevare, si tratta dell'elezione diretta del sindaco, un sindaco che ha un grande potere. A mio avviso è giusto che ogni candidato a tale carica debba presentare un programma amministrativo. Nel testo approvato dalla commissione è previsto questo obbligo solo per la provincia di Trento, mentre per la provincia di Bolzano ciò vale solo nei comuni con una popolazione superiore ai 13.000 abitanti. Il mio emendamento propone che tale programma debba essere presentato in tutti i comuni. Grazie.)

PRESIDENTE: Bene, ho provveduto agli aggiustamenti che lei mi ha suggerito e quando sarà il momento darò lettura dell'emendamento completo come è stato sistemato dalla Presidenza.

E' in discussione il primo emendamento, a firma della Giunta: nel comma 1 le parole: "ove previsto con la congiunta candidatura alla carica di vicesindaco" sono soppresse.

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 2 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

Altro emendamento, alla lettera a) del comma 1 le parole "o il sindaco o il vicesindaco" sono soppresse.

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 3 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

Altro emendamento, alla lettera c) del comma 1 le parole "ciascun candidato alla carica di vicesindaco" devono essere sostituite dalle parole "deve" e la parola "essi" è sostituita dalla parola "esso".

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 3 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

L'emendamento, a firma Kury e Zendron, alla lettera c) è stato ritirato.

Altro emendamento, al primo comma, la lettera d) le parole "per la provincia di Bolzano solo nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti" sono soppresse.

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. E' stata chiesta la verifica del numero legale sull'emendamento Kury e Zendron. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 12 voti favorevoli, 25 voti contrari e 8 voti di astensione il Consiglio non approva.

Qualcuno intende intervenire sull'art. 22? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 3 voti contrari, 9 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'art. 22 è approvato.

Art. 23

(Commissione o sottocommissione elettorale circondariale
Esame ed ammissione delle candidature)

1. La commissione o sottocommissione elettorale circondariale, entro il giorno successivo all'ultimo giorno utile per la presentazione delle candidature:

- a) verifica che le candidature alla carica di sindaco con la congiunta candidatura alla carica di vicesindaco, ove previsto, e le liste dei candidati alla carica di consigliere comunale siano sottoscritte dal numero richiesto di elettori, eliminandole se non lo sono;
- b) ricusa le candidature alla carica di sindaco o di vicesindaco e cancella dalle liste i nomi dei candidati alla carica di consigliere comunale nel caso sia accertata la sussistenza a loro carico di alcuna delle condizioni previste dal comma 1 dell'articolo 15 della legge 19 marzo 1990, n. 55, come sostituito dall'articolo 1 della legge 18 gennaio 1992, n. 16 e successive modificazioni o qualora, in riferimento agli stessi, manchi ovvero sia incompleta la dichiarazione di accettazione prescritta dall'articolo 22, integrata per i comuni della provincia di Bolzano dal certificato di appartenenza o di aggregazione ad un gruppo linguistico. Ricusa altresì le candidature alla carica di sindaco o di vicesindaco e cancella dalle liste i nomi dei candidati alla carica di consigliere comunale qualora manchi il certificato di iscrizione nelle liste elettorali attestante, inoltre, per i comuni della provincia di Bolzano, che il candidato è in possesso del diritto di voto per l'elezione dei consigli comunali della provincia medesima;
- c) ricusa i contrassegni presentati da parte di chi non ha titolo; che siano identici o che si possano facilmente confondere con quelli notoriamente usati da altri partiti o gruppi politici, ovvero che riproducano simboli o elementi caratterizzanti di simboli che, per essere usati tradizionalmente da partiti o gruppi politici presenti in Consiglio provinciale, possano trarre in errore l'elettore; ricusa altresì i contrassegni identici o facilmente confondibili con quelli depositati presso la Presidenza della Giunta provinciale o con quelli presentati in precedenza oppure riproducenti immagini o soggetti religiosi; in tali casi la commissione o sottocommissione

assegna un termine non superiore a ventiquattro ore per la presentazione di un nuovo contrassegno;

- d) accerta che le liste accompagnate da contrassegni identici a quelli depositati presso la Giunta provinciale siano state presentate da persone munite di delega rilasciata da uno o più dirigenti regionali o provinciali del partito o gruppo politico che ha depositato il contrassegno, con la prescritta attestazione del Presidente della Giunta provinciale, ricusando quelle liste per le quali manca tale requisito;
- e) cancella i nomi dei candidati già compresi in liste presentate in precedenza;
- f) ricusa le liste che contengono un numero di candidati inferiore al minimo prescritto e riduce quelle che contengono un numero di candidati superiore al massimo consentito, cancellando gli ultimi nomi;
- g) riduce al numero massimo consentito le liste formate da rappresentanti di un solo sesso cancellando gli ultimi nomi;
- h) ricusa le candidature alla carica di sindaco che non contengano l'indicazione della lista o delle liste collegate oppure l'indicazione delle liste di riferimento ai sensi dell'articolo 22, comma 1, lettera c);
- i) ricusa le liste che, non presentando candidature alla carica di sindaco ed alla carica di vicesindaco, ove previsto, non hanno dichiarato di collegarsi ad altra candidatura ai sensi dell'articolo 21;
- l) cancella dalla lista dei candidati alla carica di consigliere comunale il nominativo del candidato alla carica di sindaco eventualmente compreso nella lista medesima.

2. La ricusazione della candidatura alla carica di sindaco o della candidatura alla carica di vicesindaco, ove prevista, comporta la ricusazione dell'unica lista o di tutte le liste ad esse collegate.

3. La commissione o sottocommissione elettorale circondariale verifica se le dichiarazioni di collegamento presentate ai sensi dell'articolo 35 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 siano reciproche ed esclude dal gruppo di liste collegate quelle che manchino di tale requisito. Per i comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, verifica inoltre che i collegamenti eventualmente effettuati ai sensi e per i fini di cui all'articolo 35 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 corrispondano a quelli effettuati ai sensi e per i fini di cui all'articolo 21, comma 2, escludendo quelle che manchino di tale requisito.

4. Il delegato di ciascuna lista può prendere cognizione, entro il giorno successivo all'ultimo giorno utile per la presentazione delle candidature, delle contestazioni fatte dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale e delle modificazioni da questa apportate alla lista.

5. La commissione o sottocommissione elettorale circondariale si riconvoca entro le ore 9 del secondo giorno successivo per udire eventualmente i delegati delle liste contestate o modificate, ammettere nuovi documenti al fine di sanare mere irregolarità o errori materiali contenuti nella documentazione di cui all'articolo 22 ed accettare nuovi contrassegni; seduta stante delibera sulle modificazioni eseguite.

6. Dopo l'approvazione definitiva di tutte le candidature di ogni singolo comune, la commissione o sottocommissione elettorale circondariale stabilisce,

mediante sorteggio, l'ordine delle candidature alla carica di sindaco e delle liste dei candidati per il consiglio comunale. Con riferimento ai comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento ed ai comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, il sorteggio è effettuato fra le liste per il consiglio comunale. Con riferimento ai comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento ed ai comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, il sorteggio avviene separatamente per le candidature alla carica di sindaco o di sindaco e vicesindaco e per le liste dei candidati a consigliere comunale.

7. L'ordine delle liste dei candidati per il consiglio comunale è stabilito mediante un sorteggio numerico a prescindere dall'ordine delle candidature alla carica di sindaco.

8. Le decisioni della commissione o sottocommissione elettorale circondariale sono definitive e vengono comunicate per conoscenza anche al Commissario del governo.

Sono stati presentati alcuni emendamenti che leggo.

Il primo, a firma della Giunta, recita: dopo il comma 6 è inserito il seguente 6/bis: "Alle operazioni di sorteggio possono partecipare, qualora lo richiedano, i delegati delle liste presentate".

Altro emendamento, a firma della Giunta, recita: nel comma 1 sono soppresse alle lettera a) le parole "con la congiunta candidatura alla carica di vicesindaco ove previsto"; alla lettera b), prima e decima riga le parole "o di vicesindaco"; alla lettera i) le parole "ed alla carica di vicesindaco ove prevista". Il comma 2 è sostituito dal seguente: "La ricusazione della candidatura alla carica di sindaco comporta la ricusazione dell'unica lista o di tutte le liste ad essa collegata, la ricusazione dell'unica lista o di tutte le liste collegate ad una candidatura alla carica di sindaco, comporta la ricusazione della candidatura medesima". Nel comma 6 le parole "o di sindaco e vicesindaco" sono soppresse.

Altro emendamento, a firma della cons. Chiodi, recita: alla lettera b) del comma 1 dell'art. 23, le parole "sia accertata la sussistenza a loro carico di alcuna delle condizioni previste dal comma 1 dell'articolo 15 della legge 19 marzo 1990, n. 55, come sostituito dall'articolo 1 della legge 18 gennaio 1992, n. 16 e successive modificazioni" sono sostituite dalle parole "venga meno una delle condizioni previste dagli artt. 4 e 12".

Altro emendamento a firma della cons. Chiodi, al comma 6, secondo periodo, le parole "con popolazione fino a 3.000 abitanti" sono soppresse. Nel successivo periodo le parole "comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento" sono soppresse.

Altro emendamento, a firma dei cons. Benedikter, Leitner e Klotz viene ritirato.

Prego dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO'

Art. 23

(Bezirkswahlkommission oder Bezirkswahlunterkommission - Überprüfung und Genehmigung der Kandidaturen)

1. Die Bezirkswahlkommission oder Bezirkswahlunterkommission muß innerhalb des Tages, welcher dem Ablauf der Frist für die Vorlegung der Kandidaturen folgt:
 - a) nachprüfen, ob die Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters mit der verbundenen Kandidatur für das Amt eines Vizebürgermeisters, sofern dieser vorgesehen ist, sowie die Listen der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitglieds von der vorgeschriebenen Wählerzahl unterschrieben wurden, wobei sie jene ausschließt, bei denen dies nicht zutrifft;
 - b) die Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters oder eines Vizebürgermeisters zurückweisen und die Namen der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes aus den Listen streichen, falls festgestellt wird, daß auf die betroffene Person irgendeine der Bedingungen zutrifft, die im Artikel 15 Absatz 1 des Gesetzes vom 19. März 1990, Nr. 55, ersetzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Jänner 1992, Nr. 16 mit seinen späteren Änderungen, vorgesehen sind, bzw. falls für die betroffene Person die im Artikel 22 vorgesehene Annahmeerklärung fehlt oder unvollständig ist, die für die Gemeinden der Provinz Bozen durch die Bescheinigung über die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe oder die Angliederung an eine solche zu ergänzen ist; außerdem die Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters oder eines Vizebürgermeisters zurückweisen und die Namen der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes aus den Listen streichen, falls die Bestätigung über die Eintragung in den Wählerlisten fehlt, mit der außerdem für die Gemeinden der Provinz Bozen bescheinigt wird, daß der Kandidat das Stimmrecht für die Wahl der Gemeinderäte in dieser Provinz besitzt;
 - c) die Listenzeichen zurückweisen, die von nicht berechtigten Personen vorgelegt wurden, mit den bekanntlich von anderen Parteien oder politischen Gruppierungen benützten Listenzeichen identisch sind oder leicht verwechselt werden können bzw. Symbole oder kennzeichnende Bestandteile von Symbolen wiedergeben, welche aufgrund der traditionellen Verwendung durch im Landtag vertretene Parteien oder politische Gruppierungen den Wähler irreführen könnten; außerdem die Listenzeichen zurückweisen, die mit jenen identisch sind oder leicht verwechselt werden können, die beim Präsidium des Landesausschusses hinterlegt wurden bzw. die bereits vorgelegt wurden, oder die religiöse Bilder oder Gegenstände wiedergeben; in diesen Fällen gewährt die Kommission oder Unterkommission eine Frist von nicht mehr als 24 Stunden für die Vorlegung eines neuen Listenzeichens;
 - d) feststellen, ob die Listen, denen Listenzeichen beiliegen, welche mit den beim Landesausschuß hinterlegten Listenzeichen identisch sind, von Personen vorgelegt wurden, die mit einer von einem oder mehreren Leitern auf Regional- oder Landesebene der Partei oder der politischen Gruppierung, die das Listenzeichen hinterlegt hat, ausgestellten Vollmacht und mit der vorgeschriebenen Bescheinigung des jeweiligen Landeshauptmanns ausgestattet sind, wobei sie jene Listen zurückweist, für die diese Voraussetzung nicht zutrifft;

- e) die Namen der Kandidaten streichen, die bereits in anderen vorher vorgelegten Listen enthalten sind;
 - f) die Listen zurückweisen, die eine Anzahl von Kandidaten enthalten, die unter der vorgeschriebenen Mindestzahl liegt, und durch Streichung der letzten Namen jene Listen verkürzen, die eine Anzahl von Kandidaten enthalten, welche die zugelassene Höchstzahl überschreitet;
 - g) die Listen, die nur aus Männern bzw. nur aus Frauen bestehen, auf die höchstzulässige Kandidatenzahl verkürzen, wobei sie die letzten Namen streicht;
 - h) die Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters zurückweisen, die keine Angabe über die verbundene Liste bzw. über die verbundenen Listen oder welche keine Angabe über die Bezugslisten im Sinne des Artikels 22 Absatz 1 Buchstabe c) enthalten;
 - i) die Listen zurückweisen, die keine Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters und, sofern vorgesehen, auch für das Amt eines Vizebürgermeisters vorlegen und keine Erklärung über die Verbindung mit einer anderen Kandidatur im Sinne des Artikels 21 enthalten;
 - l) aus der Liste der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitglieds den Namen des Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters streichen, der gegebenenfalls in derselben Liste enthalten ist.
2. Die Zurückweisung der Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters oder, sofern vorgesehen, der Kandidatur für das Amt eines Vizebürgermeisters zieht die Zurückweisung der einzigen damit verbundenen Liste bzw. sämtlicher damit verbundenen Listen nach sich.
3. Die Bezirkswahlkommission oder Bezirkswahlunterkommission überprüft, ob die im Sinne des Artikels 35 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 vorgelegten Erklärungen über die Listenverbindungen übereinstimmen und schließt von der Gruppe der verbundenen Listen jene aus, für die diese Voraussetzung fehlt. Für die Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern überprüft sie außerdem, ob die eventuell im Sinne und für die Zwecke gemäß Artikel 35 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 hergestellten Listenverbindungen mit jenen übereinstimmen, die im Sinne und für die Zwecke gemäß Artikel 21 Absatz 2 hergestellt wurden, und schließt von der Gruppe der verbundenen Listen jene aus, für die diese Voraussetzung fehlt.
4. Der Beauftragte jeder Liste kann innerhalb desselben Tages, welcher dem Ablauf der Frist für die Vorlegung der Kandidaturen folgt, von den Beanstandungen der Bezirkswahlkommission oder Bezirkswahlunterkommission und von den Änderungen Kenntnis nehmen, die von dieser an der Liste vorgenommen wurden.
5. Die Bezirkswahlkommission oder Bezirkswahlunterkommission tritt binnen 9 Uhr des übernächsten Tages zusammen, um gegebenenfalls die Beauftragten der beanstandeten oder abgeänderten Listen anzuhören, neue Schriftstücke zum Zwecke der Bereinigung reiner Unregelmäßigkeiten oder sachlicher Fehler zuzulassen, die in den Unterlagen gemäß Artikel 22 dieses Gesetzes enthalten sind, und neue Listenzeichen anzunehmen; sie beschließt sofort über die vorgenommenen Änderungen.

6. Nach der endgültigen Genehmigung sämtlicher Kandidaturen jeder einzelnen Gemeinde legt die Bezirkswahlkommission oder Bezirkswahlunterkommission die Reihenfolge der Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters und der Kandidatenlisten für den Gemeinderat durch Auslosung fest. Was die Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern und die Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung bis zu 13.000 Einwohnern betrifft, erfolgt die Auslosung unter den Listen für die Wahl des Gemeinderates. Was die Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und die Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern betrifft, erfolgt die Auslosung getrennt für die Kandidaturen betreffend das Amt eines Bürgermeisters bzw. eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters und für die Kandidatenlisten betreffend das Amt eines Gemeinderatsmitglieds.
7. Abgesehen von der Rangordnung der Kandidaturen für das Amt des Bürgermeisters wird die Rangordnung der Kandidatenlisten für den Gemeinderat mittels einer zahlenmäßigen Auslosung festgelegt.
8. Die Entscheidungen der Bezirkswahlkommission oder der Bezirkswahlunterkommission sind endgültig und werden auch dem Regierungskommissär zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

Dazu sind Abänderungsanträge von Regierungsparteien eingegangen. Nach Absatz 6 wird der nachstehende neue Absatz eingefügt: 6\bis. Den Auslosungshandlungen können auf Verlangen die Beauftragten der vorgelegten Listen beiwohnen.

Weiters von seiten der Regierung zum Absatz 1 wird folgendes gestrichen: Unter Buchstabe a) die Worte "mit der verbundenen Kandidatur für das Amt eines Vizebürgermeisters, sofern dieser vorgesehen ist; unter Buchstabe b) die Worte "oder eines Vizebürgermeisters in der ersten und zweiten bzw. in der sechzehnten und siebzehnten Zeile; unter Buchstabe i) die Worte "und, sofern vorgesehen, auch für das Amt eines Vizebürgermeisters".

Der Absatz 2 wird durch den nachstehenden ersetzt: Die Zurückweisung der Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters zieht die Zurückweisung der einzigen damit verbundenen Liste bzw. sämtlicher damit verbundenen Listen nach sich. Die Zurückweisung der einzigen mit einer Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters verbundenen Listen bzw. sämtlicher damit verbundenen Listen zieht die Zurückweisung der Kandidatur mit sich.

Im Absatz 6 werden die Worte "bzw. eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters" gestrichen.

Ein weiterer Abänderungsantrag kommt von Wanda Chiodi: Beim Buchstaben b) des ersten Absatzes des Artikels 23 werden die Worte "festgestellt wird, daß auf die betroffene Person irgendeine der Bedingungen zutrifft, die im Artikel 15 Absatz 1 des Gesetzes vom 19. März 1990, Nr. 55, ersetzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Jänner 1992, Nr. 16 mit seinen späteren Änderungen vorgesehen sind" durch

die Worte "eine der in den Artikeln 4 und 12 vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt wird." ersetzt.

Ein weiterer Abänderungsantrag ebenfalls von Frau Wanda Chiodi: In Absatz 6 des Artikels 23 werden im zweiten Satz die Wort "mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern" gestrichen. Im nachfolgenden Satz werden die Worte "die Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und" gestrichen.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento, a firma della Giunta, che recita: alla lettera a) le parole "con la congiunta candidatura alla carica di vicesindaco ove previsto" sono soppresse. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 6 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Pongo in votazione l'altro emendamento, sempre a firma della Giunta, che recita: alla lettera b), prima e decima riga le parole "o di vicesindaco". Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 5 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Altro emendamento, a firma della cons. Chiodi, recita: alla lettera b) del comma 1 dell'art. 23, le parole "sia accertata la sussistenza a loro carico di alcuna delle condizioni previste dal comma 1 dell'articolo 15 della legge 19 marzo 1990, n. 55, come sostituito dall'articolo 1 della legge 18 gennaio 1992, n. 16 e successive modificazioni" sono sostituite dalle parole "venga meno una delle condizioni previste dagli artt. 4 e 12". Prego, cons. Chiodi? E' ritirato.

Anche al comma 2 sono stati presentati degli emendamenti, che leggo: il comma 2 è sostituito dal seguente: "La ricusazione della candidatura alla carica di sindaco comporta la ricusazione dell'unica lista o di tutte le liste ad essa collegata, la ricusazione dell'unica lista o di tutte le liste collegate ad una candidatura alla carica di sindaco, comporta la ricusazione della candidatura medesima". Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 8 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Altro emendamento: nel comma 6 le parole "o di sindaco e vicesindaco" sono soppresse. Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 7 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Altro emendamento a firma della cons. Chiodi, al comma 6, secondo periodo, le parole "con popolazione fino a 3.000 abitanti" sono soppresse. Nel successivo periodo le parole "comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento" sono soppresse. Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: L'emendamento intende introdurre una modalità pressoché analoga tra i comuni, a prescindere dalla quota di popolazione, nel senso che si prevede in sostanza un meccanismo fondato sulla scheda unica e la lista unica collegata al sindaco.

Per quanto riguarda la scheda unica mi pare ci siano già tutta una serie di emendamenti della Giunta, che introducono questa variante di grande rilievo rispetto al testo originario, che ci trova del tutto favorevoli, l'emendamento qui indicato introduce il meccanismo anche della lista unica collegata al sindaco. Quindi è un emendamento di grande significato, rispetto al quale già in precedenza abbiamo illustrato la nostra posizione, che vorremmo riverificare anche in questa circostanza.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 8 voti favorevoli, 6 astenuti e tutti gli altri contrari l'emendamento è respinto.

C'è un ultimo emendamento, a firma della Giunta, che recita: dopo il comma 6 è inserito il seguente 6/bis: "Alle operazioni di sorteggio possono partecipare, qualora lo richiedano, i delegati delle liste presentate". Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 4 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli l'emendamento è approvato.

Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 1 voto contrario e 12 astenuti, l'art. 23, così emendato, è approvato a maggioranza.

Informo che stiamo distribuendo un emendamento, presentato dalla Giunta, che fa inserire nel fascicoletto che riguarda l'art. 25. E' solo un'informazione.

Art. 24

(Pubblicazione del manifesto delle candidature)

1. Le decisioni di cui all'articolo 23 devono essere immediatamente comunicate all'ufficio elettorale della Regione per la preparazione del manifesto di cui all'articolo 32, lettera d) della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni.

2. Per i comuni della provincia di Trento con popolazione fino a 3.000 abitanti, il manifesto deve contenere il contrassegno di lista con a fianco il cognome, nome, luogo e data di nascita del candidato alla carica di sindaco; a seguire, in senso verticale, il cognome, nome, luogo e data di nascita dei candidati alla carica di consigliere comunale.

3. Per i comuni della provincia di Trento con popolazione superiore a 3.000 abitanti e per i comuni della provincia di Bolzano con popolazione superiore a 13.000 abitanti il manifesto delle candidature alla carica di sindaco deve contenere il cognome, nome, luogo e data di nascita di ogni candidato, il cognome, nome, luogo e data di nascita del congiunto candidato alla carica di vicesindaco nonché i contrassegni delle liste collegate. Il manifesto delle candidature per il consiglio comunale deve contenere i contrassegni di lista, il cognome, nome, luogo e data di nascita di ogni candidato nonché l'indicazione del nominativo del candidato alla carica di sindaco cui ogni lista è collegata. Per i comuni della provincia di Bolzano devono inoltre essere

indicati il gruppo linguistico di appartenenza o di aggregazione di ciascun candidato ed i collegamenti di lista di cui all'articolo 35 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5.

4. Per i comuni della provincia di Bolzano con popolazione fino a 13.000 abitanti il manifesto deve contenere il contrassegno di lista, il cognome, nome, luogo e data di nascita dei candidati alla carica di sindaco e consigliere comunale; a seguire, il cognome, nome, luogo e data di nascita dei candidati alla sola carica di consigliere. Devono inoltre essere indicati il gruppo linguistico di appartenenza o di aggregazione di ciascun candidato ed i collegamenti di lista di cui all'articolo 35 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5.

5. I manifesti di cui ai commi precedenti sono tempestivamente trasmessi in congruo numero al sindaco che dovrà curarne l'affissione all'albo ed in altri luoghi pubblici non oltre l'ottavo giorno antecedente quello di votazione.

All'art. 24 sono stati presentati alcuni emendamenti.

Il primo, a firma Chiodi, che recita: al comma 2 dell'art. 24, le parole "con popolazione fino a 3.000 abitanti" sono soppresse; al comma 3 dell'art. 24, le parole "della provincia di Trento con popolazione superiore a 3.000 abitanti e per i comuni" sono soppresse.

Altro emendamento, a firma della Giunta, recita: al comma 3 le parole "il cognome, nome, luogo e data di nascita del congiunto candidato alla carica di vicesindaco" sono soppresse.

C'è un altro emendamento a firma Benedikter, Klotz e Leitner, è decaduto.

Abbiamo un altro emendamento, a firma Kury e Zendron, è decaduto.

Prego dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO'

Art. 24

(Veröffentlichung der Kundmachung mit den Kandidaturen)

1. Die Entscheidungen gemäß Artikel 23 müssen dem Wahlamt der Region für die Vorbereitung der Kundmachung gemäß Artikel 32 Buchstabe d) des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen unverzüglich mitgeteilt werden.

2. Für die Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern muß die Kundmachung das Listenzeichen mit dem daneben angeführten Zunamen, Vornamen, Geburtsort und Geburtsdatum des Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters enthalten; darunter in vertikaler Reihenfolge den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitglieds.

3. Für die Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und für die Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern muß die Kundmachung mit den Kandidaturen für das Amt des

Bürgermeisters den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum eines jeden Kandidaten, den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum des verbundenen Kandidaten für das Amt eines Vizebürgermeisters sowie die Listenzeichen der verbundenen Listen enthalten. Die Kundmachung mit den Kandidaturen für den Gemeinderat muß die Listenzeichen, den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum eines jeden Kandidaten sowie den Namen des Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters anführen, mit dem jede Liste verbunden ist. Für die Gemeinden der Provinz Bozen müssen außerdem die Sprachgruppenzugehörigkeit oder -angliederung eines jeden Kandidaten und die Listenverbindungen gemäß Artikel 35 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 angeführt werden.

4. Für die Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung bis zu 13.000 Einwohnern muß die Kundmachung das Listenzeichen, den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum der Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters und eines Gemeinderatsmitglieds enthalten; danach den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum der Kandidaten, die nur für das Amt eines Gemeinderatsmitglieds auftreten. Außerdem müssen die Sprachgruppenzugehörigkeit oder -angliederung eines jeden Kandidaten und die im Artikel 35 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 vorgesehenen Listenverbindungen angeführt werden.

5. Die Kundmachungen gemäß den vorstehenden Absätzen werden unverzüglich und in angemessener Zahl dem Bürgermeister übermittelt, der den Anschlag an der Amtstafel und an anderen öffentlichen Orten spätestens am achten Tag vor dem Wahltag veranlassen muß.

Dazu ein Abänderungsantrag von Wanda Chiodi: In Absatz 2 des Artikels 24 werden die Worte "mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern" gestrichen. In Absatz 3 des Artikels 24 werden die Worte "der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und für die Gemeinden" gestrichen.

Und schließlich von seiten der Regierung: Im Absatz 3 werden die Worte ", den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum des verbundenen Kandidaten für das Amt eines Vizebürgermeisters" gestrichen.

Und schließlich von Frau Kury und Zendron zum vierten Absatz. Der erste Satz wird durch folgenden ersetzt: "Für die Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung bis zu 13.000 Einwohnern muß die Kundmachung das Listenzeichen mit dem daneben angeführten Zunamen, Vornamen, Geburtsort und Geburtsdatum für das Amt des Bürgermeisters enthalten; darunter in vertikaler Reihenfolge den Zunamen, den Vornamen, den Geburtsort und das Geburtsdatum der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes."

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: L'emendamento si proponeva di arrivare ad una procedura che prevedesse la scheda unica, la lista unica collegata al sindaco ed in seguito la preferenza

unica, chiaramente essendosi l'aula già pronunciata in merito alla lista unica, l'emendamento decade e quindi è ritirato.

PRESIDENTE: Bene, l'emendamento è ritirato. Abbiamo un altro emendamento della Giunta. Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 5 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Qualcuno intende intervenire sull'art. 24? Nessuno. Lo pongo in votazione. Il collega Taverna ha chiesto la verifica del numero legale. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 26 voti favorevoli e 14 astenuti, l'articolo è approvato.

Art. 25 (Stampa delle schede)

1. L'ufficio elettorale della Regione provvede alla stampa delle schede sulla base delle decisioni di cui all'articolo 23.

2. Nei comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento, le schede elettorali riportano a fianco del contrassegno il nominativo del relativo candidato alla carica di sindaco in progressione verticale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale. Le schede avranno le caratteristiche di cui all'allegato A.

3. Nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento, le schede per l'elezione del sindaco riportano il nominativo del candidato alla carica di sindaco ed i contrassegni della lista o delle liste collegate ammesse per l'elezione del consiglio comunale, secondo le caratteristiche di cui all'allegato B. I nominativi dei candidati alla carica di sindaco sono disposti in progressione verticale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale; i contrassegni della lista o delle liste collegate sono disposti in progressione orizzontale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale. Le schede per l'elezione del consiglio comunale riportano i contrassegni di lista in progressione verticale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale, e lo spazio per l'espressione del voto di preferenza, secondo le caratteristiche di cui all'allegato B.

4. Nei comuni con popolazione fino a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, le schede per l'elezione del sindaco riportano lo spazio per l'espressione del voto, secondo le caratteristiche di cui all'allegato C. Le schede per l'elezione del consiglio comunale riportano i contrassegni di lista in progressione verticale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale, e lo spazio per l'espressione del voto di preferenza, secondo le caratteristiche di cui all'allegato C.

5. Nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, le schede elettorali riportano i nominativi dei candidati alla carica

di sindaco e di vicesindaco con a fianco i contrassegni della lista o delle liste collegate ammesse per l'elezione del consiglio comunale e lo spazio per l'espressione del voto di preferenza, secondo le caratteristiche di cui all'allegato D.

6. Le schede per il secondo turno di votazione sono quelle di cui all'allegato E per i comuni della provincia di Trento ed all'allegato F per i comuni della provincia di Bolzano.

7. Nel caso di elezioni suppletive ai sensi dell'articolo 41 le schede elettorali sono quelle di cui all'allegato G.

Sono stati presentati alcuni emendamenti all'art. 25.

Il primo, a firma della Giunta, recita: nel comma 1 vengono aggiunte le seguenti parole "la stampa delle schede è accompagnata da speciali misure di sicurezza disposte in occasione delle elezioni politiche per analogo servizio".

Il comma 3 è sostituito dal seguente: "3. Nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento, le schede elettorali riportano il nominativo del candidato alla carica di sindaco con a fianco i contrassegni della lista o delle liste collegate ammesse per l'elezione del consiglio comunale, lo spazio per l'espressione del voto di preferenza secondo le caratteristiche di cui all'allegato B. I nominativi dei candidati alla carica di sindaco sono disposti in progressione verticale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale; i contrassegni della lista e delle liste collegate sono disposti in progressione verticale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale."

Nel comma 5 le parole "e di vicesindaco" sono soppresse; il comma 7 è soppresso.

Un emendamento, a firma Chiodi, decade.

C'è un altro emendamento, a firma Chiodi, che recita: il comma 3 dell'art. 25 è sostituito dal seguente: "Nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento le schede elettorali riportano i nominativi dei candidati alla carica di sindaco, i contrassegni della lista o delle liste ad essi collegate ammesse per l'elezione del consiglio comunale e lo spazio per l'espressione del voto di preferenza, secondo le caratteristiche di cui all'allegato B. I nominativi dei candidati alla carica di sindaco sono disposti in progressione verticale secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale a loro fianco; i contrassegni delle liste ad essi collegate e relativo spazio per l'espressione del voto di preferenza sono disposti in progressione verticale, secondo l'ordine stabilito mediante sorteggio dalla commissione o sottocommissione elettorale circondariale."

La tabella 1 dell'allegato B è sostituita dalla seguente: Nel modello della parte esterna della scheda di votazione di cui alla tabella 2 dell'allegato B, sotto la dicitura "ELEZIONE DEL SINDACO" si aggiunge la dicitura "E DEL CONSIGLIO COMUNALE". Nella legenda della tabella 2 dell'allegato B, dopo le parole "per l'elezione del sindaco" si aggiungono le parole "e del consiglio comunale".

La tabella 3 dell'allegato B è soppressa.

C'è un altro emendamento, a firma Benedikter, Leitner e Klotz, che viene ritirato.

C'è un altro emendamento, a firma Chiodi, che recita: il comma 7 dell'articolo 25 è abrogato. L'allegato G è abrogato.

Ha chiesto la parola, sull'ordine dei lavori, il cons. Benedetti.

BENEDETTI: Presidente, mi sono accorto, vedendo le schede che ci sono state fornite, che andiamo ad approvare un tipo di scheda che prevede già le preferenze stabilite, quando noi nella legge non abbiamo ancora discusso di preferenze. Quindi, anche concordando con gli uffici, ci sembrerebbe opportuno spostare questo articolo più avanti e lì saranno i tecnici a capire dove andrà inserito, quindi potremo andare avanti con gli altri articoli e poi reinserire questo articolo nel momento giusto, perché mi sembra un'assurdità che noi andiamo ad approvare una scheda, sulla quale la legge non si è ancora formulata.

PRESIDENTE: Sono quasi contrario a sospendere, anche se capisco che la sua richiesta è giusta, preferisco sospendere per 10 minuti la seduta. I lavori riprenderanno alle ore 18.05, perché, come d'accordo i lavori andranno avanti fino alle ore 20.00.

Sospendo la seduta per 15 minuti.

(ore 17.53)

(ore 18.11)

PRESIDENTE: La seduta riprende. E' stato chiesto, da parte del cons. Benedetti e della Giunta, di sospendere per motivi tecnici l'art. 25 e posporre la discussione dopo la trattazione dell'art. 33, in quanto si ritiene essenziale definire il sistema elettorale prima di decidere la forma delle schede elettorali.

Credo sia una richiesta giusta ed in via eccezionale sospendiamo la trattazione dell'art. 25.

Art. 26

(Sospensione delle elezioni per insufficienza
del numero dei candidati)

1. Le elezioni non hanno luogo qualora non sia presentata nessuna candidatura alla carica di sindaco. Nei comuni della provincia di Bolzano, le elezioni non hanno luogo altresì quando il numero complessivo dei candidati compresi nelle liste presentate ed ammesse non sia superiore alla metà del numero dei consiglieri da eleggere nel comune, oppure quando, nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti, non sia presentata congiuntamente nessuna candidatura alla carica di sindaco e vicesindaco.

2. Nei casi previsti dal comma 1 il presidente della commissione o sottocommissione elettorale circondariale ne dà immediatamente notizia al Presidente della Giunta regionale al quale, inoltre, rimette subito copia del relativo verbale.

3. Il Presidente della Giunta regionale dà notizia agli elettori dell'avvenuta sospensione delle elezioni mediante avviso da pubblicarsi a cura del sindaco entro cinque giorni dalla decisione della commissione o sottocommissione elettorale circondariale.

4. Le elezioni seguiranno entro novanta giorni dalla data del decreto di sospensione, nel giorno che sarà stabilito dal Presidente della Giunta regionale nei periodi stabiliti dall'articolo 16. Tale termine può essere prorogato al solo fine di far coincidere le elezioni con il primo turno elettorale utile previsto dalla legge.

E' stato presentato un emendamento, a firma della Giunta, che recita: nel comma 1 le parole "oppure quando, nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti, non sia presentata congiuntamente nessuna candidatura alla carica di sindaco e vicesindaco", sono soppresse.

Al comma 4 le parole "nei periodi stabiliti dall'articolo 16" sono sostituite dalle parole "con le modalità di cui all'art. 22 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni" e le parole "dalla legge" sono sostituite dalle parole "dall'art. 16".

Prego il collega Denicolò di dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO':

Art. 26

(Aufschub der Wahl wegen ungenügender Kandidatenanzahl)

1. Falls keine Kandidatur für das Bürgermeisteramt vorgelegt wurde, findet die Wahl nicht statt. In den Gemeinden der Provinz Bozen findet die Wahl außerdem nicht statt, wenn die Gesamtanzahl der Kandidaten auf den vorgelegten und zugelassenen Listen nicht höher ist als die Hälfte der in der Gemeinde zu wählenden Ratsmitglieder. Die Wahl findet ferner nicht statt, wenn in den Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern nicht gleichzeitig eine Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters und des Vizebürgermeisters vorgelegt wird.

2. In den im Absatz 1 vorgesehenen Fällen setzt der Präsident der Bezirkswahlkommission oder der Bezirkswahlunterkommission unverzüglich den Präsidenten des Regionalausschusses davon in Kenntnis, welchem er außerdem sofort eine Ausfertigung der entsprechenden Niederschrift übermittelt.

3. Der Präsident des Regionalausschusses gibt den Wählern den erfolgten Aufschub der Wahl durch eine Kundmachung bekannt, die durch den Bürgermeister innerhalb von fünf Tagen nach der Entscheidung der Bezirkswahlkommission oder der Bezirkswahlunterkommission zu veröffentlichen ist.

4. Die Wahl findet innerhalb von neunzig Tagen ab dem Datum des Dekretes über den Aufschub an dem vom Präsidenten des Regionalausschusses festgelegten Tag statt,

nämlich innerhalb der im Artikel 16 bestimmten Zeitperioden. Diese Frist kann verlängert werden, und zwar nur um die Wahl mit dem ersten laut Gesetz vorgesehenen fälligen Wahltermin zusammenfallen zu lassen.

Ein Abänderungsantrag von seiten der Regierung dazu. Im Absatz 1 werden die nachstehenden Worte gestrichen: "Die Wahl findet ferner nicht statt, wenn in den Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohner nicht gleichzeitig eine Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters und des Vizebürgermeisters vorgelegt wird."

Im Absatz 4 werden die Worte "innerhalb der im Artikel 16 bestimmten Zeitperioden" durch die Worte "nach den Modalitäten gemäß Artikel 22 des Regionalgesetzes vom 6. April 1956, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen" ersetzt. Die Worte "laut Gesetz" werden durch die Worte "im Artikel 16" ersetzt.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? La parola all'assessore.

GIOVANAZZI: Sull'art. 26 il comma 1 è conseguente all'eliminazione dell'elezione diretta del vicesindaco, la seconda è una nota tecnica, che precisa quali modalità adottare per l'indizione delle elezioni e periodi nei quali svolgerla, perciò sono aspetti di ordine tecnico, che non hanno alcun altro riferimento.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? Nessuno. E' stata chiesta la verifica del numero legale. E' stata fatta la richiesta per la votazione per appello nominale.

Colleghi, vi ricordo che questa mattina ci eravamo impegnati di procedere in maniera da consentire questa sera di fare un buon lavoro. Capisco, è un vostro diritto verificare il numero legale, anche perché quei colleghi che maggiormente hanno raccomandato alla Presidenza, e mi rivolgo ai capigruppo della maggioranza, facciano in modo che ci sia la presenza dei colleghi della maggioranza, allora procediamo con il lavoro e non corriamo il rischio di interrompere i lavori per mancanza del numero legale.

Questa mattina abbiamo concordato un orario, prego che venga rispettato da tutti, i lavori andranno avanti fino alle ore 20.00 e spero venga garantito il numero legale.

DENICOLO': Achmüller (*ja*), Alessandrini (*non presente*), Andreotti (*non presente*), Arena (*astenuto*), Atz (*ja*), Benedetti (*si*), Benedikter (*ja*), Benussi (*astenuto*), Berger (*ja*), Binelli (*si*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*non presente*), Casagranda (*non presente*), Chiodi-Winkler (*astenuto*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*si*), Delladio (*astenuto*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*astenuto*), Di Puppò (*si*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*si*), Feichter (*non presente*), Frasnelli (*ja*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*si*), Giordani (*si*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer

(sì), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*non presente*), Kasslatter Mur (*ja*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*ja*), Leitner (*non presente*), Leveghi (*sì*), Magnabosco (*non presente*), Mayr C. (*non presente*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*non presente*), Moser (*sì*), Munter (*non presente*), Muraro (*astenuto*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*sì*), Panizza (*sì*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*non presente*), Pinter (*astenuto*), Romano (*sì*), Saurer (*astenuto*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*astenuto*), Tretter (*sì*), Valduga (*sì*), Vecli (*non presente*), Viola (*non presente*), Waldner (*non presente*), Willeit (*astenuto*), Zanoni (*sì*), Zendron (*sì*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale:

votanti	47
sì	32
no	0
astenuti	15

Il Consiglio approva l'emendamento della Giunta.

C'è un altro emendamento, a firma della Giunta, che recita: al comma 4 le parole "nei periodi stabiliti dall'articolo 16" sono sostituite dalle parole "con le modalità di cui all'art. 22 della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni" e le parole "dalla legge" sono sostituite dalle parole "dall'art. 16".

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 3 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Qualcuno intende intervenire sull'art. 26? Nessuno. Lo pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 9 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, il Consiglio approva.

Art. 27

(Comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento
Elezione del sindaco e del consiglio comunale)

1. Nei comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento, nella scheda è indicato, a fianco del contrassegno, il candidato alla carica di sindaco.

2. Ciascun elettore vota per un candidato alla carica di sindaco, segnando con la matita copiativa il relativo contrassegno. Può altresì esprimere due voti di preferenza per candidati alla carica di consigliere comunale compresi nella lista collegata al candidato alla carica di sindaco prescelto, scrivendone il cognome e se necessario il cognome e il nome nelle apposite righe stampate sotto il medesimo contrassegno. Qualora il candidato abbia due cognomi, l'elettore nel dare la preferenza

può scriverne solo uno. L'indicazione deve contenere entrambi i cognomi quando vi sia possibilità di confusione fra più candidati ed all'occorrenza data e luogo di nascita.

3. E' proclamato eletto sindaco il candidato alla carica che ha ottenuto il maggior numero di voti. In caso di parità di voti si procede ad un turno di ballottaggio fra i due candidati che hanno ottenuto il maggior numero di voti, da effettuarsi la seconda domenica successiva a quella del primo turno. In caso di ulteriore parità, viene eletto il più anziano di età.

4. A ciascuna lista di candidati alla carica di consigliere si intendono attribuiti tanti voti quanti sono i voti conseguiti dal candidato alla carica di sindaco ad essa collegato.

5. Alla lista collegata al candidato alla carica di sindaco che ha riportato il maggior numero di voti sono attribuiti tre quinti dei seggi assegnati al consiglio, con arrotondamento all'unità superiore qualora il numero dei consiglieri da assegnare alla lista contenga una cifra decimale superiore a cinquanta. I restanti seggi sono attribuiti proporzionalmente tra le altre liste. L'attribuzione dei seggi alle liste avviene secondo le modalità stabilite all'articolo 35.

6. Nell'ambito di ogni lista i candidati sono proclamati eletti consiglieri comunali, secondo l'ordine delle rispettive cifre individuali. A parità di cifra, sono proclamati eletti i candidati che precedono nell'ordine di lista. Il primo seggio spettante ad ogni lista di minoranza è attribuito al candidato alla carica di sindaco della relativa lista.

All'art. 27 sono stati presentati alcuni emendamenti. Quelli del collega Bondi decadono.

Prego dare lettura del testo tedesco dell'articolo.

DENICOLO':

Art. 27

(Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern -
Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates)

1. In den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern ist auf dem Stimmzettel neben dem Listenzeichen der Kandidat für das Amt des Bürgermeisters angeführt.

2. Jeder Wähler wählt einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters, indem er mit dem Kopierstift ein Zeichen auf das entsprechende Listenzeichen setzt. Er kann außerdem zwei Vorzugsstimmen für Kandidaten für das Amt eines Ratsmitgliedes abgeben, die in der Liste enthalten sind, welche mit dem ausgewählten Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, indem er deren Zunamen und, falls erforderlich, deren Vor- und Zunamen in die unter demselben Listenzeichen eigens vorgedruckten Zeilen schreibt. Sollte der Kandidat zwei Zunamen haben, so kann der Wähler bei der Abgabe der Vorzugsstimme auch nur einen davon schreiben. Beide

Zunamen und gegebenenfalls Geburtsort und Geburtsdatum müssen jedoch angegeben werden, falls Verwechslungen mit anderen Kandidaten aufkommen könnten.

3. Zum Bürgermeister wird der Kandidat für dieses Amt als gewählt verkündet, der die höchste Anzahl von Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit wird am zweiten dem ersten Wahltermin folgenden Sonntag eine Stichwahl zwischen den zwei Kandidaten durchgeführt, die die höchste Anzahl von Stimmen erhalten haben. Im Falle einer weiteren Stimmgleichheit gilt der ältere Kandidat als gewählt.

4. Jeder Liste der Kandidaten für das Amt eines Ratsmitgliedes wird eine Anzahl von Stimmen als zugeteilt betrachtet, die den Stimmen entspricht, welche der mit derselben Liste verbundene Kandidat für das Amt des Bürgermeisters erreicht hat.

5. Der Liste, die mit dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, welcher die höchste Anzahl von Stimmen erhalten hat, werden drei Fünftel der dem Gemeinderat zugewiesenen Sitze zugeteilt, mit Aufrundung auf die nächsthöhere ganze Zahl, falls die Anzahl der der Liste zuzuteilenden Ratsmitglieder eine Dezimalziffer über 50 enthält. Die restlichen Sitze werden verhältnismäßig den anderen Listen zugewiesen. Die Zuweisung der restlichen Sitze an die Listen erfolgt gemäß den Modalitäten laut Artikel 35.

6. Im Rahmen einer jeden Liste werden die Kandidaten nach der Reihenfolge der jeweiligen persönlichen Wahlziffer als Gemeinderatsmitglieder gewählt verkündet. Bei gleicher Wahlziffer werden jene Kandidaten als gewählt verkündet, die in der Reihenfolge der Liste vorausgehen. Der erste der Minoritätsliste zustehende Sitz wird dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters derselben Liste zugeteilt.

PRESIDENTE: E' stato presentato un emendamento, a firma Chiodi ed altri, che recita: l'art. 27 è sostituito dai seguenti articoli:

"Art. 27

Comuni della provincia di Trento - Modalità per l'espressione del voto per l'elezione del sindaco e del consiglio comunale

1. Nei comuni della provincia di Trento nella scheda è indicato, a fianco del contrassegno, il candidato alla carica di sindaco.

2. Ciascun elettore vota per un candidato alla carica di sindaco, segnando con la matita copiativa il relativo contrassegno. Può altresì esprimere un voto di preferenza per un candidato alla carica di consigliere comunale compreso nella lista collegata al candidato alla carica di sindaco prescelto, scrivendone il cognome e se necessario il cognome e il nome nell'apposita riga stampata sotto il medesimo contrassegno. Qualora il candidato abbia due cognomi, l'elettore nel dare la preferenza può scriverne solo uno. L'indicazione deve contenere entrambi i cognomi quando vi sia possibilità di confusione fra più candidati ed all'occorrenza data e luogo di nascita.

3. A ciascuna lista di candidati alla carica di consigliere si intendono attribuiti tanti voti quanti sono i voti conseguiti dal candidato alla carica di sindaco ad essa collegato.

Art. 27 bis

Comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento - Elezione del sindaco e del consiglio comunale

1. Nei comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento è proclamato eletto sindaco il candidato alla carica che ha ottenuto il maggior numero di voti. In caso di parità di voti si procede ad un turno di ballottaggio fra i due candidati che hanno ottenuto il maggior numero di voti, da effettuarsi la seconda domenica successiva a quella del primo turno. In caso di ulteriore parità, viene eletto il più anziano di età.

2. Alla lista collegata al candidato alla carica di sindaco che ha riportato il maggior numero di voti sono attribuiti due terzi dei seggi assegnati al consiglio, con arrotondamento all'unità superiore qualora il numero dei consiglieri da assegnare alla lista contenga una cifra decimale superiore a cinquanta. I restanti seggi sono attribuiti alla lista collegata al candidato alla carica di sindaco che ha conseguito il secondo miglior risultato. L'attribuzione dei seggi alle liste avviene secondo le modalità stabilite all'articolo 35.

3. Nell'ambito di ogni lista i candidati sono proclamati eletti consiglieri comunali, secondo l'ordine delle rispettive cifre individuali. A parità di cifra, sono proclamati eletti i candidati che precedono nell'ordine di lista. Il primo seggio spettante alla lista di minoranza è attribuito al candidato alla carica di sindaco della relativa lista.

Art. 27 ter

Comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento - Elezione del sindaco e del consiglio comunale)

1. Nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento è proclamato eletto sindaco il candidato che ha ottenuto la maggioranza assoluta dei voti validi.

2. Qualora nessun candidato sia eletto sindaco, si procede ad un secondo turno elettorale che ha luogo la seconda Domenica successiva a quella del primo turno. Sono ammessi al secondo turno i due candidati alla carica di sindaco che hanno ottenuto al primo turno il maggior numero di voti. In caso di parità di voti tra i candidati, partecipa al ballottaggio il candidato più anziano di età.

3. In caso di impedimento permanente o di decesso di uno dei candidati ammessi al ballottaggio ai sensi del comma 2, secondo periodo, partecipa al ballottaggio il candidato che segue nella graduatoria. Detto ballottaggio ha luogo la Domenica successiva al decimo giorno dal verificarsi dell'evento.

4. Per i candidati ammessi al ballottaggio rimane fermo il collegamento con la lista per l'elezione del consiglio dichiarato al primo turno.

5. La scheda per il ballottaggio riporta il cognome ed il nome dei candidati alla carica di sindaco ed il simbolo della lista collegata. Il voto si esprime

tracciando un segno sul rettangolo entro il quale è scritto il nome del candidato prescelto.

6. Dopo il secondo turno è proclamato eletto sindaco il candidato che ha ottenuto il maggior numero di voti validi. In caso di parità di voti, è proclamato eletto sindaco il candidato più anziano di età.

7. Alla lista collegata al candidato alla carica di sindaco proclamato eletto è attribuito almeno il 60 per cento dei seggi assegnati al consiglio. Alla lista collegata al candidato alla carica di sindaco che, in caso di elezione al primo turno, ha ottenuto il secondo miglior risultato, o collegata al candidato alla carica di sindaco sconfitto al ballottaggio, sono attribuiti almeno i tre quarti dei restanti seggi. Gli ulteriori rimanenti seggi sono attribuiti proporzionalmente alle altre liste. L'attribuzione dei seggi alle liste avviene secondo le modalità stabilite all'articolo 36."

C'è un altro emendamento, sempre a firma Chiodi ed altri: gli articoli 28 e 29 sono abrogati.

Prego dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO': Die Abänderungsanträge von Bondi sind zurückgezogen.

Abänderungsantrag von Wanda Chiodi u.a.: Der Artikel 27 wird durch folgenden Artikel ersetzt:

"Art. 27

(Gemeinden der Provinz Trient - Bestimmungen für die Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates)

1. In den Gemeinden der Provinz Trient ist auf dem Stimmzettel neben dem Listenzeichen der Kandidat für das Amt des Bürgermeisters angeführt.
2. Jeder Wähler wählt einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters, indem er mit einem Kopierstift ein Zeichen auf das entsprechende Listenzeichen setzt. Er kann außerdem eine Vorzugsstimme für einen Kandidaten für das Amt eines Ratsmitgliedes abgeben, der in der Liste enthalten ist, welche mit dem ausgewählten Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, indem er dessen Zunamen, und falls erforderlich, dessen Vor- und Zunamen in die unter demselben Listenzeichen eigens vorgedruckte Zeile schreibt. Sollte der Kandidat zwei Zunamen haben, so kann der Wähler bei der Abgabe der Vorzugsstimme auch nur einen davon schreiben. Beide Zunamen und gegebenenfalls Geburtsort und Geburtsdatum müssen jedoch angegeben werden, falls Verwechslungen mit anderen Kandidaten aufkommen könnten.
3. Jeder Liste der Kandidaten für das Amt eines Ratsmitgliedes wird eine Anzahl von Stimmen als zugeteilt betrachtet, die den Stimmen entspricht, welche der mit derselben Liste verbundene Kandidat für das Amt des Bürgermeisters erreicht hat.

Art. 27 bis

(Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern - Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates)

1. In den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern wird jener Kandidat als zum Bürgermeister gewählt verkündet, der die höchste Anzahl von Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit wird am zweiten dem ersten Wahltermin folgenden Sonntag eine Stichwahl zwischen den zwei Kandidaten durchgeführt, die die höchste Anzahl von Stimmen erhalten haben. Im Falle einer weiteren Stimmengleichheit wird der älteste Kandidat gewählt.
2. Der Liste, die mit dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, welche die höchste Anzahl von Stimmen erhalten hat, werden zwei Drittel der dem Gemeinderat zugewiesenen Sitze zugeteilt, wobei auf die nächsthöhere ganze Zahl aufgerundet wird, falls die Anzahl der der Liste zuzuweisenden Gemeinderatsmitglieder eine Dezimalzahl über 50 enthält. Die restlichen Sitze werden der Liste zugewiesen, die mit dem Kandidaten für das Amt der Bürgermeisters, welcher das zweitbeste Ergebnis erreicht hat, verbunden ist. Die Zuweisung der Sitze an die Listen erfolgt gemäß den im Artikel 35 festgelegten Bestimmungen.
3. Im Rahmen einer jeden Liste werden die Kandidaten nach der Reihenfolge der jeweiligen persönlichen Wahlziffer als Gemeinderatsmitglieder gewählt verkündet. Bei gleicher Wahlziffer werden jene Kandidaten als gewählt verkündet, die in der Reihenfolge der Liste vorausgehen. Der erste der Minoritätsliste zustehende Sitz wird dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters derselben Liste zugeteilt.

Art. 27 ter

(Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern - Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates)

1. In den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern wird jener Kandidat als zum Bürgermeister gewählt verkündet, der die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat.
2. Wird kein Kandidat zum Bürgermeister gewählt, so wird ein zweiter Wahlgang durchgeführt, der am zweiten Sonntag nach dem ersten Wahlgang stattfindet. Zum zweiten Wahlgang sind die beiden Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters zugelassen, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenanzahl erhalten haben. Bei Stimmengleichheit zwischen den Kandidaten nimmt der älteste Kandidat an der Stichwahl teil.
3. Bei dauernder Verhinderung oder bei Ableben eines der im Sinne des Abs. 2, zweiter Satz, zur Stichwahl zugelassenen Kandidaten nimmt der in der Rangordnung nachfolgende Kandidat an der Stichwahl teil. Diese Stichwahl findet am Sonntag nach dem zehnten Tag statt, der dem Eintreten eines der obgenannten Umstände folgt.
4. Für die zur Stichwahl zugelassenen Kandidaten bleibt die beim ersten Wahlgang erklärte Verbindung mit der Liste für die Wahl des Gemeinderates aufrecht.

5. Auf dem Stimmzettel für die Stichwahl sind der Zuname und Vorname der Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters und das Listenzeichen der verbundenen Liste angeführt. Die Stimme wird abgegeben, indem auf dem Rechteck, in welchem der Name des auserwählten Kandidaten angegeben ist, ein Zeichen gesetzt wird.

6. Nach dem zweiten Wahlgang wird jener Kandidat als zum Bürgermeister gewählt verkündet, der die höchste Anzahl von gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit wird der älteste Kandidat als zum Bürgermeister gewählt verkündet.

7. Die Liste, die mit dem als gewählt verkündeten Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, erhält mindestens 60 Prozent der dem Gemeinderat zugewiesenen Sitze. Der Liste, die mit dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, welcher im Falle der Wahl in einem einzigen Wahlgang das zweitbeste Ergebnis erreicht hat, oder die mit dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, der bei der Stichwahl unterlegen ist, werden mindestens drei Viertel der restlichen Sitze zugewiesen. Die weiteren restlichen Sitze werden verhältnismäßig den anderen Listen zugewiesen. Die Zuweisung der restlichen Sitze an die Listen erfolgt gemäß den Modalitäten laut Art. 36."

Die Art. 28 und 29 werden aufgehoben.

PRESIDENTE: Lei intende prendere la parola collega Chiodi? Prego, ne ha facoltà.

CHIODI: Cercherò di leggere gli appunti, così non vi faccio perdere tempo. Vorrei partire dalla preferenza unica.

Sono convinta che non ci sia molto da dire, visto che anche da noi è stato indetto un referendum, votato dai trentini e dagli altoatesini e mi pare che sulla preferenza unica il referendum sia stato chiaro. E' vero che il referendum riguardava la legge elettorale nazionale, ma è altrettanto vero che le ragioni erano quelle di evitare cordate, il controllo dei voti, ecc. Allora credo che anche nel nostro caso varrebbe la pena pensare ad una preferenza unica.

La legge nazionale prevede un'unica preferenza, penso lo sappiate tutti, i nostri emendamenti sono stati tutti bocciati, però nell'ottica con cui noi abbiamo pensato i nostri emendamenti, la preferenza unica era ancora più necessaria, perché credo che dobbiamo innanzitutto evitare il discorso delle cordate logiche di partito, ecc.

In secondo luogo, con questi emendamenti prevediamo un voto congiunto, vale a dire che non diamo la possibilità all'elettore di votare contemporaneamente un sindaco ed una lista a lui avversaria. Per questo si potrebbero dire le stesse cose che si possono dire per la scheda unica.

In terzo luogo, sempre seguendo la logica dei nostri emendamenti, nei comuni piccoli alla lista vincente diamo una maggioranza più ampia, 10 consiglieri anziché 9, poiché altrimenti riteniamo che la maggioranza sarebbe troppo debole. Ho assistito ad un paio di incontri con i sindaci e mi pare che su questo punto c'era una condivisione. Sempre con questo emendamento aboliamo la distribuzione proporzionale dei seggi di minoranza nei comuni piccoli e diamo a tutti questi seggi la seconda lista arrivata.

In realtà tendiamo a conservare per i comuni piccoli la situazione esistente oggi, parlo dei comuni sotto i 1000 abitanti, un sistema maggioritario infatti per i comuni piccoli; questo disegno di legge, così come la legge nazionale, costituiscono un peggioramento rispetto al passato, perché introducendo la distribuzione proporzionale di seggi alla minoranza e favoriscono la proliferazione di liste, laddove oggi ci sono liste civiche, perché altrimenti potremmo trovarci, e prendo l'esempio di Massimeno, anziché con una lista civica con una serie di liste di partito.

Credo che in questo modo tenderemo a frammentare di molto l'opposizione, rendendola anche molto debole ed in questo modo non facciamo nulla per il discorso dell'alternanza.

Per i grandi comuni, in maniera diversa, sempre parlando in coerenza con la lista unica, prevediamo la possibilità di fare collegamenti con altre liste tra il primo e secondo turno. Per noi infatti il secondo turno ha il solo scopo di garantire che il sindaco non abbia contro di sé la maggioranza della popolazione, ma soprattutto cerchiamo di evitare che questo sindaco faccia un cattivo uso per i voti e per gli assessorati. In secondo luogo, sempre con questo emendamento, prevediamo di garantire al sindaco la maggioranza in ogni caso. Questo per noi è uno dei fattori più importanti.

Tra gli obiettivi fondamentali di una riforma elettorale, dico che un importante obiettivo è quello della governabilità. Credo che non sarebbe garantita la governabilità se avessimo un sindaco senza maggioranza, credo che questo è quello che potrebbe succedere con questa legge, oggi un sindaco senza maggioranza non può amministrare, inoltre è chiaro che non dare la maggioranza al sindaco diventerebbe una truffa nei confronti degli elettori. Prima gli si fa votare sui programmi ed il giorno dopo le elezioni si deve stracciare il programma promesso, perché si deve andare ad elemosinare una maggioranza in consiglio.

Infine, solo un sindaco con una maggioranza è davvero responsabile e dunque giudicabile ed eventualmente bocciabile dai cittadini, mentre invece, se non avesse la maggioranza si vedrebbero i soliti balletti per scaricare le responsabilità, chi sul sindaco e chi sul consiglio.

Infine con questo emendamento prevediamo, anche nei comuni più grandi, delle misure per rafforzare l'opposizione, questo è stato un discorso che è uscito in commissione, non molto condiviso, però credo, secondo la mia ottica, che questo sarebbe un discorso per riconoscere anche le opposizioni in un consiglio comunale. Alla lista di opposizione più forte diamo una sorta di premio di minoranza, l'equivalente ai tre quarti di seggi spettante alle minoranze. In pratica la distribuzione di seggi sarà: il 60% alla maggioranza, il 30% all'opposizione ed il 10% proporzionale alle altre liste di minoranza.

Crediamo infatti che la legge nazionale e ancora di più questa abbiano fallito sull'aspetto di favorire l'alternanza, se da un lato con l'elezione diretta del sindaco si rafforza la giunta, ancora di più, se viene dato un premio di maggioranza, dall'altro la distribuzione proporzionale di seggi alla minoranza rende l'opposizione troppo debole, perché essa rimane frammentata.

Ho letto questi appunti per fare una sintesi di questa modifica all'art. 27, considerando che questo articolo è stato scritto, perché avevamo tentato di impostare un certo discorso su tutto il disegno di legge, però mi rendo conto che gli emendamenti sono stati respinti e ci tengo moltissimo sottolineare che per me sarebbe importantissimo il discorso di un'unica preferenza.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? La parola all'assessore Giovanazzi.

GIOVANAZZI: Per dire che non possiamo condividere questo emendamento, perché stravolge completamente quella che è l'impostazione del disegno di legge della Giunta, praticamente, è stato illustrato anche dalla cons. Chiodi, che si prevede la lista di coalizione che per noi è un passo troppo lungo, si crea un bipolarismo e riteniamo che i sistemi così vadano introdotti a gradi, abbiamo introdotto questo sistema, però non facendo il salto completo dall'altra parte.

Abbiamo inteso introdurre questo ulteriore meccanismo successivamente, perciò non siamo favorevoli alla lista di coalizione, la preferenza unica è una via di mezzo perché ce ne erano quattro prima, c'è stata anche una consultazione ulteriore dopo quel referendum e si sono espressi gli stessi amministratori, sindaci, ecc., per le due preferenze. Abbiamo ritenuto di inserire quelle nella nostra proposta.

Si introduce anche la scheda unica e il voto congiunto e su questo siamo rimasti a metà strada, perché la scheda unica c'è, mettiamo nelle condizioni gli elettori di avere l'immediatezza della situazione di poter vedere i collegamenti ma riteniamo che il voto congiunto non ci possa essere, perché è un collegamento troppo diretto ai partiti e alle liste.

Per quanto riguarda quel premio di minoranza siamo contrari, per non andare a creare proprio questo bipolarismo immediato.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedetti, ne ha facoltà.

BENEDETTI: Grazie, Presidente. Per guadagnare tempo intervengo sull'emendamento Chiodi, anche se poi c'è un emendamento mio, ma visto che abbiamo toccato questi temi forse è meglio intervenire tutti, così poi andiamo avanti più celermente.

Questo è il primo degli articoli che introduce la preferenza unica e quindi farò un intervento su questa, che vale anche per gli articoli successivi.

Per quanto riguarda la preferenza unica avevo già espresso le mie idee anche in commissione, ritengo ci sia una valorizzazione della persona, su questo penso che nessuno possa dire il contrario e sicuramente anche delle proprie responsabilità e questo porta ad una preferenza che deve essere unica, anche per ampliare la probabilità di fare buone scelte ed anche in ossequio a quella che è stata la volontà del referendum, in quanto sappiamo che una percentuale molto alta, anche in Trentino-Alto Adige, ci ha portato alla preferenza unica. Dico che il tradire la preferenza unica non può che essere

l'espressione di una odiosa arroganza e di un interesse sicuramente che alcuni partiti vogliono mantenere su queste liste.

Il mio dispiacere massimo va ai colleghi della SVP, che sicuramente non hanno saputo comprendere tutto ciò, o probabilmente non hanno voluto e sicuramente sfruttando anche quell'eccesso di disattenzione e di delega che il loro elettorato gli dà.

Questo penso non abbia motivi di scusanti e ritengo che così la SVP finisce per rappresentare la parte più arretrata delle formazioni politiche, non solo italiane, ma europee.

Per queste ragioni, per evitare il formarsi delle solite cordate elettorali, che falsificano di fatto la volontà del popolo e favoriscono l'elezione di personaggi legati al carro di altri, ritengo sia opportuno ed onesto scegliere la preferenza unica.

Le liti poi all'interno delle formazioni, che si sono avute in questi ultimi anni, proprio per il fatto di essersi legati al più forte e poi di essere stati traditi al momento dello spoglio delle preferenze, penso siano facilmente riscontrabili.

Sul fatto poi che il risultato, qualcuno obiettava, non cambi, cioè che, se uno sia legato ad un soggetto forte finisca con arrivare a 700 preferenze e senza il legame arriva a 70, voglio dire che il prodotto finale non cambi ha un suo peso, perché in un paesino, soprattutto stiamo parlando dei 3000 abitanti, il fatto di riuscire a portare per luce propria 30 preferenze o portarne 100 sicuramente questo dà adito al soggetto di andare a reclamare poltrone o comunque qualcosa che non gli appartiene, perché non è una luce sua, è solo il fatto di essere amico o comunque conoscente del più forte e del più stimato.

Quindi ognuno deve brillare di luce propria e su questo la preferenza unica ritengo sia indispensabile.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Sind noch weitere Wortmeldungen? Keine.

Abg. Passerini.

PRESIDENTE: Altri desiderano intervenire? Nessuno.

Cons. Passerini, prego ne ha facoltà.

PASSERINI: Brevemente, avendo un emendamento successivo che propone la preferenza unica, intervengo adesso, in modo che possiamo accelerare i lavori. Aggiungo solo qualche considerazione a quelle già espresse da Benedetti e Chiodi, vale a dire, noi andiamo ad approvare una legge sull'elezione diretta del sindaco, vorremmo che anche l'elezione dei consiglieri comunali fosse un'elezione diretta e non un'elezione indiretta e che quindi anche ciascun consigliere comunale fosse eletto in base al suo consenso, al consenso che ha tra i cittadini e non in base al fatto che c'è qualcuno che lo trascina, non in base al fatto che c'è una cordata che permette a qualcuno che non ha il consenso dei cittadini di ottenere voti che non sono altrimenti suoi. Quindi la preferenza

unica fa sì che l'eletto sia eletto per forza sua e non per forza di altri e quindi davvero il potere di elezione sia in mano effettivamente agli elettori e non ai partiti, che magari possono imporre un candidato, che non ha il gradimento degli elettori, ma viene eletto perché trascinato da un candidato molto più forte.

Già il referendum si è espresso in maniera massiccia su tale questione e quindi sarebbe anche il caso di tener fede ad un voto che i cittadini hanno manifestato in modo così chiaro. Mi pare che in questo Consiglio ci sono delle forze politiche che a suo tempo hanno appoggiato la preferenza unica e che oggi invece propongono la doppia preferenza. Il consigliere Benedikter direbbe che si stabiliscono delle regole e poi all'italiana si trovano le eccezioni, però mi pare che anche colleghi di lingua tedesca siano disponibili a trovare queste eccezioni e quindi il gusto delle eccezioni alle regole non ha confini linguistici, quando ci sono le convenienze, tutti ci si trova d'accordo.

Quindi sarebbe davvero opportuno che questa proposta di introdurre la preferenza unica fosse coerentemente accolta, così come a suo tempo la maggior parte delle forze politiche qui presenti si erano espresse in occasione del referendum.

PRÄSIDENT: Der Abg. Gasperotti hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Gasperotti.

GASPEROTTI: Voglio intervenire su questo argomento delle preferenze, perché in coerenza con quanto detto stamattina in maniera piuttosto forte, anche se non ha avuto i risultati che mi aspettavo, qui si può giocare il ruolo, la potenzialità che ci sarà in tutte le liste della presenza di donne anche all'interno dei consigli comunali. Al mio paese vorrei votare per un uomo e per una donna e quindi questa possibilità la ho solo, se ho due preferenze, non ho detto quattro, nemmeno otto, ho detto due.

Abbiamo osservato gli effetti del referendum Segni e chi ha usato questo referendum per adottare soluzioni che non sono state coerenti rispetto a quanto chiesto all'elettorato che era: evitiamo i brogli, le cordate, facciamo in modo che sia tutto trasparente. Abbiamo visto che quel tipo di broglio è rimasto ancora assieme, anzi ancora peggio, perché le cordate sono state fatte in casa, in famiglia magari o con dei mezzi di comunicazione, come Berlusconi ha adottato nel suo modo di farsi conoscere.

Quindi era solo per precisare che la preferenza unica non dà risposta al quesito: presenza donna-uomo, anzi lo nega.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen?
Abg. Pinter, bitte.

PRESIDENTE: Ci sono altri interventi?
Cons. Pinter, prego.

PINTER: Per avere una certezza, da parte della Presidenza, che l'approvazione o meno di questo emendamento sostitutivo dell'articolo 27 non pregiudica la votazione

sull'emendamento Passerini o Benedetti, rispetto ad una sola preferenza, perché questo è interamente sostitutivo.

PRÄSIDENT: Danke, es ist nicht im Widerspruch und somit kann der Antrag Passerini auch zur Behandlung kommen, und zwar unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung.

Keine weiteren Wortmeldungen? Dann stimmen wir jetzt über den Antrag der Abg. Chiodi, Alessandrini und Viola ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Den ganzen Abänderungsantrag. Es ist keine getrennte Abstimmung verlangt worden, also wird über den ganzen Antrag abgestimmt. Das ist ein Abänderungsantrag, der als ganzer vorgelegt worden ist. Wenn keine getrennte Abstimmung verlangt wird, der wir natürlicherweise gerne Rechnung tragen, wenn sie jemand wünscht, dann stimmen wir über den ganzen Antrag ab.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Für den Abänderungsantrag der Abg. Chiodi? Eine Stimme. Wer ist dagegen? Jedenfalls mehr als eine. Wer enthält sich der Stimme?

Mit 13 Stimmenthaltungen bei einer Ja-Stimme und dem Rest Nein-Stimmen ist der Abänderungsantrag nicht genehmigt.

PRESIDENTE: Grazie, non è in contrasto con l'esito della votazione e quindi l'emendamento del cons. Passerini può essere trattato indipendentemente da detto esito.

Altri desiderano intervenire? Nessuno. Votiamo allora l'emendamento Chiodi, Alessandrini e Viola. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. E' in votazione l'intero emendamento, visto che non è stata avanzata la richiesta di votazione separata; siamo chiamati ad esprimerci sull'intero emendamento, presentato come proposta globale. Se nessuno chiede la votazione separata, alla quale provvederemo se dovesse venir richiesta, voteremo l'intero emendamento.

Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Chi è a favore dell'emendamento della cons. Chiodi? Un voto favorevole. Contrari? Più di un voto. Astenuti?

Con 13 astensioni, un voto favorevole e il resto contrari l'emendamento è respinto.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zum Antrag Benedetti.

Wer meldet sich zu Wort?

Abg. Benedetti

Also wird in Deutsch verlesen. Herr Denicolò, bitte.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'emendamento del cons. Benedetti.

Qualcuno desidera intervenire?

Cons. Benedetti.

Ne daremo lettura in tedesco. Vorrei invitare il signor Denicolò a provvedervi.

DENICOLO': Absatz 2 wird durch folgenden ersetzt:

Jeder Wähler wählt einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters, indem er mit dem Kopierstift ein Zeichen auf das entsprechende Listenzeichen setzt. Er kann außerdem eine Vorzugsstimme für einen Kandidaten für das Amt eines Ratsmitgliedes abgeben, der in der Liste enthalten ist, welche mit dem ausgewählten Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, indem er dessen Zunamen und, falls erforderlich, dessen Vor- und Zunamen in die unter demselben Listenzeichen eigens vorgedruckten Zeilen schreibt. Sollte der Kandidat zwei Zunamen haben, so kann der Wähler bei der Abgabe der Vorzugsstimme auch nur einen davon schreiben. Beide Zunamen und gegebenenfalls Geburtsort und Geburtsdatum müssen jedoch angegeben werden, falls Verwechslungen mit anderen Kandidaten aufkommen könnten.

Il comma 2 è sostituito dal seguente:

Ciascun elettore vota per un candidato alla carica di sindaco, segnando con la matita copiativa il relativo contrassegno. Può altresì esprimere un solo voto di preferenza per candidati alla carica di consigliere comunale compresi nella lista collegata al candidato alla carica di sindaco prescelto, scrivendone il cognome e se necessario il cognome e il nome delle apposite righe stampate sotto il medesimo contrassegno. Qualora il candidato abbia due cognomi, l'elettore nel dare la preferenza può scriverne solo uno. L'indicazione deve contenere entrambi i cognomi quando vi sia possibilità di confusione fra più candidati ed all'occorrenza data e luogo di nascita.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen zum Abänderungsantrag Benedetti?

Wollen Sie zur Erläuterung das Wort? Bitte, Abg. Benedetti.

PRESIDENTE: Qualcuno desidera intervenire in merito all'emendamento del cons. Benedetti?

Per l'illustrazione? Prego, cons. Benedetti.

BENEDETTI: Ho detto tutto prima, presidente, quindi si tratta solo di ridurre ad una preferenza, anziché due, come proposto dal testo.

PRÄSIDENT: Danke für diese spezifische Erläuterung.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab. Wer mit dem Antrag Benedetti einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? 9 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? 3.

Bei 9 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und dem Rest Gegenstimmen ist der Abänderungsantrag nicht genehmigt.

PRESIDENTE: Grazie per l'illustrazione.

Qualcuno desidera intervenire? Nessuno. Votiamo l'emendamento. Chi è a favore dell'emendamento del cons. Benedetti è pregato di alzare la mano. 9 voti favorevoli. Contrari? La maggioranza. Astenuti? 3 astenuti.

Con 9 voti favorevoli, 3 astensioni e il resto contrari l'emendamento è respinto.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Antrag Passerini: In Absatz 2 werden die Worte "zwei Vorzugsstimmen" durch die Worte "eine Vorzugsstimme" ersetzt.

Das ist jetzt hinfällig, weil das der gleiche Abänderungsantrag wie der andere ist, den wir gerade abgelehnt haben.

PRESIDENTE: Passiamo all'emendamento del cons. Passerini: Al comma 2 le parole "due voti di preferenza" sono sostituite dalle parole "un voto di preferenza".

Questo emendamento decade perché è identico a quello che abbiamo appena respinto.

PRÄSIDENT: Abänderungsantrag der Abg. Chiodi. Da geht es wiederum um die Reduzierung der Vorzugsstimmen auf eine. Das ist der gleiche Abänderungsantrag, der die Vorzugsstimmen auf eine reduzieren wollte. Ein bißchen mehr ausgeführt, aber er steht im Widerspruch zur bereits beschlossenen Maßnahmen des Regionalrates.

Dann kommen wir zum nächsten Abänderungsantrag der Abg. Wanda Chiodi. In Absatz 5 des Artikels 27 werden die Worte "drei Fünftel der dem Gemeinderat zugewiesenen Sitze" durch die Worte "zwei Drittel der dem Gemeinderat zugewiesenen Sitze" ersetzt.

Al comma 5 dell'articolo 27 le parole "sono attribuiti tre quinti dei seggi" sono sostituite dalle parole "sono attribuiti due terzi dei seggi". Abänderungsantrag der Abg. Chiodi.

Möchten Sie das Wort zur Erläuterung, Frau Abgeordnete? Bitte schön.

PRESIDENTE: Emendamento della cons. Chiodi. Anche questa proposta emendativa concerne la riduzione dei voti di preferenza ad un solo voto. E' un po' più specifico, ma è in contrasto con la decisione assunta dal Consiglio regionale poc' anzi.

Passiamo al prossimo emendamento della cons. Wanda Chiodi. Al comma 5 dell'articolo 27 le parole "sono attribuiti tre quinti dei seggi" sono sostituite dalle parole "sono attribuiti due terzi dei seggi". Emendamento della cons. Chiodi.

Desidera intervenire per l'illustrazione, consigliere? Prego.

CHIODI: Credo di dire che lo scopo di questo emendamento è quello di aumentare nei comuni piccoli la consistenza della maggioranza che appoggia il sindaco. La maggioranza di 9 su 15 del disegno di legge, secondo me, è troppo risicata, sia se si tiene conto che oggi sotto i 1000 abitanti la maggioranza è di 12 su 15, sia se si tiene conto che la legge nazionale prevede una maggioranza di due terzi, quindi 10 su 15,

oltre al fatto che nella legge nazionale il sindaco non fa parte del numero dei componenti del consiglio, qui invece sì e quindi rafforza ulteriormente la maggioranza.

Credo che sarebbe giusto se tentassimo di avvicinarci alla legge nazionale, più che altro per garantire la governabilità in tali comuni. Con maggioranze troppo risicate infatti bastano una o due persone per mettere in pericolo la stabilità della giunta.

PRÄSIDENT: Ich danke der Frau Abgeordnete für die Erläuterung.

Wer meldet sich zum Abänderungsantrag der Abg. Chiodi zu Wort?

Bitte schön, Abg. Pinter.

PRESIDENTE: Ringrazio la consigliere per l'illustrazione.

Qualcuno desidera intervenire in merito all'emendamento della cons. Chiodi?

Prego, cons. Pinter, ne ha facoltà.

PINTER: Volevo solo fare una constatazione rispetto a questa proposta, non credo che sia determinante nè in un senso, nè in un altro se la previsione di assegnazione della maggioranza nei comuni sotto i 3000 abitanti sia di 10 consiglieri su 15 o di 9 su 15. Devo peraltro rilevare una delle ragioni più importanti per le quali era stata posta in sede di commissione questa previsione dei tre quinti è che la maggioranza non avesse la maggioranza in prima battuta per modificare lo statuto comunale e si determinasse, almeno inizialmente, una condizione di consenso più ampia della maggioranza, la stessa cosa valeva per la presidenza del consiglio, è chiaro che questa legge ha rimosso i due terzi come requisito per l'elezione del presidente del consiglio, grazie al prezioso apporto del cons. Levegghi, e devo dire che da questo punto di vista forse ha anche senso il ripristino dei due terzi, cioè meno condizione di garanzia, perché vengono a mancare le altre condizioni.

Mi preme sottolineare che, tale questione è emersa anche in un incontro con tutti i sindaci della nostra provincia di Trento, a me ha fatto un po' specie - lo rilevo pubblicamente - il fatto che quasi tutti gli interventi degli amministratori comunali e sindaci era su questo punto, quasi che fosse condizione di vita o di morte avere 10 anziché 9 consiglieri comunali, con una imbeccatina della giunta, che ha preso i proponenti come scarica fulmini, rispetto a tale questione.

Allora credo che non si stravolge niente, però ci sembrava che 9 consiglieri su 15 fossero un numero consistente della maggioranza, però quello che volevo sottolineare è che c'è stata senz'altro un'esasperazione sulle necessità del governo, anche perché ci sono state maggioranze che si sono spaccate, ci sono maggioranze 8 a 7 nelle nostre amministrazioni che hanno reso difficile il governo, per cui è diventato molto più importante di quanto non sia questo rapporto tra maggioranza e minoranza. Volevo solo sottolinearlo, perché non credo passi qui il discrimine tra il governare o non governare, tra maggioranza e minoranza, tra democrazia o meno.

Quindi personalmente non condivido lo spirito dell'emendamento della cons. Chiodi, anche se non ritengo che stravolga i rapporti complessivi del confronto democratico all'interno dei consigli sotto i 3000 abitanti.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Pinter.

Sie machen mich nur zur Prozedur aufmerksam. Der Abänderungsantrag der Abg. Chiodi ist inhaltlich mit dem Antrag des Ausschusses identisch und somit werden die beiden Anträge bei der Debatte und auch bei der Abstimmung zusammengelegt. Es wird also einmal abgestimmt.

Jetzt darf ich das Wort weitergeben. Wer wollte das Wort? Der Assessor zur Replik?

Bitte schön, Abg. Taverna, dann Abg. Benedetti.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Pinter.

Lei richiama la mia attenzione sulla procedura. L'emendamento della cons. Chiodi è dello stesso contenuto dell'emendamento della Giunta, per cui svilupperemo un' unica discussione ed anche un' unica votazione.

Qualcuno desidera prendere la parola? L'assessore per la replica?

Prego, cons. Taverna, poi il cons. Benedetti.

TAVERNA: Signor Presidente, riteniamo che l'emendamento proposto dalla collega Chiodi del PDS, sia un emendamento che spinga ad una soluzione fin troppo maggioritaria. Riteniamo infatti che nei comuni, ad esempio con un consiglio comunale di 15 consiglieri, sia preferibile adottare il criterio della ripartizione dei tre quinti anzichè quello proposto dall'emendamento. In buona sostanza se mantenessimo in essere la previsione di cui al comma 5 dell'art. 27 nella stesura originaria noi avremmo il rapporto così determinato: maggioranza 9 consiglieri, opposizione 6 consiglieri.

Riteniamo che non si possa parlare di necessità di giungere ad un rapporto diverso per garantire la questione della governabilità. La governabilità è data dai numeri, 9 consiglieri collegati al sindaco determinano oggettivamente la governabilità, se governabilità è in qualche modo compromessa, questa compromissione deriva da una questione che si verrebbe a creare in relazione ad una conflittualità che nasce all'interno della maggioranza medesima.

Quindi il problema non è determinato dal fatto che la minoranza, con 6 consiglieri possa in qualche modo incidere sulla legittima aspirazione alla governabilità del comune, il rapporto relativo alla governabilità può essere in qualche modo soltanto compromesso dalla conflittualità all'interno della maggioranza. Quindi l'opposizione non recita alcun ruolo in questa vicenda e la opposizione viene a trovarsi nella condizione di essere maggioranza, soltanto se la maggioranza di cui i componenti sono 9, si trova nella condizione di rompersi.

Quindi è un problema della maggioranza e non un pericolo della minoranza quello della compromissione del principio di governabilità alla luce di questa semplice considerazione. Pertanto se va in crisi la maggioranza, va anche con 10

consiglieri, di conseguenza perché noi dobbiamo ulteriormente avvantaggiare questa proporzione del maggioritario, non è una contraddizione quando parlo di proporzione del maggioritario, dobbiamo pur sempre tener conto che è necessario consentire, anche all'interno dei consigli comunali dei comuni con popolazione inferiore ai 3000 abitanti, la necessità di una rappresentanza la più larga possibile, tenuto altresì conto che da un lato abbiamo disegnato un sistema che garantisce, costruisce un rafforzamento dell'esecutivo, ma dall'altro dobbiamo garantire che questo meccanismo istituzionale sia sufficientemente idoneo per consentire alla minoranza, che è una minoranza variegata, estesa, la possibilità che questa minoranza sia qualificata con la presenza nella società civile delle istanze che ovviamente non trovano riscontro nel complesso rapporto maggioranza-minoranza e sindaco eletto direttamente.

In questa ottica noi non condividiamo la conclusione che l'emendamento Chiodi verrebbe a determinare e di conseguenza, proprio alla luce del ragionamento molto semplice e lineare che ho cercato di argomentare, si basa la nostra contrarietà, che ovviamente sarà sottolineata con un voto negativo all'emendamento medesimo.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Faccio presente che se venisse approvato l'emendamento Chiodi decade quello della Giunta.

Ha chiesto la parola il cons. Benedetti.

BENEDETTI: Grazie, Presidente. Intervengo perché l'intervento del cons. Pinter mi ha stimolato la memoria per ricordare meglio come questo fatto sia andato in commissione ed in discussione quando eravamo dell'idea di presentare un testo unico.

Avevamo optato, d'accordo con il cons. Taverna, su quanto lui precedentemente ha detto, e quindi avevamo fatto una proposta di questo genere, naturalmente ci siamo trovati poi invitati in una riunione preordinata, con l'assessore Giovanazzi, in quanto già concordata con le associazioni dei comuni, che all'unanimità ci imputavano di essere i difensori delle opposizioni e coloro che non accettavano una legge che desse governabilità.

Riteniamo di avere fatto un ragionamento serio su questo tema e di essere arrivati a delle percentuali che garantissero comunque tutti, anche perché, in occasione di questo incontro con i sindaci, ho chiesto quanti dei nostri comuni attualmente erano saltati per il volere delle opposizioni, è risultato che nessuno era in crisi per tale volere, bensì per fratture all'interno della maggioranza e questo è un dato di fatto. Quindi poco cambia, noi dimostrando anche una buona volontà per arrivare ad un testo unico abbiamo anche detto che sia l'aula ad esprimersi su questo.

Su questo punto direi che non si è comportato altrettanto coerentemente l'assessore Giovanazzi, perché ci ha portato proprio in questa assemblea davanti a dei sindaci preordinatamente indirizzati e quindi abbiamo rischiato di fare la figura del "carota", ma abili come siamo, io ed il cons. Pinter, ce la siamo cavata abbastanza bene.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Esprimo il mio parere sulla questione dei tre quinti e due terzi. Non c'è dubbio che la difficoltà dopo è quella di rappresentare effettivamente, all'interno del Consiglio tutte le forze presenti nella società, quindi la necessità di avere una sorta di seggi tali da permettere che anche i partiti che hanno un quorum da soli, abbiano la possibilità di entrare.

Certo che limitiamo ed alziamo la soglia e quindi avremo comuni come Pinzolo, cui avevamo il sindaco, 2.974 abitanti, regolati da questa norma e voi vi immaginate Pinzolo regolato da 15 consiglieri, perché questa è la regola, di cui 10 sono di maggioranza e 5 di opposizione.

La presenza di liste non siamo noi a determinarne il numero, ci auguriamo che ogni lista presenti un programma, abbia un seguito, sia la corrispondenza delle esigenze della società di quel paese. Quindi la necessità di dare spazio alle minoranze come tali e questa necessità trova sbocco maggiore quando si parla di 9 consiglieri per la maggioranza e 6 per l'opposizione.

Insisto su tale questione, perché è vero che c'è anche il comune piccolo da meno di 1000 abitanti, ma l'elenco dei comuni da 2000 a 3000 abitanti è abbastanza fitto; sono 19 comuni e Villalagarina fa 2800, Pinzolo 2900, Moena 2500, Civezzano 2700, quindi questi comuni sono regolati da questa regola, tenere conto di queste rappresentatività dovrebbe essere un nostro obiettivo.

Insisto sul fatto che si mantengano i 9 consiglieri per la maggioranza e i 6 per l'opposizione.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, abbiamo notato un sussulto da parte dell'assessore Giovanazzi, allora noi siamo sempre vigili ai sussulti, soprattutto quando si tratta di sussulti assessorili e la omogenea opposizione della maggioranza, con le tesi del PDS, ci hanno tirato un po' per la giacca, signor assessore, anche perché non possiamo non sottolineare con un certo stupore come il PDS, da sempre partito che a parole aveva come obiettivo quello di garantire il massimo di rappresentatività nelle istituzioni, a questo punto scopriamo che il PDS è un agguerrito sostenitore e ci fa piacere che noi siamo stati i primi ad essere sostenitori dell'elezione diretta del sindaco, ma addirittura ci accorgiamo e a questo punto sottolineiamo con un certo disappunto come il PDS abbia tradito la sua quarantennale posizione, in relazione al mutamento di opinione rispetto ad una imposizione che a nostro giudizio va al di là di una qualsiasi ragionevole soluzione maggioritaria del problema. Tant'è che noi abbiamo sempre pensato che, se da un lato è giusto rafforzare l'esecutivo ed il rafforzamento dell'esecutivo, l'elezione diretta del sindaco rappresenta un passo in avanti per togliere la figura del sindaco dalla necessità che la stessa fosse fortemente condizionata nel momento in cui questa figura veniva votata dal gioco della partitocrazia e allora il rafforzamento dell'esecutivo, in primo

luogo l'elezione diretta del sindaco consentiva al capo dell'esecutivo di essere sottratto dall'ipoteca partitocratica, derivante dalla lottizzazione dell'incarico del primo cittadino.

Sostenere, attraverso l'emendamento che abbiamo innanzi agli occhi, la necessità di garantire la governabilità, portando sostanzialmente in cifra percentuale la maggioranza ad un 66% e riducendo quindi la opposizione ad un 34%, questa ulteriore visione maggioritaria, se da un lato non va in alcun modo a incidere sulla questione della governabilità, perché 9 consiglieri rappresentano uno strumento più che garantista rispetto al raggiungimento dell'obiettivo o della difesa della governabilità, d'altro canto abbassando in termini reali di rappresentatività nell'ambito del consiglio comunale la opposizione ad un 33% e quindi in buona sostanza venendo a essere questa soluzione diversa rispetto alla soluzione proposta per i comuni che hanno più di 3000 abitanti, evidentemente non possiamo, sul piano del principio, pensare che nei comuni con più di 3000 abitanti si possa ipotizzare un rapporto maggioranza e opposizione di 60 e 40, mentre invece nei comuni inferiori a 3000 abitanti immaginare che questo rapporto sia del 66% e 33% rispettivamente.

Quindi anche sotto questo profilo, sul piano del principio non possiamo accettare questa soluzione, perché ci sembra fortemente discriminatoria rispetto alla esigenza sì di garantire la governabilità, ma non sicuramente l'obiettivo di ridurre in modo decisivo la possibilità che sia costituita, a livello di opposizione, una opposizione pluralista per quanto riguarda la rappresentazione all'interno delle istituzioni, di quella voce variegata e diversa, che proprio nell'ambito della società civile noi dovremmo comunque poter garantire.

Allora, proprio alla luce di queste considerazioni, sosteniamo con forza la necessità di dover respingere l'emendamento PDS e di conseguenza respingendo questo emendamento si deve anche bocciare la previsione della maggioranza della Giunta a questo riguardo, anche perché, signor assessore, sono perfettamente convinto che il partito dei sindaci, perché a questo punto si viene a determinare e a creare nella realtà il partito dei sindaci, un partito che sarà espressione di scelte di natura partitocratica, proporzionalista, che ha convissuto in tutti questi anni con il partito di coloro che dovrebbero in primo luogo essere particolarmente sensibili, rivolti quindi a interessi di tutela della collettività e non certamente agli interessi che sono direttamente connessi all'esercizio del loro mandato, mentre in futuro, per effetto della norma, così come era concepita nel testo licenziato dalla commissione, garantiva meglio e di più l'esigenza di contemperare due obiettivi, da un lato quello di creare le condizioni per la governabilità, intesa in senso obiettivo e dall'altra la possibilità di consentire una soluzione, che da un lato dia la possibilità più larga di rappresentanza della società civile e dall'altro consenta anche a quella società di essere rappresentata e quindi di essere strumento di controllo nei confronti di quell'esecutivo, che per la logica della disposizione si trova nella condizione di essere soltanto in questo modo garantita; per quanto riguarda l'efficienza e l'efficacia della maggioranza, che determinerebbe, a mio giudizio, la efficienza e l'efficacia dell'esecutivo, alla luce peraltro del fatto che non possiamo scaricare sull'opposizione le eventuali contraddizioni e conflitti che dovessero

sorgere all'interno della maggioranza, quindi di conseguenza essere la maggioranza stessa artefice della propria caduta in minoranza.

Credo che lo spirito che ho cercato di rappresentare con questo intervento sia uno spirito di partecipazione e di democrazia che dovrebbe essere valutato con sufficiente profondità dall'assemblea.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento Chiodi. E' stata chiesta la votazione per appello nominale. Iniziamo con il nominato della cons. Klotz.

DENICOLO': Klotz (*nein*), Kofler (*non presente*), Kury (*nein*), Laimer (*ja*), Leitner (*non presente*), Leveghi (*sì*), Magnabosco (*non presente*), Mayr C. (*non presente*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*no*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*sì*), Moser (*sì*), Munter (*non presente*), Muraro (*astenuto*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*sì*), Panizza (*sì*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*no*), Romano (*sì*), Saurer (*non presente*), Taverna (*no*), Tosadori (*sì*), Tretter (*sì*), Valduga (*sì*), Vecli (*non presente*), Viola (*non presente*), Waldner (*non presente*), Willeit (*non presente*), Zanoni (*sì*), Zendron (*no*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*non presente*), Arena (*astenuto*), Atz (*ja*), Benedetti (*no*), Benedikter (*nein*), Benussi (*no*), Berger (*ja*), Binelli (*sì*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*non presente*), Casagrande (*non presente*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*sì*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*astenuto*), Di Puppò (*sì*), Divina (*sì*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*non presente*), Frasnelli (*ja*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*no*), Giordani (*sì*), Giovanazzi (*sì*), Grandi (*sì*), Holzer (*sì*), Holzmann (*no*), Hosp (*non presente*), Kasslatte Mur (*ja*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale:

votanti	47
sì	31
no	11
astenuti	5

Il Consiglio approva.

Decade l'emendamento della Giunta.

C'è un altro emendamento della cons. Chiodi ed altri, che recita: al comma 5, dell'articolo 27, penultimo periodo, le parole "I restanti seggi sono attribuiti proporzionalmente tra le altre liste" sono sostituite dalle parole: "I restanti seggi sono attribuiti alla lista collegata al candidato alla carica di sindaco che ha conseguito il secondo miglior risultato".

Al comma 6, ultimo periodo, le parole "ad ogni lista di minoranza" sono sostituite dalle parole "alla lista di minoranza".

Prego dare lettura del testo tedesco.

DENICOLO': In Absatz 5 des Artikels 27 vorletzter Satz werden die Worte "Die restlichen Sitze werden verhältnismäßig den anderen Listen zugewiesen" durch die Worte "Die restlichen Sitze werden jener Liste zugewiesen, die mit dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, der das zweitbeste Ergebnis erreicht hat" ersetzt.

In Absatz 6, letzter Satz, werden nur im italienischen Text die Worte "ad ogni lista di minoranza" durch die Worte "alla lista di minoranza" ersetzt. Im deutschen Text bleiben die Worte "der Minoritätsliste" unverändert.

In Absatz 5 des Artikels 27 werden die letzten zwei Sätze - "Die restlichen Sitze... laut Art. 35." - durch folgenden Satz ersetzt: "Die restlichen Sitze werden jener Liste zugewiesen, die mit dem Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, der das zweitbeste Ergebnis erreicht hat."

PRESIDENTE: La prima firmataria intende illustrare l'emendamento? Prego, cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: Intervengo per illustrare questo emendamento, perché mi pare abbastanza importante, in quanto individua un meccanismo chiaramente maggioritario per l'elezione nei comuni piccoli. Per avere di fronte il quadro della situazione, il meccanismo attuale non è definibile maggioritario, in quanto può essere definito più propriamente un sistema proporzionale con premio di maggioranza alla lista collegata al sindaco vincente.

Questa è un'ipotesi che secondo noi non agevola i processi di qualificazione degli ordinamenti che a noi interessano e vogliamo quindi che nei comuni piccoli ci sia un sistema chiaramente maggioritario. Quindi chi vince ha una maggioranza certa nel consiglio, il primo dei soccombenti rappresenta l'opposizione e quindi si candida essere non solo elemento di controllo, ma una possibile alternativa nella logica dell'alternanza e del ricambio.

Credo che nei comuni piccoli, quindi i comuni sotto i 3000 abitanti, questa è un'ipotesi facilmente praticabile, assisteremo o auspicabilmente da aspettarsi che nei comuni piccoli si presentino per loro natura liste di programma, non collegate quindi immediatamente ad un'espressione partitica, quindi è più facile che il confronto possa nascere sul piano solamente programmatico e anche per questo, proprio perché nei comuni piccoli questa è una tendenza già nelle cose, mi pare che affermarla anche sotto il profilo di un coerente sistema elettorale sia più che opportuno.

A noi interessa che nel nuovo ordinamento, che si andrà a costruire, si abbia una più accentuata dialettica fra maggioranza ed opposizione, questo è il sale di una democrazia autentica, una democrazia nella quale ci sia non solo la dialettica tra consiglio ed esecutivi, ma sia più accentuata la dialettica tra maggioranza ed opposizione.

Mi auguro che, vedendo anche la situazione specifica nella quale questo emendamento si colloca, i comuni piccoli della provincia di Trento si possa

comprendere che questo facilita una sana democrazia in questi comuni, facilita la costruzione di comuni che sappiano rispondere ai bisogni dei propri cittadini e si vada quindi ad accentuare questi processi di riforma in senso esplicitamente maggioritario, favorendo quindi la costruzione di maggioranze responsabili nei confronti dei cittadini che le hanno elette, collegate a programmi specifici sulle quali queste maggioranze nascono, garantite da un sindaco che abbia avuto una sanzione diretta da parte dei cittadini ed abbiano queste maggioranze una efficace compresenza non di minoranze genericamente così definite, ma di minoranze già coalizzate su programmi e su possibili leader nella competizione, perché questa opposizione possa candidarsi realmente a governare il comune, se la maggioranza che ha avuto la sanzione in una elezione non dovesse rispondere di fronte ai propri cittadini, rispetto alla realizzazione del programma per il quale questa maggioranza è stata realizzata ed è stata sanzionata con il voto popolare.

Questa proposta è chiara ed è esclusivamente maggioritaria nei comuni secondo la nostra prospettiva, con i prossimi emendamenti tenderemo a rafforzare questo modello, prevedendo però che accanto a una maggioranza e una posizione chiaramente individuate, ci sia anche lo spazio nelle assemblee elettive per mantenere quelle presenze di testimonianza e di iniziativa politica, che possono essere utili per il gioco democratico.

Nei comuni piccoli mi pare che l'esigenza di una rappresentanza a liste di pura testimonianza servano a molto meno ed è per questo che proponiamo che chi vince abbia una maggioranza visibile e consistente, chi perde si prende il restante dei seggi.

E' facile che qualcuno possa dire che questo meccanismo penalizza le piccole forze, questo meccanismo non penalizza le piccole forze, le costringe a coalizzarsi assieme a forze che abbiano prospettive programmatiche analoghe o comunque coalizzabili, questo è un meccanismo quindi che favorisce invece la confluenza di soggetti politici diversi all'interno di una prospettiva per la quale uno si candida essere o maggioranza o opposizione.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Pinter.

PINTER: Per dire che non condivido niente di quanto il cons. Alessandrini ha sostenuto nel suo intervento, anche se riconosco la coerenza del ragionamento che sostiene le valutazioni del cons. Alessandrini e del gruppo del PDS. Avevamo già iniziato il dibattito in sede referendaria, in quella sede le mie posizioni sono risultate perdenti, però sono tuttora convinto che il ragionamento che ha fatto adesso Alessandrini va in una direzione che non è accettabile, perché porta a scarsissimi vantaggi e tantissimi svantaggi, ma sono unicamente ed esclusivamente per le minoranze.

Credo che, tra le altre cose, il gruppo del PDS non ha un grande passato di maggioranza, quindi probabilmente hanno vissuto le situazioni come forza di minoranza e dovrebbero essere un po' più attenti al problema della tutela delle minoranze, perché stavo pensando all'ipotesi che in alcune realtà comunali, dove la maggioranza non gode soltanto di una maggioranza relativa, ma un po' più consistente,

con il sistema proposto da Alessandrini potrebbe non soltanto ottenere il 60%, ma il 90% dei seggi, perché a questo punto si può organizzare su due liste, una prendo il 60%, l'altra il tre quarti delle minoranze, così rimane soltanto una briciola per l'estrema minoranza.

I piccoli comuni sono due, non perché non possa condividere l'opportunità che le minoranze si coalizzano per arrivare a raggiungere la minoranza, ma come ogni cosa si tratta di un ragionamento politico e di un accordo politico, se lo portiamo come meccanismo "coercitivo", non è detto che riusciamo ad ottenere grandissimi risultati in questa direzione ed in ogni caso, una volta che abbiamo anche assegnato un premio di maggioranza, quella del premio di minoranza non riesco a capirlo, nel senso che è evidente che se uno non ha conseguito i numeri per poter governare e quindi gli viene riconosciuto un qualcosa in più per avere la certezza del governo, non vedo perché devo andare all'interno delle forze di minoranza, premiarne una a scapito delle altre, salvo che uno non ritenga di arrivare sempre secondo e allora punta ad avere una quota di consensi maggiore. Il problema è che si può anche arrivare terzi nella vita e allora se si arriva terzi non si ha un riconoscimento numerico proporzionale della minoranza.

Se due minoranze, una al 25% e l'altra al 24%, non vedo che quella del 25% debba ottenersi il 90% dei consensi delle minoranze. E' una logica semplicistica, che non è motivata dalle ragioni del governo.

Contesto il sistema maggioritario, ma posso capire di garantire le forme del governo. Garantire i premi di minoranza accanto a quelli di maggioranza mi sembra veramente superfluo, anche perché poi abbiamo situazioni dove parliamo di 4, 5 consiglieri di minoranza, quindi non è che abbiamo da riattribuire o suddividere 20 seggi, dove potrebbe avere un senso la formazione delle coalizioni. E' chiaro che sono già presenze di testimonianza, i consigli comunali che per la maggioranza che hanno, per l'elezione diretta del sindaco hanno un potere elevatissimo, non c'è nemmeno il presidente del consiglio comunale di equilibrio dei poteri, a questo punto credo che veramente andremo a svilire ulteriormente le presenze delle minoranze stesse.

Capisco l'obiettivo che il cons. Alessandrini si pone, però abbiamo una realtà, ad esempio quella trentina, dove non abbiamo questo bipolarismo che tanto piace al PDS, abbiamo una realtà dove ci sono almeno tre poli e molto spesso 4 o 5 e non è soltanto per frammentazione delle minoranze, è perché c'è una minoranza di destra, una minoranza di sinistra, una coalizione di centro, per poi magari anche una coalizione autonomista.

E' difficile determinare condizioni di semplificazione rispetto questo, possiamo trovare possibilità di coalizione per determinare un governo, allora è evidente che se uno punta al governo l'accordo lo trova, lo trova sulla figura del sindaco e lo sostiene e poi avrà un riconoscimento di questa coalizione. Tutto quanto viene dopo, questa determinazione dell'elezione diretta del sindaco e della garanzia di una maggioranza mi pare veramente eccessivo e superfluo.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Frau Abg. Klotz. Sie hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo consigliere iscritto a parlare e la signora Klotz. Ne ha facoltà.

KLOTZ: Ganz kurz, nur um zu sagen, daß wir diesen Abänderungsantrag nicht verstehen. Wenn wir davon ausgehen, daß wir die Demokratie festigen wollen und auch zu einem politischen Wettbewerb anregen wollen, dann werden wir das damit nicht erreichen. Ich würde sagen, das führt zu einer politischen Inzucht. Es wird zwei starke Gruppierungen oder zwei starke Parteien geben und alle anderen haben im Grunde genommen überhaupt nichts mehr zu sagen. Ich weiß schon, daß das Trient ist.

Ich bin der Meinung, daß so etwas zu mehr Politikverdrossenheit führen muß und daß es dem demokratischen Prinzip einfach abträglich ist. Ich kann mir schon vorstellen, was die Hintergründe sind, nämlich daß man sagt, daß eine relativ starke Kontrolle da sein soll, aber die Gewähr ist auch dadurch nicht gegeben. Ich glaube, man muß dem demokratischen Spiel freier Kräfte auch ein wenig Spielraum lassen. Ich bin nicht überzeugt, daß man so zu mehr Demokratie kommt, eher bin ich vom Gegenteil überzeugt.

(Vorrei rilevare brevemente che non comprendiamo il senso di questo emendamento. Se partiamo dal presupposto di voler rafforzare la democrazia e incentivare anche la competizione politica, in questo modo non raggiungeremo l'obiettivo prefisso; produrremo invece un'atmosfera politica sterile. Vi saranno due raggruppamenti forti o due forti partiti e tutti gli altri non avranno più voce in capitolo. Lo so che concerne la provincia di Trento.

Ritengo che questo contribuisca ad una maggiore disaffezione per la politica e nuoccia ai principi democratici. Posso immaginare quale sia il secondo fine di una simile proposta, ovvero un maggiore controllo, ma mi pare che non vi sia una garanzia neppure per questo. A mio avviso si deve dare un po' più spazio anche alle forze libere. Non sono convinta che si raggiunga una maggiore democrazia, anzi sono convinta del contrario.)

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, bitte.

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, prego.

BENEDIKTER: Ich wollte mich nicht nur dem anschließen, was meine Kollegin gesagt hat, sondern auch ersuchen, daß die Einbringer besser erklären, wie mit diesem Antrag die Demokratie im Vergleich zum Staatsgesetz besser gefestigt werden soll.

Im Staatsgesetz steht für die Gemeinden: Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates in den Gemeinden mit einer Bevölkerung bis zu 15.000. Die Liste,

die mit jenem Wahlwerber für das Amt des Bürgermeisters verbunden ist, der die höchste Anzahl der Stimmen erhalten hat, werden zwei Drittel der im Gemeinderat zugewiesenen Sitze zugeteilt, mit Aufrundung auf die nächsthöhere ganze Zahl, falls die Anzahl der der Liste zuzuteilenden Ratsmitglieder eine Dezimalziffer über 50 enthält. Dann: Die restlichen Sitze werden proportional unter den anderen Listen aufgeteilt. Zu diesem Zwecke wird die Wahlziffer einer jeden Liste nachfolgend durch 1, 2, 3, 4... geteilt, bis die Anzahl der zuzuteilenden Sitze erreicht wird; darauf werden unter den so erhaltenen Quotienten die höchsten in einer den zuzuteilenden Sitzen entsprechenden Anzahl ausgewählt und in einer abnehmenden Reihenfolge geordnet. Bei gleichem Quotienten in den ganzen Zahlen und in den Dezimalzahlen wird der Platz jener Liste zugeteilt, die die höchste Wahlziffer erreicht hat; bei gleicher Wahlziffer erfolgt die Zuteilung durch Verlosung. Im Rahmen einer jeden Liste werden die Wahlwerber nach der Reihenfolge der jeweiligen persönlichen Wahlziffer als zu Gemeinderatsmitgliedern gewählt verkündet. Bei gleicher Wahlziffer werden jene Wahlwerber als gewählt verkündet, die in der Reihenfolge der Liste vorausgehen. Der erste der Minoritätsliste zustehende Sitz wird dem Wahlwerber für das Amt des Bürgermeisters derselben Liste zugeteilt.

Das ist der Artikel 5 des Staatsgesetzes Nr. 81 vom 25. März 1993.

Bitte, ich möchte heute nicht mehr fortsetzen, Herr Präsident, ich möchte morgen fortsetzen. Es ist jetzt 20.00 Uhr und es ist Zeit, daß wir aussetzen, damit wir auch ein bißchen Zeit haben, uns bis morgen noch zu diesem Paket von Änderungsanträgen, das erst jetzt verteilt worden ist, vorzubereiten.

(Condivido non solo quello che ha detto la mia collega ma volevo invitare i presentatori a spiegarmi come, rispetto alla legge statale, un simile emendamento possa rafforzare la democrazia.

La legge statale prevede per i comuni quanto segue: Modalità di elezione del sindaco e del consiglio comunale nei comuni con popolazione sino a 15.000 abitanti. Alla lista collegata al candidato alla carica di sindaco che ha riportato il maggior numero di voti sono attribuiti due terzi dei seggi assegnati al consiglio, con arrotondamento all'unità superiore qualora il numero dei consiglieri da comprendere nella lista contenga una cifra decimale superiore a 50. Segue: I restanti seggi sono ripartiti proporzionalmente fra le altre liste. A tal fine si divide la cifra elettorale di ciascuna lista successivamente per 1, 2, 3, 4... sino a concorrenza del numero dei seggi da assegnare e quindi si scelgono, tra i quozienti così ottenuti, i più alti, in numero eguale a quello dei seggi da assegnare, disponendoli in una graduatoria decrescente. Ciascuna lista ottiene tanti seggi quanti sono i quozienti ad essa appartenenti compresi nella graduatoria. A parità di quoziente, nelle cifre intere e decimali, il posto è attribuito alla lista che ha ottenuto la maggiore cifra elettorale e, a parità di quest'ultima, per sorteggio. Nell'ambito di ogni lista i candidati sono proclamati eletti consiglieri comunali secondo l'ordine delle rispettive cifre individuali. A parità di cifra, sono proclamati eletti i candidati che precedono nell'ordine di lista. Il primo seggio

spettante a ciascuna lista di minoranza è attribuito al candidato alla carica di sindaco della lista medesima.

Questo è l'articolo 5 della legge statale 25 marzo 1993 n. 81.

Signor Presidente, oggi non vorrei più proseguire il mio intervento, bensì continuare domani mattina. Sono già le ore 20.00 e sono dell'avviso che si potrebbero chiudere ora i lavori, onde avere un po' di tempo per la preparazione alla discussione di questo pacchetto di emendamenti che è stato distribuito in questo momento.)

PRÄSIDENT: Wir haben bis 20.00 Uhr ausgemacht und 20.00 Uhr ist es jetzt. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß so wie sich der Lauf der Debatte entwickelt, die Chancen immer kleiner werden, daß wir das Gesetz innerhalb dieser Woche abschließen werden. Aber bitte, ich werde schon ein Pessimist sein. Normalerweise bin ich optimistisch.

Damit wünsche ich allen noch einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen um 9.00 Uhr früh. Domani alle 9. Schönen Abend. Buona notte.

PRESIDENTE: Avevamo stabilito di proseguire con la seduta fino alle ore 20.00 ed adesso sono le ore 20.00. Vorrei solo far notare che la discussione si sta svolgendo in modo tale da rendere pressoché impossibile l'approvazione della legge entro questa settimana. Questa volta sono pessimista, mentre generalmente sono ottimista.

Auguro a tutti una buona serata e ci rivedremo domani alle ore 9.00.
Buona notte.

(ore 20.00)

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 15:

Elezione diretta del sindaco e modifica del sistema di elezione dei consigli comunali della regione (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 2

Gesetzentwurf Nr. 15:

Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems zur Wahl der Gemeinderäte der Region (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 2

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	1-2-122
ARENA Gregorio <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	7-39
MAYR Christine <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	11-65
PANIZZA Luigi <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	14
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	16-22-51-53-122
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	18-59
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	19-109-112-120
TOSADORI Maurizio <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	22
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	23-32-37-61-109-115
GIOVANAZZI Nerio <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	24-26-28-33-53-60-98-106
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	25-27-32-37-60-62
ALESSANDRINI Carlo <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	27-72-76-90-93-119
ZENDRON Alessandra		

<i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	28-36-62
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	30-33-41-48-54-56-66-74-81
BENEDETTI Marco <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	31-95-107-111-115
DELLADIO Mauro <i>(Gruppo Lega Nord Minoranze Etniche)</i>	pag.	38
BENUSSI Ruggero <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	39
BOLDRINI Lelio <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	44
DIVINA Sergio <i>(Gruppo Lega Nord Trentino)</i>	"	45
BERGER Johann Karl <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	47
KASSLATTER MUR Sabina <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	56
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	73-105-112
PASSERINI Vincenzo <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	108
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	114-116